

Intervention zerstört Revolution
Syrien >> S. 6

Niederlage der revolutionären Mehrheit
Ägypten >> S. 12

Euro kaputt
Griechenland >> S. 32

Arabische Welt im Wandel



Inhalt

- 2 Inhalt**
- 3 Altes kaputt, Neues noch nicht sichtbar**
- 4 Gewalt mit Annan-Friedensplan stoppen**
Deeskalation um den Bürgerkrieg in Syrien hintanzuhalten
- 6 Intervention zerstört Revolution**
Warum die USA stattdessen einen geschwächten Assad bevorzugen würden
- 8 Editorial**
- 9 „Der Kollaps steht bevor“**
Zur Situation in Syrien
- 12 Niederlage der revolutionären Mehrheit**
Zu den ägyptischen Präsidentschaftswahlen
- 17 Sündige Islamisten?**
Mohammed Waked über die Situation in Ägypten
- 20 Koketterie oder Widerstand**
Die Muslimbrüder und die Proteste gegen die Beleidigung des Propheten
- 24 Ein weiterer Sieg der Widerstandslogik**
Erfolgreicher Hungerstreik der palästinensischen Gefangenen belastet die palästinensische Polit-Elite
- 27 Soziales Erdbeben**
Der tunesische Aufstand dauert an – diesmal ohne westliches Medieninteresse
- 28 Sidi Bouzid meldet sich wieder**
Der tunesische Aufstand flammt erneut auf
- 29 Ein Hindernis für die Demokratie**
Fouad Ibrahim über die gesplante Gesellschaft Saudi-Arabiens
- 32 Euro kaputt**
Die Währungsunion in Auflösung
- 39 Grexit: Merkels Falle**
Der Austritt aus der Eurozone bleibt letztlich das Ziel
- 41 „Human-Kapital“**
- 45 Die Erpressung zurückweisen**
- 49 Antizionistisches Netzwerk im Aufbau**
Konflikte über arabische Volksbewegungen und Geopolitik als Hindernis
- 52 Tahrir – Volksaufstände vor den Toren**
- 53 Widerstand und Demokratie vereinen**
Ergebnisse des Antiimperialistischen Sommerlagers, Assisi 2012
- 56 „Antisemitismusjäger“ und Moslemhasser**
Zu Susanne Winters Anschuldigung an die Zeitschrift „Intifada“
- 57 Eine Kämpferin für die Gerechtigkeit**
Wir trauern um unsere Genossin Margarete
- 58 „Der Aufstand hat viele Verbote aufgehoben, doch der Kampf gegen das Regime geht weiter“**
Interview mit der Regisseurin Amal Ramsis
- 61 Kairo heute**
Zwischen Demos und Pharaonen
- 62 Systemkritik und Persiflage**
Das Coverbild dieser Ausgabe ist aus der Ausstellung BeyRoute von Rola Khayyat.

Altes kaputt, Neues noch nicht sichtbar

Die alte Welt und ihre Ordnung scheint nicht mehr zu funktionieren. Sie geht auf ihr Ende zu und die Menschen spüren die Unsicherheit – selbst bei uns. Die Umbrüche in der arabischen Welt sind der deutlichste und auch politischste Ausdruck dessen. Dazu gesellt sich die Krise des Euro und der Europäischen Union als Spitze des Eisbergs einer globalen Kontraktion der kapitalistischen Wirtschaft. Selbst China bleibt nicht verschont. Schlimmer wird es wohl noch die Rohstofflieferanten aus der Dritten Welt treffen, die sich im letzten Jahrzehnt angesichts der Preishausse ihrer Produkte erholen konnten.

Zentral sind es aber die USA, die wirtschaftlich, politisch und militärisch – in jeder Hinsicht – immer größere Schwierigkeiten haben, ihre Führungsrolle zu bewahren. Das *American Empire* ist nicht mehr zu realisieren. Selbst wenn die Gegner Obamas zum Zug kommen und es nochmals versuchen sollten, werden sie kläglich scheitern – und den Niedergang Amerikas, den Obama auf seine Weise aufzuhalten versucht, beschleunigen.

Doch die neue Welt mag sich noch nicht so recht zeigen. Sie weiß noch nicht wer, was und wie. Nicht nur der Konflikt um den Iran zeigt das gegenwärtige Patt. Das herrschende Zentrum kann nicht angreifen, doch die Vertreter des Multipolarismus wissen keinen Weg vorwärts. In der arabischen Welt sind einige der alten Regime gefallen, doch die neuen haben noch keine klaren Konturen, zu sehr sind sie umkämpft, zu unklar die unterschiedlichen Projekte. Am deutlichsten wird das in Syrien. Die demokratische Volksrevolte kommt den Multipolaren in die Quere – und droht im Morast des Konfessionalismus steckenzubleiben. Die Stärke der identitären Mobilisierung – hier Sunniten gegen Schiiten, andernorts in anderen Formen – zeigt genau die Schwäche des Neuen. Dabei handelt es sich nicht vor allem um eine Verschwörung der Herrschenden, die es natürlich auch gibt. Denn mehr als die globalen Eliten diesen identitären, kommunitaristischen, konfessionellen Tiger zu reiten versuchen, sind sie selbst Ziel desselben. Aus dem Krieg der Kulturen geht keiner als Sieger hervor, am wenigsten jedoch das Zentrum. Siehe die Ergebnisse des Irak-Krieges: Der Volkswiderstand hat das mächtige US-Zentrum zum Rückzug gezwungen, um selbst im konfessionellen Streit unterzugehen und der Regionalmacht Iran

Platz zu machen.

Just in diesem Moment, in dem es interessant wird, schwächeln wir selbst, gerade jetzt, wo unser Beitrag besonders gefragt und wichtig wäre. Gerade jetzt müssen Vorschläge zur Überwindung des Kapitalismus, für einen völlig neuen Sozialismus auf der radikalen Basis des Scheiterns des alten lanciert werden. Die Frage ist, wie die partikulären Widerstände gegen das Zentrum verallgemeinert, universalisiert werden können, ohne den fehlgegangenen Universalismus der Moderne zu wiederholen. Es bedarf einer post-post-modernen Version von Hegels Figur der Identität in der Nicht-Identität.

Ein Dutzend Jahre haben wir die *Intifada – Zeitschrift für den antiimperialistischen Widerstand* herausgebracht und wollen es auch weiterhin so halten. Doch wir wollen nicht verhehlen, dass die Schwierigkeiten enorm sind. Nach Jahren des unentgeltlichen Einsatzes sind die alten AktivistInnen müde, die neuen sind noch nicht da.

Wir bitten daher die LeserInnen und AbonnentInnen, die unregelmäßige Erscheinungsform zu entschuldigen, und kontern mit einer Aufforderung: Wer den Weiterbestand der Zeitschrift *Intifada* sichern will, kann sich vielfältig beteiligen: schreiben, vertreiben, spenden.



Der syrische Oppositionelle Haitham Manna

Gewalt mit Annan-Friedensplan stoppen

Deeskalation, um den Bürgerkrieg in Syrien hintanzuhalten

Haitham Manna ist einer der führenden Köpfe der linken Opposition in Syrien. Er ist Sprecher des „National Co-ordination Body for Democratic Change“ (NCB), der in scharfer Gegnerschaft zum „Syrian National Council“ (SNC) steht. Der NCB hat sich grundsätzlich gegen eine ausländische Intervention ausgesprochen und für den Annan-Plan als Chance, die Gewalt zu stoppen. Diese geht in erster Linie vom Regime aus, wird aber auch von einigen Oppositionsgruppen angeheizt. Nur wenn die Gewalt aufhört, kann die demokratische Massenbewegung wieder die Hauptrolle spielen.

Wilhelm Langthaler fasst das Gespräch mit Haitham Manna zusammen

Der NCB unterstützt den Friedensplan Kofi Annans, denn es gäbe derzeit nicht nur keine bessere Lösung, sondern er sei alternativlos, so Haitham Manna. Wichtigstes Hindernis für demokratische Fortschritte ist ihm zufolge die ausufernde Gewalt, die das Land bereits an den Rand des Bürgerkriegs getrieben hätte. Diese müsse gestoppt werden, erst dann könne sich die Volksbewegung wieder entfalten und entsprechend Druck entwickeln.

Dem SNC und den bewaffneten Gruppen wirft Manna vor, den Plan kippen zu wollen. Ihr Ziel sei die Militarisierung, auch um damit eine ausländische Intervention zu provozieren.

Dagegen hält der SNC, dass der NCB nur das Regime schützen wolle, das sich mit tausenden Getöteten als mehr als reformunwillig erwiesen hätte. Es

gäbe keine Alternative zu seinem militärischen Sturz. Mannas Replik: Der bewaffnete Kampf könne unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht gewonnen werden. Er spiele dem Regime sowie extremistischen, vom Golf unterstützten Kräften in die Hände. Vielmehr gehe es darum, einen politischen Prozess in Gang zu setzen. In diesem Gedanken ist die Idee des italienischen Marxisten Gramsci wiederzuerkennen, um Hegemonie zu kämpfen, jene Teile des Volkes und insbesondere der Minderheiten auf die Seite der Revolution zu ziehen, die bisher passiv geblieben sind oder Angst haben. Vom Golf unterstützte bewaffnete Islamisten treiben sie auf die Seite des Regimes, während eine demokratische und einschließende Bewegung auf der Straße sie Schritt für Schritt gewinnen kann.

Zwar sei der Bewegungsspielraum mit dem Annan-Plan etwas größer geworden, doch die unmittelbaren Forderungen nach Freilassung der politischen Gefangenen und einem Ende der blutigen Repression seien noch lange nicht erfüllt. Die Verantwortung dafür liege in erster Linie beim Regime selbst. Die bewaffneten Gruppen dienten jenem indes als willkommene Ausrede für die Repression gegen die demokratische Bewegung.

Haitham Manna spricht sich für Verhandlungen und Dialog mit dem Regime aus, um die Spirale der Gewalt zu unterbrechen. Dabei gehe es nicht darum, Kompromisse zu machen und auf legitime Rechte des Volkes zu verzichten, sondern einen Pro-

zess schrittweiser Änderungen in Gang zu bringen. Dabei setzt er Hoffungen auf den russischen Druck für vorsichtige Reformen, symbolisiert durch den Rückzugs Bashar al-Assads und die Szepter-Übergabe an den Vizepräsidenten oder einen nicht kompromittierten Militär. Damit könnte die Tür zu weiteren demokratischen Reformen aufgestoßen und gleichzeitig den vom Ausland unterstützten extremistischen Kräften der politische Boden entzogen werden. Am Ende sollten freie Wahlen und eine verfassunggebende Versammlung stehen.

„Es geht nicht gegen den Staat, sondern gegen das Regime.“ Auch in Tunesien und Ägypten seien viele Funktionäre geblieben, warum sollten an Syrien andere Kriterien angelegt werden? Laut Manna gibt es viele positive Zeichen aus dem Staatsapparat und der Armee für eine Veränderung. Doch solange die Gewalt andauere, könnten diese nicht zum Vorschein kommen, nicht wirksam werden.

Im Gespräch mit Haitham Manna wird klar, dass dem einzigen Narrativ, das im Westen bekannt ist – dem Narrativ des SNC – in Syrien selbst ein völlig anderes Narrativ gegenübersteht, das eine lebendige linke Opposition repräsentiert, die über feste Verbindungen zur Massenbewegung verfügt. Dass die westliche Medienmaschine daran kein Interesse hat, leuchtet dem kritischen Beobachter leicht ein. Es geht darum, dieser Opposition auch bei uns dauerhaft eine Stimme zu geben.

Mai 2012



Foto: „syriana2011“ (Flickr)



Foto: Sarah Carr (Flickr)

Der ägyptische Oppositionsführer Abdel-Halim Qandil (Mitte)

Intervention zerstört Revolution

Warum die USA stattdessen einen geschwächten Assad bevorzugen würden

Eine ausländische Intervention zu fordern dient dem Assad-Regime, verrät die revolutionäre Sache und bedroht Syrien mit Desintegration. Es ist nicht notwendig Syrien, sondern das Regime zu zerstören. Syrien soll sich danach gemäß den Vorstellungen seines Volkes, welches sich nach einer arabischen Heimat sehnt, erneut aus seiner Asche erheben. Abdel-Halim Qandil (Abdulahalem Qandil) ist ein altgedienter ägyptischer Journalist und politischer Führer der Opposition. Er war einer der prominentesten Kritiker des Regimes von Mubarak. 2004 wurde er von Schlägern entführt, verprügelt und nackt in der Wüste am Stadtrand von Kairo zurückgelassen. Seine mutige Reaktion entzündete die Oppositionsbewegung „Kifaya“ („Es reicht“) ab 2005, von welcher er eine führende Persönlichkeit war. Nach dem Fall Mubaraks ist die linksnationalistische Nachrichtenagentur, bei der er mitarbeitet, erneut das Ziel der Zensur.

Von Abdel-Halim Qandil

Geht die Krise in Syrien den Pfad eines libyschen Szenarios? Und bis zu welchem Grad bereiten die Sturheit und Gewalttätigkeit des Regimes ein offenes Tor für eine bewaffnete ausländische Intervention, welche die syrische Revolution in eine Tragödie verwandeln und das Überleben des syrischen Staates selbst gefährden würde?

Die Gefahr ist gegenwärtig, wenn auch unwahrscheinlich, da in Syrien das Öl fehlt – die Beute, welche die westliche Gier im Falle von Libyen und zuvor im Irak angezogen hatte.

Amerika und seine Satelliten agieren sehr pragmatisch. Die zehntausenden Verwundeten und Märtyrer kümmern sie nicht. Sie würden die Situation,

so wie sie jetzt ist, sogar noch begrüßen: Die Arabische Syrische Armee reißt sich in einem blutigen Krieg gegen das Volk auf. Und das syrische Regime wird provoziert und untergraben, aber nicht gestürzt, denn der Westen weiß nicht genau, wo Syrien nach Bashar stehen würde. Sie trauen Burhan Ghalioun's Zusicherung nicht, dass er Frieden mit Israel machen würde, was erklärt, warum Washington und andere westliche Regime zögern, Ghalioun's oppositionellen Syrischen Nationalrat (SNC) anzuerkennen. Der SNC schließt einerseits die Muslimbruderschaft ein, einen der Hauptsektoren der Opposition, auf der anderen Seite sind die meisten seiner anderen Mitglieder von zweifelhafter politischer Ausrichtung und von fragwürdigem Hintergrund – teils nahe an Geheimdienstkreisen (inklusive syrischen) – teils einfach Opportunisten, illegitime Glücksritter, die auf das aus den Golfstaaten hereinfließende Geld aus sind.

Es gibt wenige andere, die für die Damaskus-Erklärung stehen und nicht in Versuchung geraten, mit Washington zu kollaborieren. Und dann gibt es noch ein ständiges Kommen und Gehen syrischer Gruppen, die für sich in Anspruch nehmen, die Revolution zu vertreten, aber gleichzeitig syrisches Blut verkaufen wie Händler, deren Ware ihnen nicht gehört, und bereitwillig Vorauszahlungen akzeptieren.

Das sind die Leute, die um eine ausländische Militärintervention betteln, um die Einrichtung einer Flugverbotszone, damit vorgeblich Zivilisten geschützt und dem Blutvergießen ein Ende bereitet werden soll, obwohl in Wirklichkeit jede ausländische Militärintervention noch mehr Blutvergießen und die Zerstörung Syriens, des Landes und des Volkes, bedeuten würde, sowie die Transformation der Revolution in einen offenen Bürgerkrieg. Syrien könnte – Gott bewahre – zerstückelt werden. Eine ausländische Intervention ist nicht das Heilmittel für die Krankheit, sondern würde uns vom Regen in die Traufe bringen.

Nationale Souveränität und die Befreiung vom Personenkult sind essentielle Ziele jeder großen nationalen Revolution, inklusive der syrischen, die noch nicht zu Ende ist, jedoch in Randregionen stecken geblieben zu sein scheint, ohne Zugang zum Herz von Syrien – Damaskus und Aleppo – wo die Hälfte der Bevölkerung lebt und wo das Regime sich mit seinem grausamen Apparat verbarrikadiert hat. Erst vor einigen Wochen hat das Koordinationsko-

mittee und Ghalioun's Nationalrat eine gemeinsame Erklärung abgegeben. Das Koordinationskomitee umfasst die grundlegenden oppositionellen Gruppen, die innerhalb Syriens aktiv sind, und beinahe jede einflussreiche Gruppe nimmt an ihm teil, außer der Muslimbruderschaft. Das Koordinationskomitee und der Nationalrat kamen überein, eine ausländische Intervention jedweder Form und unter jeglichem Deckmantel abzulehnen. Sie vereinbarten auch, eine Intervention anderer arabischer Kräfte nicht als ausländische Intervention zu betrachten, aber eine arabische Intervention scheint nicht plausibel. Die arabische Beobachtermission ist ins Stocken geraten, und das Blutvergießen in Syrien geht weiter. Die herrschende Familie, der Klan des Diktators, scheint nicht bereit zu irgendeiner Form von Kompromiss, wodurch eine Stimmung dafür geschaffen wurde, eine ausländische Intervention zu fordern, und den Boden für die größte Sünde zu bereiten, nämlich nicht nur Assads Regime zu zerstören, sondern Syrien selbst.

Der erste Gewinner dieser Forderung nach ausländischer Intervention ist das Regime von Assad. Eine Intervention schadet der Sache der Revolution und befleckt den Ruf ihrer Unterstützer:

- Eine Intervention zu fordern, erleichtert es dem Regime den Plan, die Oppositionellen des Verrats zu bezichtigen und sie als Agenten ausländischer Mächte zu bezeichnen.
- Eine Intervention zu fordern, erleichtert es dem Regime, ein betrügerisches Bild der Ereignisse in Syrien zu zeichnen, und wirft dunkle Schatten über den überwältigenden Wunsch des Volkes, ein unterdrückerisches Regime, welches das eigene Volk ausgeraubt hat, zu beenden.
- Eine Intervention zu fordern, erleichtert es dem Regime, die Revolution so darzustellen, als ob sie eine koloniale Verschwörung gegen das patriotische Regime wäre.
- Eine Intervention zu fordern, stellt das Regime zu Frieden, und hilft ihm, Unterstützer zu mobilisieren, die ursprünglich zögerten, sich dem revolutionären Marsch anzuschließen.

Das Regime ist sich dessen bewusst, wie schwierig es für die Amerikaner ist, sich bezüglich einer militärischen Intervention zu entscheiden. Die USA sind zufrieden, insgeheim ihre Kontakte mit dem Regime zu pflegen und gleichzeitig in der Öffentlichkeit feurige Erklärungen gegen Assad abzugeben, je-

doch ohne bereit zu sein, ein weiteres Minenfeld im Nahen Osten zu überqueren, das voller Hass gegen die US-Amerikaner ist, die Schirmherren Israels. Die Vereinigten Staaten zögern, sich komplett gegen Russland zu stellen, das Syrien als seinen verlässlichsten Verbündeten in der Region betrachtet und für das Russland sein Veto im UNO-Sicherheitsrat eingelegt hat. Russland versucht, Syriens Verderben zu stoppen, und bietet sich als Vermittler zwischen dem Regime und der Opposition innerhalb und außerhalb Syriens an.

Alles in allem eskaliert die Krise in Syrien bis jetzt, und das Blutvergießen hört nicht auf. Die revolutionäre Sache steckt in einem Dilemma und wird sich keineswegs daraus befreien, indem sie eine ausländische Intervention fordert; im Gegenteil, sie könnte sich dadurch noch tiefer darin verstricken. Eine ausländische Intervention zu fordern, ist der sichere Weg zur Orientierungslosigkeit und absolutem Verrat an der revolutionären Sache. Die Lösung liegt in Syrien selbst. Die Lösung ist wahre Loyalität zu dem Blut der Tausenden Märtyrer und Verwundeten der Revolution. Die Lösung liegt darin, den Funken der Revolution von den Aufständen in der Peripherie in das Herz Syriens zu tragen, mit dem Durchhaltevermögen und Heldentum von Dar'a, Idlib, Homs, Hama und Abu-Kamal, wo die revolutionären Unruhen begannen, den Funken in die

Vorstädte von Aleppo und Damaskus überspringen zu lassen. Das Bewusstsein unter den Truppen führt in immer höherem Maße zu einer Aufsplitterung der Armee und spielt eine größere Rolle als wir glauben würden. Der nach außen vermittelte Zusammenhalt des Regimes und das scheinbare Fehlen größerer Brüche innerhalb seiner geschlossenen Strukturen werden nicht mehr lange halten. Der unterdrückerische Sicherheitsapparat des Regimes erschöpft sich auf dem blutgetränkten Terrain. Jedes Massaker, welches das Regime begeht, führt zu größerer Feindschaft, zu weiteren Rissen in der Mauer der Angst und zu einem stärkeren Impuls in Richtung innerer Brüche – vorausgesetzt, dass die Verwirrung durch Rufe nach einer ausländischen Intervention abgewendet werden kann. Solche Forderungen helfen dem Regime, seinen Militär- und Sicherheitsapparat zu mobilisieren, seinen Agenten zu suggerieren, einen patriotischen Kampf zu führen und die Wahrheit des unterdrückerischen Krieges zu verbergen.

Eine ausländische Intervention zu fordern, dient dem Assad-Regime, verrät die revolutionäre Sache und bedroht Syrien mit Desintegration. Es ist nicht notwendig, Syrien zu zerstören, sondern das Regime zu stürzen. Syrien soll sich danach gemäß den Vorstellungen seines Volkes, das sich nach einer arabischen Heimat sehnt, erneut aus seiner Asche erheben.

IMPRESSUM

Impressum

Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: AIK, Gußhausstraße 14/3, 1040 Wien, Österreich; Verlags- und Herstellungsort: Wien. Offenlegung gemäß §25 Mediengesetz der Republik Österreich: Antiimperialistische Koordination (AIK), Gußhausstraße 14/3, 1040 Wien. Grundlegende Richtung: Für einen gerechten Frieden im Nahen Osten.

Kontakt

www.intifada.at | redaktion@intifada.at
Antiimperialistische Koordination
Gußhausstraße 14/3, 1040 Wien, Österreich

Beiträge

Die nächste Ausgabe erscheint im Frühling 2013. Wir freuen uns über die zeitgerechte Zusendung von Texten.

Redaktion

Mohammad Aburous, Margarethe Berger, Gernot Bodner, Stefan Hirsch, Wilhelm Langthaler, Isa Tamara Rennein

Verkauf

Wir freuen uns über solidarische Personen, Vereine oder Organisationen, welche die Zeitschrift „Intifada“ in ihrer Stadt oder Region dem interessierten Publikum anbieten und weiterverkaufen.

Anzeigen

Wir sind sowohl an bezahlten als auch an Austauschanzeigen oder Gegengeschäften interessiert.

Abo

Intifada-Abo:
5 Zusendungen – 20 Euro
Förderabo:
5 Zusendungen – 25 Euro
Institutionen:
5 Zusendungen – 30 Euro
www.intifada.at/abo

Konto

lautend auf „Verein Vorstadtzentrum“
Bank: Bawag (BLZ 14000)
Konto-Nr.: 02510080702
BIC: BAWAATWW
IBAN: AT381400002510080702



Der Schriftsteller und Aktivist Salameh Kaileh (rechts)

„Der Kollaps steht bevor“

Kommentar zur Situation in Syrien

Der palästinensisch-syrische Schriftsteller und Aktivist Salameh Kaileh hielt im Juli 2012 in Wien einen Vortrag mit dem Titel „Ziviler Ungehorsam in Damaskus“, auf dem der folgende Text beruht.

Von Mohammad Aburous

Die derzeitige Situation in Syrien steht ganz im Zeichen des Attentats auf hohe Würdenträger des Staates Mitte Juli 2012 sowie der darauffolgenden schweren Kämpfe. Dadurch rückt eine baldige Entscheidung des Konfliktes ebenso in den Bereich des Möglichen wie ein Sieg der aufständischen Bewegung ohne ausländische Hilfe. Es könnte zu einem Wechsel innerhalb des Apparates kommen, der danach einen Kompromiss mit Teilen der Oppositi-

on suchen wird. Gelingt das nicht, so könnte das Land ins Chaos abrutschen. Obwohl in der Bevölkerung und in der Rebellenarmee die Bereitschaft zum konfessionellen Bürgerkrieg gering ist, gibt es Kräfte, die mit der Unterstützung Saudi-Arabiens und des Westens die Volksrevolte in einen solchen verwandeln möchten. In diesem Sinne ist der konfessionalistische Diskurs, den Teile der Opposition pflegen, zu kritisieren. Die syrischen Gemeinschaf-

ten im Ausland sollten sich vor diesem Hintergrund nicht auf Hilfsaktionen beschränken, sondern vielmehr eine Kultur schaffen, die sich auf die inhaltliche Diskussion der politischen Zielsetzungen der Bewegung konzentriert.

Ende in Sicht

Die Tatsache, dass der Aufstand die Großstädte Damaskus und Aleppo erreicht hat, kann als Zeichen dafür angesehen werden, dass die Regierung ihre soziale Basis verloren hat. Die bisherige Strategie des Regimes bestand einerseits in der gewalttätigen Niederschlagung friedlicher Proteste, andererseits in der Verbreitung von Bedrohungsszenarien eines konfessionellen Bürgerkriegs des islamischen Fundamentalismus. Diese Methode schien anfangs zu wirken, und die Ausbreitung der Proteste verlangsamte sich. Mehrere Gruppen und konfessionelle Minderheiten waren der Bewegung gegenüber zunächst reserviert. Bei dieser Strategie kamen dem Regime allerdings bestimmte Teile der Opposition zu Hilfe, die dem Aufstand tatsächlich einen sunnitisch-fundamentalistischen Charakter verleihen wollten.

Dass sich nun auch diese Gruppen, die sich zunächst zurückhielten, ebenfalls gegen das Regime stellen, resultiert aus dem Andauern des Volksaufstandes und aus dem Unvermögen des Regimes, ihn zu beenden. Die Brutalität der Repression zwang die Bewegung zur bewaffneten Selbstverteidigung, während sich die Proteste allmählich auf das ganze Land ausdehnten. Die Macht des Regimes fing an abzubröckeln. Einnahmenseinbrüche durch den Öl-exportstopp und das Entfallen von Steuereinnahmen brachten das Regime in eine Finanzkrise, die es zu lösen versuchte, indem es zusätzlich Geld druckte. Die daraus resultierende Teuerung verschärfte die sozialen Probleme und brachte weitere bisher passive Gruppen auf die Seite der Protestbewegung.

Der Übergang der Protestbewegung zum bewaffneten Kampf erscheint in Anbetracht der Brutalität des Regimes als eine natürliche Entwicklung. Nach sechs Monaten gewaltloser Proteste sahen sich die Aktivisten mit der Notwendigkeit konfrontiert, sich gegen die bewaffneten Angriffe der Militärs und Paramilitärs zu schützen. Die Beteiligung der Armee an der Repression hat diesen Prozess beschleunigt.

Jetzt mehren sich Anzeichen für die Schwäche des Regimes. Der Anschlag auf die „Krisengruppe“ der Regierung von Mitte Juli 2012 könnte entweder als

interne Liquidierung oder als erfolgreiche Aktion der Aufständischen interpretiert werden. Beides deutet auf eine Vertrauenskrise innerhalb des Regimes hin. Große Teile der militärischen, polizeilichen und bürokratischen Apparate zweifeln an der Möglichkeit einer militärischen Entscheidung zugunsten des Regimes und sind bereit, mit den Aufständischen zu kooperieren. Gleichzeitig nimmt Vertrauen des engen Kreises um Assad in den Staatsapparat ab und das Regime weicht auf treue Gruppen innerhalb und außerhalb des Apparates aus.

Zwei mögliche Szenarien und die Gefahr des Bürgerkriegs

Einerseits ergibt sich, wie bereits angedeutet, die Möglichkeit eines Wechsels im Staatsapparat. Ein solcher kann stattfinden, wenn eine Gruppe die Situation retten will und einen Kompromiss mit Teilen der Opposition sucht, um die Übergangsperiode zu leiten. Auch Russland, das eine große Rolle bei der Unterstützung des Regimes spielte, ändert allmählich seine Position. Russland ist auf der Suche nach einem Träger der Übergangsphase, der auch russische Interessen sichert. Findet ein solcher interner Wechsel nicht statt, so würde das Regime bis zum bitteren Ende kämpfen, und es kommt zum zweiten möglichen Szenario.

Dieses wäre eine Situation der vollkommenen Regellosigkeit, das Chaos. Das könnte sich durch weiteres Zerfallen des Staatsapparates und das Fehlen einer führenden Kraft innerhalb der Opposition ergeben. Auch wenn das erste Szenario wahrscheinlicher ist, gibt es einige Gruppen, die das zweite Szenario vorziehen und sich darauf vorbereiten. Unterstützt von Saudi-Arabien und anderen Golfstaaten arbeiten diese Gruppen daran, dem Aufstand einen konfessionalistischen Charakter zu geben, und verfolgen Ziele, die nicht den sozialen und politischen Forderungen der Massen entsprechen.

Insgesamt haben die unterschiedlichen Interessen der internationalen und regionalen Spieler haben zur Komplexität der Situation beigetragen. Saudi-Arabien war von Anfang an gegen die Demokratiebewegungen im arabischen Raum und hatte Angst davor, dass diese das eigene Territorium erreichen könnten. In den ersten Monaten des syrischen Aufstandes unterstützte Saudi-Arabien das Assad-Regime finanziell. Später wechselte es jedoch die Seite und gewährte islamisch-fundamentalistischen Kräf-

ten innerhalb der syrischen Opposition seine Unterstützung. Ziel war es, die Revolution zu beenden, indem diese von einer Volksrevolte gegen das Regime in einen konfessionellen Bürgerkrieg verwandelt wird. Saudi-Arabien und die imperialistischen Staaten möchten die Dauer der Auseinandersetzung möglichst verlängern. Der Ausgang eines langwierigen Bürgerkriegs ist ihnen einerlei. Der Sieger wird dermaßen geschwächt sein, dass die Saudis ihre Bedingungen diktieren können.

Nichtsdestotrotz lehnt die Bevölkerung einen konfessionellen Krieg ab. Religiöse Minderheiten, die anfangs Angst vor Fundamentalismus hatten, treten heute vermehrt gegen das Regime auf. Auch unter Alawiten ist die Unterstützung für das Regime weniger stark, als dargestellt wird. Es ist eine Aufgabe der Opposition, diesen Gruppen die Ängste und das Misstrauen durch vertrauenerweckende Haltungen zu nehmen. Selbst die zahlreichen Schlägerbanden bestehen nicht nur aus Alawiten. In Aleppo zum Beispiel waren die Schläger keine Alawiten. Die Wurzeln dieses Phänomens liegen in der organisierten Kriminalität, die von den Assads geführt und später als paramilitärische Struktur institutionalisiert wurde. Die Schläger stammen aus unterschiedlichen Konfessionen und sind bei allen verhasst.

Aufstand umstritten, weil Analysen mangelhaft

Von den arabischen Aufständen ist der syrische Aufstand am umstrittensten. Solidarische Kräfte, die bei den Aufständen in Tunesien, Ägypten, Bahrain und sogar Libyen auf der Seite der Aufständischen waren, konnten sich zu Syrien nicht einigen. Grund dafür ist die offizielle, unterstützende Haltung des Regimes zum palästinensischen Widerstand. Diese Debatte gründet jedoch auf einem falschen, vergangenheitsbehafteten Verständnis der Situation in Syrien und auf einer mangelhaften Methode, die nur den Imperialismus und seine „offiziellen“ Gegner sieht.

Tatsächlich fanden in Syrien seit den 1990er Jahren große wirtschaftliche Veränderungen in Richtung Liberalisierung statt. Der Prozess wurde 2000 nach der Vererbung der Macht von Hafis al-Assad an seinen Sohn Baschar beschleunigt. Seit 2007 ähnelt die Situation in Syrien jenen der anderen Ländern in der Region, in denen Aufstände stattfanden. Sie ist gekennzeichnet von mafioser Kontrolle der Machthaber über die wichtigsten Sektoren der Wirtschaft, einer Arbeitslosenrate von 30% und zu-

nehmender Armut durch die wachsende Kluft zwischen niedrigen Löhnen und Preisen, die mit westlichen Ländern vergleichbar sind. Syrien ist in die globalisierte Wirtschaft vollständig eingegliedert. Das Wirtschaftsabkommen mit der Türkei beschleunigte den Kollaps der syrischen Industrie und Landwirtschaft. Dieser Aspekt wird in vielen Analysen, die nur die politische Ebene sehen wollen, nicht berücksichtigt.

Die zweite Fehlerebene ist im Verständnis der internationalen Situation im Kontext der Wirtschaftskrise zu sehen. Die Fähigkeit der imperialistischen Staaten, Abläufe zu kontrollieren, ist zurückgegangen. Der Imperialismus ist nicht in der Lage, eine „Verschwörung“, als die der Aufstand in Syrien vielfach angesehen wird, zu organisieren. Ganz im Gegenteil, ist er vielmehr zu einem Hegemonieverzicht gezwungen.

Die USA sind nicht in der Lage, eine direkte Rolle in Syrien selbst zu spielen. Sie tendieren zu einem Kompromiss mit Moskau und überlassen europäischen Staaten, der Türkei und Saudi-Arabien die Versuche, Einfluss zu nehmen. Auch wenn diese in der Übergangsphase diesen Einfluss durch Übereinkünfte mit den Islamisten sichern wollen, so kann dies die Probleme nicht lösen, die zum Aufstand geführt haben. Vor diesem Hintergrund werden es die neuen politischen Kräfte aus den Massenbewegungen sein, die wie in den anderen arabischen Ländern den Kampf fortsetzen werden.



Foto: Jonathan Rashad (Flicker)

Niederlage der revolutionären Mehrheit

Kommentar zu den ägyptischen Präsidentschaftswahlen

Der Zeitraum zwischen den zwei Durchgängen der ägyptischen Wahlen im Mai und Juni 2012 war voller Überraschungen, angefangen mit dem Ergebnis der ersten Wahlrunde.

Von Mohammad Aburous

Zwischen den beiden Wahlrunden lösten die Militärs das Parlament auf und schränkten die Kompetenzen des kommenden Präsidenten stark ein, was einem Militärputsch ähnelt. Das lange Zurückhalten der Ergebnisse der Stichwahlen und die jeweiligen Mobilisierungen der Muslimbrüder und der Regimeanhänger deuten auf eine Krise hin, die hinter den Kulissen gelaufen sein muss, bevor die Wahlkommission den Kandidaten der Muslimbrüder Mursi zum Wahlsieger eines inzwischen ausgehöhlten Amtes erklären konnte.

Der erste Wahldurchgang

In der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen erhielt Mursi 26 % der Stimmen, gefolgt vom Kan-

didaten des Regimes Schafiq, der in der Lage war, 25 % der Stimmen für sich zu gewinnen. An der dritten und vierten Stelle lagen der Panarabist Hamdin Sabahi und der Muslimbrüder-Abgänger Abu-Futuh mit 18–20 %.

Sieht man von einer möglichen Wahlfälschung ab, so führte die Spaltung der revolutionären Stimmen zwischen Sabahi und Abu-Futuh dazu, dass die Stichwahlen zwischen dem Kandidaten des alten Regimes und jenem der traditionellen Muslimbrüder-Führung stattfinden mussten. Die Tatsache, dass die Wahlen unter den vom Militär diktierten Bedingungen stattfanden (ohne Verfassung und mit einem regierenden Militärat), sowie der Wahlausgang selbst stellten einen Sieg für das alte Regime dar.

Die erste Überraschung

Das Verhalten der Muslimbrüder zu den Präsidentschaftswahlen war von Anfang an widersprüchlich. Anfangs betonten sie, sie würden keinen eigenen Kandidaten stellen.

Als Abu-Futuh seine Bereitschaft bekanntgab, als Unabhängiger zu kandidieren, wurde er von den Muslimbrüdern ausgeschlossen. Indem sie sich auf ihre parlamentarische Mehrheit und die Hoffnung auf Machtbeteiligung konzentrierten, entfernten sich die Muslimbrüder von der Tahrir-Bewegung. Mehrere politische Manöver, in denen sie näher zum Militärrat standen als zur Protestbewegung, kosteten sie viel an Glaubwürdigkeit und Popularität. Revolutionäre Elemente (vor allem die Tahrir-Jugend) wurden sogar von ihnen ausgeschlossen und gingen zu Abu-Futuh über, und kurzfristig schien es, als ob dieser sich als der Träger einer neuen, modernen islamischen Bewegung etablieren könnte.

Die Kandidatur des ehemaligen Geheimdienstchefs Omar Suleiman und die anfängliche Ablehnung der Militärs, ein Politikverbotgesetz für Mubarak-Männer zu akzeptieren, lockte die Muslimbrüder zur Präsidentschaftskandidatur. Ihr erster Kandidat, Schahhat, wurde ausgeschlossen, da er verurteilt war und die Islamisten im Parlament es verabsäumt hatten, unter Mubarak bestrafte Aktivisten zu rehabilitieren.

Der Ersatzkandidat, Mursi, galt als schwache Figur, die praktisch keine pro-revolutionäre Vorgeschichte hatte. Mursi ist so uncharismatisch, dass er auch als „Ersatzreifen“ bezeichnet wurde. Trotzdem waren die Muslimbrüder in der Lage, mit den traditionellen Methoden (religiöse Mobilisierung, Stimmenkauf) ihre Wähler zu mobilisieren und mit einer schwachen Figur eine gute Mehrheit zu gewinnen. Muslimbrüder-Parlamentschef Katatni schrieb auf Twitter: „Selbst wenn wir einen Hund als Kandidaten aufgestellt hätten, hätte er gewonnen.“

Nichtsdestotrotz waren die Muslimbrüder in den großen Städten nicht die dominierende Kraft. Sie verloren im Vergleich zu den Parlamentswahlen etwa die Hälfte der Wählerstimmen an Kandidaten, die für einen demokratischen, praktisch säkularen Staat auftraten (Schafiq, Dabahi, Abu-Futuh und Mussa).

Die zweite Überraschung

Sieht man von der Möglichkeit einer Wahlfälschung ab, so ist der zweite Platz für Schafiq im ersten Wahldurchgang die zweite Überraschung. Sie deutet auf die Tatsache hin, dass das Regime ebenfalls mit traditionellen Methoden (Stimmenkauf, Erpressung von Angestellten, Kirche) mit einer fast nicht ernst zu nehmenden politischen Figur wie Schafiq in der Lage war, an zweiter Stelle zu landen und „revolutionäre“ Kandidaten zu überholen. Überraschend ist hier auch, dass der andere Kandidat des Regimes, Amr Mussa, mit 10 % weit zurückliegt, da er offensichtlich nicht die Gunst der Militärs genießt.

Ein weiterer Faktor ist die Angst vieler Bevölkerungsgruppen vor einer Machtübernahme der Islamisten. Die koptische Kirche unterstützte Schafiq, was aus dem Wahlverhalten der Christen in den Armenvierteln und vor allem auf dem Land abzulesen ist.

Ein Sprecher des Wahlkampfteams von Schafiq konnte sich angesichts der Ergebnisse nicht zurückhalten, das „Ende der Revolution“ zu erklären. Die Tatsache, dass Schafiq den Einzug in die zweite Wahlrunde geschafft hat, hat große Teile der Opposition hinter dem (wenn auch nicht revolutionären) Muslimbrüder-Kandidaten versammelt.

Kandidat der Linken an dritter Stelle

Eine weitere Überraschung waren die guten Ergebnisse des säkularen, nasseristischen (panarabischen) Kandidaten Hamdin Sabahi. Er lag im ersten Wahldurchgang an dritter Stelle knapp hinter Schafiq und überholte den Islamisten Abu-Futuh um einige Prozentpunkte. Abu-Futuh erhielt vor allem die Stimmen der Salafiten, deren Kandidat Hazem Ismail aus formalen Gründen von den Wahlen ausgeschlossen worden war. Er bekam auch die Stimmen von großen Teilen des revolutionären Lagers (Muslimbrüder-Jugend, Linke und selbst Nasseristen). Sie hatten in Abu-Futuh einen Konsenskandidaten gesehen, der in der Lage wäre, auch pro-islamische Stimmen aus dem Umfeld der Muslimbrüder zu bekommen. Sabahi, der von allen Kandidaten über die geringsten Mittel verfügte, kam jedoch an dritter Stelle. In Alexandria und in mehreren Vierteln Kairos lag er sogar in Führung.

Diese Fehleinschätzung der Linken kostete Sabahi wertvolle Stimmen, die ihn in die zweite Runde hätten bringen können. Das Bedürfnis großer Teile der

Bevölkerung nach einer nichtreligiösen Opposition zum Regime wurde unterschätzt.

Abu-Futuh konnte das Muslimbrüder-Lager nicht spalten

Sabahi hat auch Abu-Futuh um wertvolle Stimmen gebracht. Die Summe der Stimmen beider Kandidaten des revolutionären Lagers hätte einen Kandidaten theoretisch in die Stichwahl befördert.

Auch wenn Abu-Futuh einen großen Teil der pro-revolutionären Stimmen erhielt, so blieb die Kernwählerschaft der Muslimbrüder unbeeinflusst. Sogar Nasseristen haben ihn gewählt, weil er als der sicherere Kandidat galt, der Stimmen aus dem islamistischen Lager holen würde.

Mit etwa 40 % der Wählerstimmen gelten jedoch Sabahi und Abu-Futuh als die Anführer des revolutionären Lagers. Mit einer offiziellen Politik, die traditionell das Regime und die Muslimbrüder als zwei Pole sieht, ist die Angst der Wähler vor dem Verlust ihrer Stimmen dominierend. Es werden daher die „sichereren“ Kandidaten gewählt. Viele Christen und Nichtreligiöse wählten Schafiq aus Angst vor den Islamisten. Viele RevolutionärInnen wählten Abu-Futuh als den vermeintlich sichereren Kandidaten. Kandidaten links von Sabahi bzw. moderate Islamisten schnitten bei diesen Wahlen sehr schlecht ab.

Signifikanter Wahlboykott

Die Wahlbeteiligung lag weit unter jener der Parlamentswahlen im Herbst 2011. Ein wichtiger Teil der AktivistInnen boykottierte die Wahlen, weil diese ohne Verfassung und unter einem Militärregime stattfanden. Dazu kam eine zunehmende Passivität der Bevölkerung, da die Machtlosigkeit des Parlaments dunkle Schatten über die Perspektive eines Machtwechsels mit Hilfe von Wahlen wirft. Obwohl er signifikante Ausmaße annahm, konnte der Wahlboykott angesichts dieser Ergebnisse seine politische Botschaft nicht vermitteln. In Kairo herrscht heute Frustration. Die Bewegung zahlt derzeit den Preis für ihre Unfähigkeit, eine gemeinsame politische Linie bzw. eine konsensuelle Führung zu bestimmen.

Die bitteren Optionen

In die zweite Wahlrunde kamen ein nicht-revolutionärer Kandidat der Muslimbrüder und der konterrevolutionäre Kandidat des Regimes. Diese Konstellation war sowohl für Muslimbrüder als auch für

das Regime am günstigsten, weil sie nicht gegen einen Kandidaten der revolutionären Kräfte antreten mussten. Die Mobilisierung konnte daher auf einer anderen Ebene stattfinden: Die Muslimbrüder erpressten praktisch die Massen mit der Möglichkeit einer „demokratischen“ Wiederherstellung des Mubarak-Regimes. Schafiq hat sich auch bei Versprechungen, „Ruhe und Ordnung“ wiederherzustellen, nicht zurückgehalten. Jedoch verabsäumten die Muslimbrüder deutlich die Chance, ein breiteres politisches Spektrum hinter sich zu mobilisieren und die Führung der Opposition zu übernehmen. In den anderen Gruppen der Opposition gab es weniger Begeisterung darüber, dass die Muslimbrüder sowohl das Parlament als auch das Präsidentenamt unter ihrer Kontrolle haben würden.

Das Regime hatte auf der anderen Seite einen „günstigen Gegner“ und war daher erneut in der Lage, die Ängste vieler Gruppen vor einem islamistischen Präsidenten zu nützen.

Sowohl für das Regime als auch für die Muslimbrüder war diese Konstellation angenehm. Beide mussten nicht gegen revolutionäre Kräfte antreten. Die Wahlkampagnen der Kandidaten in der zweiten Runde erweckten vielmehr den Eindruck, dass weder Regime noch Muslimbrüder an diesem Amt interessiert waren. Die Muslimbrüder-nahe Partei genoss eine absolute Mehrheit im Parlament, die sie, um einen Konflikt mit den Militärs zu vermeiden, kaum für grundlegende Veränderung genutzt hat. Ein weiteres Amt würde sie stärker in eine Konfrontation mit den Militärs bringen. Die Militärs und ihr Kandidat Schafiq gingen die Sache ebenfalls locker an. Im Falle einer Niederlage gegen Mursi würden sie Wege finden, die Machtübergabe unendlich hinauszuzögern. Im Falle eines Sieges wäre die gesamte Demokratiebewegung in Frage gestellt.

Konstitutioneller Putsch der Militärs

Die Verhältnisse veränderten sich dramatisch, als noch vor der zweiten Runde ein Urteil des Obersten Gerichtshofes ein Gesetz als verfassungswidrig annullierte, auf dessen Basis etwa ein Drittel der Parlamentsabgeordneten kandidiert hatte. Die Militärs lösten das Parlament schließlich ganz auf und kündigten neue Wahlen an. In derselben Woche ließen sie eine zweite Bombe platzen: Der Militärat gab eine „Erklärung zur Ergänzung der Verfassung“ heraus, in der die wichtigsten Kompetenzen



Der ägyptische Präsidentschaftskandidat Hamdin Sabahi

zen des Präsidenten aufgehoben und bis zur Wahl eines neuen Parlaments an den Militärrat übergeben wurden.

Diese beiden Schritte kommen einem Militärputsch gleich. Sie wurden von einer dritten, weniger auffälligen Erklärung ergänzt, in welcher der Militärpolizei zivilpolizeiliche Befugnisse eingeräumt werden. Somit zogen die Militärs sowohl die exekutiven als auch die legislativen Kompetenzen an sich. Es wurden für diesen Putsch exakt jene konstitutionellen Lücken genutzt, vor denen die Revolutionäre gewarnt hatten und welche die Muslimbrüder in ihrer Machtgier nicht sehen wollten. Dass die Stichwahl dadurch zu einer Farce wurde, hielt Mursi nicht davon ab, sich an der Wahl zu beteiligen. Vorschläge, sich aus den Wahlen zurückzuziehen und einen revolutionären Präsidentschaftsrat unter der Führung Mursis zu gründen, wurden von den Muslimbrüdern abgelehnt.

Wahlergebnisse als Druckmittel

Zu dieser Zeit füllte sich der Tahrir-Platz von Neuem. Revolutionäre Kräfte demonstrierten gegen den konstitutionellen Putsch der Militärs. Die Muslimbrüder folgten schüchtern den Protesten und arbeiteten daran, die Forderungen der Demonstranten auf die Anerkennung der Wahl von Mursi zu beschränken.

Die Massenbewegung nahm die Auflösung des Parlaments lockerer auf als die Präsidentschaft, denn niemand wollte ein Parlament verteidigen, das noch vor kurzem ein Demonstrationsverbot erzwungen hatte. Auch die Muslimbrüder akzeptierten das Urteil.

Eine Gegenmobilisierung brachte hunderttausende Regimeanhänger nach Nasr City. Sie wurden symbolisch rund um jene Bühne angeordnet, auf welcher der ehemalige Präsident Anwar Sadat erschossen worden war, was für Spannungen sorgte.

Eine große Militärpräsenz vor der Bekanntgabe der Wahlergebnisse deutete auf eine mögliche Verfälschung zugunsten Schafiqs hin, dessen Anhänger bereits den Sieg feierten.

Da Tage vergingen, bis die Wahlergebnisse verkündet wurden, kann man davon ausgehen, dass es hinter den Kulissen geheime Verhandlungen zwischen den Militärs und den Muslimbrüdern gab. Mursi erhielt schließlich das Präsidentenamt und die Muslimbrüder akzeptierten die „Erklärung in Ergänzung der Verfassung“. Beide Seiten übten Druck aufeinander aus.

Dass trotzdem Mursi zum Wahlsieger erklärt wurde, kann auf die Angst der Militärs vor einem neuen Ausbruch des Aufstands (unter Beteiligung der Muslimbrüder) zurückgeführt werden. Vor diesem Hintergrund war ein Wahlsieg Mursis für das Regime das kleinere Übel, denn das Präsidentenamt war zuvor seiner wichtigsten Kompetenzen beraubt worden und auf ein symbolisches Amt ohne wesentliche Befugnisse zurückgestutzt worden. Zudem möchten die Militärs in der neuen Regierung die vier wichtigsten Ministerien behalten, nämlich das Verteidigungs-, das Außen-, das Innen- und das Finanzministerium. Die Muslimbrüder beteiligen sich zwar weiterhin an der Tahrir-Bewegung, um ihre Verhandlungsposition zu stärken. Sie sind jedoch an die Spielregeln gebunden, die von den Militärs bestimmt werden. Die Opposition bleibt weiterhin zwischen den opportunistischen Muslimbrüdern und dem konsensunfähigem Rest gespalten.

Da das Parlament aufgelöst wurde, musste Mursi den Eid vor dem Verfassungsgerichtshof ablegen. Mit dieser Handlung hat er die Maßnahmen des Militärrats praktisch anerkannt. Um sich einen Zugang zur einfachen Bevölkerung zu erhalten, legte er in einer symbolischen Geste den Eid vor den Massen auf dem Tahrir-Platz ab, einen Tag, bevor er zum Verfassungsgerichtshof ging.

Es ist offensichtlich, dass der Militärrat nicht gewillt ist, die Macht abzugeben. Er ist in der Lage, sie mit Hilfe mehrerer konstitutioneller und politischer Hürden zu verteidigen und die heterogenen Kräfte der Opposition gegeneinander auszuspielen. Die Muslimbrüder wiederum verbünden sich mit den revolutionären Gruppen nur dann, wenn die Militärs versuchen, sich von Abmachungen mit den Muslimbrüdern loszulösen. Die Tahrir-Kräfte hingegen waren bisher nicht in der Lage, eine gemein-

same politische Führung zu bilden. Zwar können Sabahi und Abu-Futuh nach den Wahlen die Rolle von Konsensfiguren spielen, jedoch tendieren beide dazu, sich auch an die Spielregeln der Militärs und der Muslimbrüder zu halten. Abu-Futuh bekennt sich zwar zur Tahrir-Bewegung, unterscheidet sich jedoch programmatisch kaum von Mursi und bestreitet heute noch, sich gänzlich von den Muslimbrüdern getrennt zu haben. Sabahi präsentierte zwar ein revolutionäres Wahlprogramm, doch er tendiert dazu, die Einschränkung der Kompetenzen gewählter Institutionen zugunsten der Militärs zu akzeptieren, um die Muslimbrüder zu schwächen.

Nach der Vereidigung Mursis scheinen die Sieger letztendlich das Regime und der rechte Flügel der Muslimbrüder zu sein.

Allein die Tatsache, dass diese Wahlen unter den Bedingungen des Militärs und mit Beteiligung der meisten politischen Kräfte stattfanden, ist ein politischer Sieg für das Regime.

Der Kampf um Ägypten ist noch lange nicht entschieden. Weder sind die Militärs in der Lage, mit oder ohne die Muslimbrüder das alte Regime gänzlich oder mit leichten Veränderungen wiederherzustellen, noch sind die revolutionäre Kräfte in der Lage, politische Initiativen zu ergreifen, die ohne Beteiligung der Muslimbrüder Erfolgchancen hätten. Die akuten Fragen von Politik, Wirtschaft und der Menschenrechte werden die Ereignisse beschleunigen.



Der linke ägyptische Aktivist Mohammed Waked

Sündige Islamisten?

Mohammed Waked über die Situation in Ägypten

Mohammed Waked ist ein führender Aktivist der ägyptischen Tahrir-Linken. Er ist Mitglied der „Revolutionären Sozialisten“ und Vorsitzender der panarabischen „Nationalen Front“, die versucht, die revolutionären Kräfte zu vereinen. Waked ist Koredakteur von *jadaliyya.com* („Dialektik“), einer panarabischen Webseite auf Englisch und Arabisch. Das folgende Interview entstand Ende Februar 2012 in Kairo. Obwohl sich die Situation nach den Präsidentschaftswahlen wieder verändert hat, zeichnet das Interview ein gutes Bild der politischen Kräfteverhältnisse in Ägypten.

Das Interview führten Anna-Maria Steiner und Wilhelm Langthaler

Nach dem Sturz von Mubarak hat die Muslimbruderschaft einen instabilen Block mit dem Obersten Militärat (*Supreme Council of the Armed Forces, SCAF*) gebildet. Was ist der Grund dafür und wird sie ihn erhalten können?

Der Block wird vor allem durch den Einfluss der USA in der Region bestimmt. Wir reden hier nicht von einem Block zwischen Militärat und Muslimbrüdern, sondern zwischen dem Militärat, den Muslimbrüdern und den USA.

Beginnen wir mit der Armee. Ihre Anführer waren

mit der Revolution einverstanden, weil sie Mubarak und seinen Sohn loswerden wollten, da diese versucht hatten, den Einfluss der Armee einzuschränken. Sie waren gegen die Übertragung von Mubarak's Macht auf seinen Sohn.

Das war ein sehr gefährliches und schwieriges Unterfangen, da es eine gewaltige, revolutionäre Bewegung auf der Straße gab und gleichzeitig die mächtige Organisation der Muslimbruderschaft. Also versuchte die Armee, einen Deal mit den Muslimbrüdern auszuhandeln, um die Macht zu teilen – ein

Arrangement, in das die USA involviert waren. Washington hatte aus seinen Fehlern im Irak gelernt und versuchte, mit lokalen Stellvertretern zu spielen, wofür die Muslimbrüder mit ihren über das ganze Land verteilten Zweigstellen ein idealer Kandidat waren. Das Beispiel der türkischen Islamisten vor Augen, gestützt auf saudisches Kapital und auf die Idee einer regionalen sunnitischen Koalition sah es nach einer durchführbaren Möglichkeit aus. Die Verhandlungen begannen bereits vor der Revolution und wir glauben, dass sich Mubarak dessen bewusst war. Das ist der Grund dafür, dass er die Muslimbrüder nach der letzten Wahl 2010 alle aus dem Parlament warf. Wir haben uns immer bemüht, diesen dummen Fehler zu verstehen, da Mubarak ihnen zuvor immer einen bestimmten Anteil an Sitzen überlassen hatte. Dieser Schachzug, sie aus dem Parlament zu entfernen, verärgerte die Leute und war ein Grund dafür, dass die Revolution ausbrach. Aber jetzt können wir diese Episode verstehen. Er wusste, dass die Amerikaner auf die Muslimbrüder setzen würden, also warf er sie hinaus.

Nach dem Sturz von Mubarak entstand die Bewegung in der gesamten Region. Die Muslimbruderschaft ist überall und besonders in Syrien setzten die USA auf sie. Die meisten der Bewaffneten sind Islamisten, entweder Muslimbrüder oder Salafiten. Aber dieses Setzen der USA auf die Muslimbruderschaft bringt auch eine Schwäche zum Ausdruck: Sie haben keine andere Option. Doch auf der anderen Seite können die USA die Muslimbrüder erpressen, da sie ihre diversen Projekte in den verschiedenen Ländern jederzeit torpedieren können, wenn sie wollen.

In einem gewissen Sinne haben also die USA dem Militär die Muslimbrüder aufgezwungen, was Probleme verursachte. Laut Washingtons Plan soll die Muslimbruderschaft regieren und die Armee soll sie in Schach halten. Aber für die Generäle ist das nicht genug. Sie wollen mehr, und darum senden sie wütende Signale in Richtung Washington, wie etwa die Gerichtsverfahren gegen US-amerikanische NGOs.

Der Konflikt schafft zunehmend eine instabile Situation, die uns alle verwirrt. Die Mitglieder des Trios jedenfalls benötigen die jeweils anderen, während sie sich gleichzeitig schaden. Je länger dieser Konflikt andauert, umso mehr wird er uns stärken.

Der Tahrir und die Linke kämpfen gegen den

Militärrat und diesen Machtblock. Gibt es Chancen, diese Allianz zu brechen? Oder ist es sogar unangebracht, von der Linken zu sprechen?

Letzten Endes ist es eine linke Bewegung. Und ein großer Teil davon ist sehr radikal. Sie hat gegen den Militärrat gekämpft und nur indirekt gegen den Block. Erst in letzter Zeit hat sie die Muslimbruderschaft zu ihren Feinden hinzugefügt. Die Bewegung hat beinahe ein Jahr gebraucht, um zu verstehen, dass die Muslimbrüder ein Teil dieses Blockes ist. Für einige Leute war die Idee, dass die Muslimbrüder ein US-Agent sein könnten, unvorstellbar. Aber es wird offensichtlicher, je mehr Zeit vergeht.

Wenn der Konflikt zwischen Militärrat und Muslimbruderschaft noch längere Zeit anhält, wird er beiden ernste Probleme bereiten. Aber sie beginnen zu verstehen, dass sie sich gegenseitig schaden. Wenn also ihr Konflikt schnell endet und es ihnen gelingt sich zu einigen, dann haben sie eine Chance. Die Linke und der Tahrir sind immer noch nicht stark genug, um es mit diesem Block aufzunehmen. Wir müssen auf ihre internen Gegensätze setzen, ihre Beziehungen zu den USA und zu den Salafiten. Gleichzeitig benötigen wir eine wesentlich breitere Perspektive im Kampf gegen die Herrschaft der Armee und für eine zivile Herrschaft.

Die wichtigen Errungenschaften der Muslimbrüder sind die Wahlen, die eine Möglichkeit darstellen, der Bewegung auf der Straße Einhalt zu gebieten. Ist das nicht eine Falle für die Linke?

Ja und nein. Wir haben wegen den Wahlen, dem Parlament viel verloren. Aber letzten Endes hat das Parlament viel an Glaubwürdigkeit eingebüßt, weil die Muslimbrüder es in Richtung Marionette des Militärrats steuern, da sie eine Vereinbarung haben. Der Militärrat versucht, die Muslimbrüder unter Druck zu setzen, und umgekehrt. Aber sie sind sehr darauf bedacht, sich gegenseitig nicht zu sehr zu delegitimieren. Das hat der Glaubwürdigkeit des Parlaments geschadet.

Natürlich ist die Mehrheit mit dem Parlament, aber die Mehrheit hat auch nicht an der Revolution teilgenommen. Revolutionen sind das Unternehmen einer fortgeschrittenen Minderheit. Was wir brauchen, ist, dass das Parlament bei jenen an Glaubwürdigkeit verliert, die die Revolution unternommen haben. Ich würde sagen, dass etwa die Hälfte von ihnen bereits jetzt zu dem Schluss gekommen ist, dass das Parlament nichts getan hat, außer jene

zu attackieren, die dem Militärerrat entgegentreten. Es hat die sozialen, ökonomischen und politischen Verhältnisse genauso wenig verändert wie die Privilegien der Eliten, die sie vom Mubarak-Regime geerbt haben. Sie versuchen, dasselbe Regime zu reproduzieren, gegen das wir revoltiert haben. Momentan können wir sagen, dass ein Viertel der Bevölkerung gegen den Militärerrat ist, aber nicht alle von ihnen sind gegen die Muslimbruderschaft oder das Parlament. Die Menschen haben ihre Hoffnung verloren und diese Hoffnung verlagert sich auf die Präsidentschaft. Wenn die Dinge so weitergehen wie bisher, wird das Parlament mehr und mehr zu einer Kopie von Mubaraks altem Parlament.

Führt die Blockbildung Militärerrat–Muslimbruderschaft zu Problemen innerhalb des islamischen Milieus? Gibt es eine Möglichkeit, einen Teil des islamischen Umfelds vom Militärerrat zu distanzieren und in eine Allianz mit dem Tahrir bzw. der Linken zu bringen?

Ich denke nicht, dass so etwas möglich ist. Der islamistische Block wird überleben. Die Islamisten werden gehorchen. Die Salafiten vom Tahrir sind eine sehr, sehr kleine Minderheit des Blocks. Und in der momentanen Situation ist auch der linke Flügel der Muslimbrüder, der hinausgeworfen wurde, eine sehr kleine Minderheit. Der Hauptblock wird aus dieser Situation intakt herauskommen, aber Wählerstimmen verlieren. Die meisten Menschen, die ihnen ihre Stimme gaben, haben das getan, weil sie das für ihre Pflicht als gute Muslime hielten. Und sie haben es für die Stabilität getan, denn dafür sind die Muslimbrüder seit Jahren gestanden, auch gegen Streiks und Umbrüche. Die Mehrheit sehnt sich nach Stabilität.

Versucht der Militärerrat, die Anti-USA-Karte zu spielen, um die Muslimbrüder in das pro-imperialistische Eck zu stellen?

Der Kampf zwischen den USA und dem Militärerrat ist real. Aber er ist nicht tiefgreifend, beide sind im selben Lager. Sie haben gegensätzliche Meinungen, wie sie mit den Angelegenheiten in Ägypten umgehen sollen und wieviel Autorität der Militärerrat erhalten soll. Dieser Konflikt bedeutet jedenfalls nicht, dass die Muslimbruderschaft in das pro-imperialistische Lager gedrängt wird – sie sind bereits dort. Sie glauben, sie könnten mit den Amerikanern arbeiten, mit ihnen spielen, das Maximum an Profit herauschlagen und sich dann ihrer entledigen. Das

ist ein gewaltiger Fehler. Die Muslimbruderschaft hatte einiges an Legitimität im Volk und ein anständiges Wahlergebnis. Sie haben das alles benutzt, um ein Abkommen mit den Amerikanern auszuhandeln, und nicht, um das Land auf Vordermann zu bringen. Und sie werden so weitermachen. Ihr Programm ist neoliberal, sie wollen die Multis hereinholen und sie verlassen sich mehr und mehr auf Saudi-Arabien. Sie sind mit den Amerikanern im Bett, egal was der Militärerrat macht. Mehr und mehr regionale Projekte der Muslimbrüder brodeln und entwickeln sich und je mehr es werden, umso mehr werden sie von Washington und dem Militärerrat abhängig sein: Trotz des internen Kampfes werden sie letztlich einen Kompromiss finden, denn am Ende sind sie aufeinander angewiesen.

Was ist Ihre Position zu den Präsidentschaftswahlen?

Genau wie bei den Parlamentswahlen wissen wir nicht, wofür wir eigentlich abstimmen. Wir kennen die Befugnisse des Parlaments nicht und wir wissen nicht, worum es bei der Präsidentschaft geht. Die Beschreibung dieser Aufgabe sollte in der Verfassung festgehalten werden, die bisher nicht geschrieben wurde. Das gilt für alle Funktionen des Staates, wie der Legislative, der Judikative und der Exekutive. Aber bei der Präsidentschaft ist das noch einmal schlimmer, da es hier viele verschiedene Modelle gibt. Es gibt die parlamentarische Variante, bei der die Präsidentschaft eher eine repräsentative Funktion hat, wie in den meisten europäischen Ländern, oder einen sehr starken Präsidenten wie in den USA oder wie in Ägypten während Mubaraks Herrschaft. Wir entscheiden uns aber zuerst dafür, wer es sein wird, und erst dann entscheiden wir, was seine Vorrechte sein werden – das ist natürlich Unsinn. Sie machen das, um all ihre Figuren in Position zu bringen, damit der Militärerrat seine Autorität festigen kann, bevor er die Regierung verlässt und eine Marionette hinterlässt.

Koketterie oder Widerstand

Die Muslimbrüder und die Proteste gegen die Beleidigung des Propheten

Die Ereignisse in Ägypten in Folge des amerikanischen Films, der den Propheten Muhammad beleidigt, zeigen nicht nur, wie simpel das herrschende Bewusstsein ist, sondern auch, wie beschränkt die Elite ist.

Von Mohammed Waked

Mehrere Analysen, die sich mit den Reaktionen in Ägypten befassten, kamen zu dem Schluss, dass die Proteste eigentlich zur Verbreitung des Films beitrugen. Tatsächlich dürften die Produzenten dieses Films für unseren wütenden Aufstand dankbar sein, denn ohne ihn hätten kaum zehn Personen diesen Film gesehen und sie hätten ihn zudem ausgelacht. Jetzt jedoch betrachten viele Bürger nicht-islamischer Staaten die Filmproduzenten als Helden der Meinungsfreiheit, die gegen Obskurantisten kämpfen. Wir verdanken diesen Protesten nicht nur die Verbreitung des Films, sondern schlichtweg die Tatsache, dass einem dummen Film die Möglichkeit gegeben wurde, dem lächerlichen Inhalt und der Beleidigung des Propheten die heilige Hülle der Freiheit überzuziehen. Das trug zur Verstärkung des negativen Bildes des Islam bei und nicht zum Gegenteil, das die „Verteidiger“ gewollt hatten.

Die meisten wütenden Reaktionen beinhalteten sehr rassistische Losungen, die sich gegen ganze Länder und Völker richten. Diese werden für die Tat eines kleinen Haufens von Personen verantwortlich gemacht. Die Verallgemeinerung gilt allem was weiß, westlich bzw. christlich ist. Zum Beispiel fanden islamistische Kräfte keine US-Botschaft in Teheran und demonstrierten daher vor der Botschaft der Schweiz. Im Sudan griffen Protestierende die britische und die deutsche Botschaft an, obwohl der Film US-amerikanischer Herkunft ist.

Auch die Christen Ägyptens bekamen ihren Anteil an dieser Verallgemeinerung ab. Der Höhepunkt war, dass einige Demonstranten am Tahrir rassistische Parolen auf die Mauern der Dubara-Kirche schrieben. Das musste gerade eine Kirche erfahren, die für ihre Hilfe für die Revolutionäre bei allen Demonstrationen und Kundgebungen bekannt war und den Titel „Kirche der Revolution“ trägt.

Die Rolle der Muslimbrüder

So gravierend die Ereignisse an sich sein mögen, so bleibt die nahezu kindische Rolle der Muslimbrüder in diesen Ereignissen das wichtigste Phänomen. Die Muslimbrüder hatten die Hauptrolle in der Mobilisierung der Massen zu diesen Demonstrationen gespielt, bevor sie sich zurückzogen, die Demonstranten verurteilten und dann ihre Verhaftung verteidigten. Dieses Durcheinander schadete allen Beteiligten. Es schadete vor allem den Muslimbrüdern selbst und dem ägyptischen Staat, auch wenn erstere glauben, dadurch die lokale konfessionelle Schlacht gewonnen zu haben.

Natürlich haben die Muslimbrüder das Recht, zu Protesten gegen einen Film, der den Propheten beleidigt, aufzurufen. Doch war es bislang üblich, von rassistischen Verallgemeinerungen abzusehen, welche die Konfrontation auf eine zivilisatorische Ebene heben würden. Auch wenn man die Verallgemeinerungen im Sinne von „wir haben die Schnauze voll“ hinnimmt, so besteht weiters das Problem der Angriffsfläche, die „dem Anderen“ geboten wird. Hier tauchen wichtige Fragen auf: Wie würden sich die Muslimbrüder gegenüber der anti-muslimischen Gegen-Verallgemeinerung der westlichen Rechten verhalten? Haben sie diesbezüglich eine Position entwickelt? Haben sie Pläne? Oder überlassen sie die Dinge dem Zufall? Wollen sie diese Konfrontation überhaupt?

In dieser Logik verlangte die Führung der Muslimbrüder vom Westen, seine Gesetze so zu verändern, dass die Ächtung der Religionen verboten wird. Diese Einmischung in die Angelegenheiten der Anderen impliziert notwendigerweise, dass die Muslimbrüder ebenfalls und mit ähnlicher Selbstverständlichkeit die Auferlegung westlicher Werte auf die ägyptische Gesetzgebung akzeptieren. Oder soll die Intervention nur auf Religionsaspekte eingeschränkt sein? Wie kann man diese Einschränkungen

kung garantieren? Haben die Muslimbrüder andere Druckmittel als die Angriffe auf Botschaften? Verstehen sie überhaupt die Weltkarte, auf der Religion nicht nur auf die drei monotheistischen Religionen beschränkt ist? Würden sie sodann z.B. die Beleidigung Buddhas und hinduistischer Götter in Ägypten verbieten?

Solche Fragen wären logische Konsequenzen zur Haltung der Muslimbrüder. Jedoch verschwinden normalerweise solche Konsequenzen angesichts der Kräfteverhältnisse. Stehen diese Kräfteverhältnisse wirklich zugunsten der Muslimbrüder? Oder hätten sie den Film lieber ignorieren sollen? Unter den gegebenen internationalen Kräfteverhältnissen ist der Weg der Konfrontation, den die Muslimbrüder anfangs einschlugen, nur im Sinne eines antikolonialen Widerstands akzeptabel. Nur die Logik des Widerstands kann die Angriffe auf die westlichen Botschaften erklären und sogar legitimieren. Wütende Demonstrationen vor den Botschaften Englands und Deutschlands in Khartum entlehnen ihre Legitimität den feindlichen Haltungen dieser Staaten zum Sudan und deren Rolle bei seiner Kolonialisierung und Ausbeutung. Jede andere Logik wird für die Muslimbrüder Konsequenzen haben, die von den Kräfteverhältnissen in dieser Welt reguliert werden, und steht zugunsten des Stärkeren, der USA. Wollen die Muslimbrüder Widerstand gegen die USA leisten? Wenn ja, dann wäre diese Mobilisierung akzeptabel und muss unsererseits bedingungslos unterstützt werden.

Ist das jedoch ein kokettes Spiel mit den USA, dann haben die Muslimbrüder viel an Glaubwürdigkeit verloren und wir müssen auf der Hut vor ihren nächsten Aktionen sein. Leider sprechen alle Anzeichen dafür, dass Zweiteres der Fall ist.

Widerstand gegen die USA

Für ihren Unwillen, der Widerstandslogik zufolge zu handeln, spricht die Tatsache, dass die Mobilisierung vor der US-Botschaft zeitgleich mit dem Besuch einer US-Delegation an den Grenzen zu Gaza stattfand. Diese untersuchte die Qualität der ägyptischen Vorkehrungen und prüfte, ob die Zerstörung der Tunnel weitergeführt werde. Die Amerikaner haben auch die Installation neuer Geräte bekanntgegeben, welche die Bewegungen der ägyptischen Truppen auf dem Sinai erfassen sollen. Der US-Verteidigungsminister erklärte: „Wir möchten nur

sehen, wie sich diese Truppen aufstellen, damit sie effizienter im Kampf gegen Terroristen sind“. Diese Handlungsweise stammt aus den Zeiten Mubaraks und ist eine Verletzung der ägyptischen Souveränität. Die Muslimbrüder werden diese Maßnahmen akzeptieren müssen. Das ist die Konsequenz aus einer früheren US-Intervention, welche die Machtübergabe an sie ermöglichte.

Auf den US-Besuch folgten unruhige Reaktionen aus Gaza. Die Menschen in Gaza verlangten zunächst Alternativen zur Tunnelwirtschaft, damit die Versorgung von Nahrungsmitteln u.ä. weiterhin erfolgen kann. Die Reaktionen aus Gaza deuten auf die Effizienz der amerikanischen Bemühungen in der Tunnelfrage hin.

Die Proteste gegen die USA fanden auch zeitgleich mit einem Statement der salafitischen Nur-Partei statt, einer Partnerin der Muslimbrüder bei dieser Mobilisierung, wonach das Friedensabkommen mit Israel zu respektieren sei und prinzipielle Bereitschaft zum Dialog mit Israel geäußert wird.

Das bedeutet, dass die Führung der Muslimbrüder bei den Protesten gegen die USA Öl ins Feuer goss und gleichzeitig die US-Interessen auf Weiterführung der unterwürfigen Machenschaften Mubaraks sichert. Die Führer der Salafiten eskalierten gegen die USA, während sie zeitgleich Zeichen von gutem Willen in Richtung Israel sendeten. Dies alles geschah an einem einzigen Tag.

Daher haben wir es nicht mit einem authentischen Widerstandsprojekt zu tun. Es ist vielmehr ein Projekt der Koketterie. Die Muslimbrüder glauben einerseits, sie könnten die USA unter Druck setzen, um sich eine relative Unabhängigkeit auszuhandeln. Andererseits müssen sie die islamischen Ressentiments bedienen, um ihre Popularität zu erhalten. Es gibt sonst andere islamistische Gruppen, die nicht zögern würden, „islamischer“ als die Muslimbrüder aufzutreten. Somit wurden die Muslimbrüder dazu gezwungen, zwei Sprachen zu sprechen, was letztendlich auf beiden Seiten der Gleichung, den USA und dem ägyptischen Volk, kläglich gescheitert ist. Hier tauchen zwei weitere Fragestellungen auf, nämlich eine moralische und eine strategische. Erstens: Darf die Muslimbruderschaft die Menschen zu einer solchen verlustreichen Konfrontation aufhetzen, wenn sie diese von Anfang an „nicht vorhatte“? Hätte sie nicht den Leuten die Wahrheit über ihre Kalküle vermitteln sollen? Ist sie in der Lage, die von

ihr lancierte Bewegung zu kontrollieren? Ist es danach zulässig, jene Menschen zu inkriminieren, die ihr geglaubt haben?

Zweitens: Wie können die Muslimbrüder sicher sein, dass sie so nicht auf beiden Seiten verlieren?

Die Koketterie und ihre Grenzen

Die Muslimbrüder, gemeinsam mit der salafitischen Nur-Partei, beteiligten sich zentral daran, die wütenden Reaktionen auf den Film zu schüren. Mithilfe ihrer Fernsehsender begannen sie die Kampagne und widmeten dann alle Energien dem Schüren der Gefühle.

Sie lancierten wütende Demonstrationen, die entgegen ihrer Erwartungen ihrer Kontrolle entglitten. Die Massen glaubten ihrem Diskurs und handelten entsprechend. Sie hatten den Dschinn aus der Flasche gelassen, ohne daran zu denken, wie man ihn wieder hineinbringt.

An dieser Kampagne nahmen hochrangige Funktionäre der Muslimbrüder teil, darunter Khairat al-Shater, Isam al-Eryan und Mohammad al-Beltaji. Alle sind von der ersten Führungsriege und für die Muslimbrüder repräsentativ. Daher ist das darauffolgende Drama, bei dem zwei Mitbürger getötet und dreihundert verletzt wurden, die Folge eines falschen Kalküls auf höchster Führungsebene und nicht einer emotionalen Handlung mittlerer Kader oder von Basisaktivisten.

Zum Beispiel begrüßte al-Shater zunächst auf unmissverständliche Weise die anti-amerikanischen Demos, was ein impliziter Aufruf zur Beteiligung war. Al-Eryan betonte: „Unsere Forderungen heute sind, dass die Macher des Films zur Rechenschaft gezogen werden. Wir wollen internationale Maßnahmen gegen die Beleidigung von allen Religionen und Heiligtümern. Religion ist nicht weniger heilig als der Holocaust“. Er definierte sich dadurch als Teil der Proteste.

Auch wenn solche Forderungen eine Einmischung in die Gesetzgebungen anderer Staaten sind, können sie in einem Kontext des Widerstands nachvollziehbar bleiben. Aber wenn sie nur ein Druckmittel sind, dann schaden sich damit die Muslimbrüder selbst. Zudem gibt es in den westlichen Gesellschaften sehr viel mehr Filme und Publikationen, die sich über das Christentum lustig machen als über andere Religionen. Eine Gleichberechtigung des Islam gerade in dieser Frage kann nur mehr Humor auf Kosten des

Islam bedeuten. Die Muslimbrüder hätten sich statt auf Beleidigung von Religionen als solche besser auf die Diskriminierung von Muslimen und die Besetzung ihrer Länder sowie die westliche Heuchelei zum Thema Islam im Westen konzentrieren sollen. Die Aussagen von al-Eryan implizieren, dass ein Staat wie Ägypten den USA vorschreiben kann, nach ägyptischem Muster die Beleidigung von Religion gesetzlich zu verbieten. Das ist vollkommen unrealistisch. Außerdem beinhalten diese Aussagen (übrigens eines politischen Beraters des Präsidenten) eine frapierende Ignoranz zum Thema Holocaust, denn die den Holocaust betreffenden Gesetze haben nichts mit der jüdischen Religion zu tun. Es sind Gesetze, die vor dem Hintergrund eines historischen Verbrechens in der Größe der Vernichtung der europäischen Juden die Leugnung des Holocaust kriminalisieren. Es sind also Gesetze, die dem historischen Prozess der Staaten entstammen, in denen sie gelten. Ein Vergleich des Films mit dem Holocaust ist völlig unzulässig und einfach lächerlich.

Wichtiger noch: Die Gesetze gegen Holocaust-Leugnung gelten in Ländern, die sich an diesem Verbrechen beteiligt hatten, und nicht in den USA. In diesem Sinne ist die Forderung von al-Eryan an die USA absurd. Außerdem kann al-Eryan seine eigenen Forderungen nicht befolgen, denn ein ägyptisches Gesetz gegen die Leugnung des Holocaust steht nicht zur Debatte.

Die Muslimbrüder mobilisierten gemeinsam mit den Salafiten für die Demonstration am 11. September 2012. Doch sie kamen nicht. Das veranlasste den salafitischen Anführer Nader Bakkar, die Muslimbrüder zu beschuldigen, sie hielten ihr Versprechen nicht, und er stand mit seinen Anhängern und einigen Fußball-Ultras alleine vor der Botschaft. Später distanzieren sich die Salafiten und machten die Fußball-Ultras für die Erstürmung der Botschaft und das Verbrennen der US-Flagge verantwortlich. Da begannen sich die Probleme mit den doppelten Botschaften zu zeigen.

Präsident Mursi weigerte sich anfangs, die Erstürmung der US-Botschaft in klaren Worten zu verurteilen. Die Antwort Obamas war schroff: „Ägypten ist weder ein Verbündeter noch ein Feind der USA.“ Dies ist die erste offizielle Aussage aus den USA seit Jahrzehnten, in der Ägypten nicht als Bündnispartner bezeichnet wird. Die doppeldeutigen Botschaften der Muslimbrüder führten zu einer unerwarte-

ten Reaktion der Amerikaner. Danach fand Mursi stärkere Worte, um die Stürmung der US-Botschaft zu verurteilen. Es folgte eine Reihe von Rückziehern seitens der Muslimbrüder, die sich der Gefährlichkeit ihres Spiels bewusst wurden.

So zogen die Muslimbrüder ihre Unterstützung für die Freitagskundgebung auf dem Tahrir-Platz zurück, obwohl sie selbst dazu aufgerufen hatten. Ihre Zeitschrift *Al-Hurriyya wa-l-Adala* kündigte an, dass die Muslimbrüder nur vor den großen Moscheen demonstrieren würden, während andere revolutionäre Kräfte zum Tahrir gingen (obwohl die revolutionären Kräfte gar nicht beteiligt waren). Salafiten-Anführer Nader Bakkar, welcher der Star der Kundgebung vor der US-Botschaft war, gab ebenfalls ein Kommuniqué aus, in er frühere Positionen revidierte und die Demonstranten dazu aufforderte, sich von den Botschaften fernzuhalten. Dann folgten die religiösen Fatwas, durch die Angriffe auf Botschaften überhaupt als *haram* verboten wurden. Kurz darauf veröffentlichte Khairat al-Shater eine implizite Entschuldigung in der *New York Times*. Am selben Tag behauptete Beltaji, die Demonstrationen seien vom alten Regime gesteuert und durchgeführt. Der Premierminister kriminalisierte die Demonstranten und behauptete, sie hätten Geld aus dem Ausland bekommen, das Ägypten keine Stabilität wünsche. Diese Kriminalisierung erinnert stark an die Wortwahl des Regimes von Mubarak im Umgang mit Protestierenden, als immer eine ungenannte „dritte Partei“ verantwortlich gemacht wurde.

Diese Distanzierungen führten weiters zu fünf neuen Gesetzesentwürfen, durch die Demonstrations- und Streikrechte eingeschränkt werden sollen. Dann revidierte die Verfassungskommission die Stellen, die das Demonstrationsrecht betreffen. Weiters riefen prominente Schriftsteller wie etwa Fahmi Houwaidi zur Bestrafung der Zeitungen auf, in denen konfessionalistische und extremistische islamistische Elemente in Erscheinung treten. Sie schlugen schlicht die Wiedereinführung der Zensur vor.

In Summe wurden die Muslimbrüder in eine Richtung getrieben, die anfangs nicht ihr Ziel war. Das Gleichgewicht der Kräfte und die logischen Konsequenzen ihrer Koketterie zwangen sie am Ende zu einer Konfrontation mit dem Volk statt mit den USA.

Sie begreifen offensichtlich nicht, dass keiner den Ablauf einer derartigen Volksmobilisierung und po-

litischen Verhetzung kontrollieren kann.

Sie begreifen auch nicht, dass man keine doppeldeutigen Botschaften aussenden kann, ohne beide Seiten zu verlieren. Dies war in der Antwort der US-Botschaft ersichtlich, die sie zudem darauf aufmerksam machte, dass die USA auch Veröffentlichungen in arabischer Sprache verfolgen. Auf der anderen Seite der Gleichung, jener des Volkes, braucht man sich nur die Zahl der Verletzten und der Verhafteten im Zusammenhang mit den Ereignissen vor Augen halten.

Die Muslimbrüder haben nicht das Recht, Andere auf einen Kurs zu bringen, von dem sie sich selbst am nächsten Tag distanzieren. Diese Unehrlichkeit brachte den Muslimbrüdern mehr Schaden als Nutzen, als ihr Krisenmanagement komplett scheiterte. Außerdem haben sie nicht das Recht, mit einem verlogenen Widerstandsdiskurs zu spielen, um ihre Bereitschaft zur Kooperation mit dem Imperialismus zu vertuschen. Das bringt sie in eine Situation, in der sie zu mehr Konzessionen zugunsten des Imperialismus gezwungen werden und nicht umgekehrt. Diese Zugeständnisse würden sie auf der anderen Seite zu einer Konfrontation mit den politischen Kräften zwingen, die sich die daraus resultierenden Einschränkungen des Demonstrations- und des Streikrechts sowie der Meinungsfreiheit nicht gefallen lassen.

Die doppeldeutigen Botschaften sind nicht intelligent. Vielmehr führen sie zu einer doppelten Niederlage. Die Muslimbrüder sollten sich öffentlich für eine Position in Bezug auf den Widerstand gegen das US-Projekt in der Region entscheiden. Ansonsten wird aus einer peinlichen Krise eine noch peinlichere entstehen – und am Ende zahlen wir alle den Preis für diese Koketterie.



Foto: „looking4poetry“ (Flickr)

Ein weiterer Sieg des Widerstandes

Erfolgreicher Hungerstreik der palästinensischen Gefangenen belastet die palästinensische Polit-Elite

Nach fünfundzwanzig Tagen Hungerstreik von über 4000 palästinensischen Gefangenen musste die israelische Regierung einlenken. Die den Gefangenen entzogenen Rechte wurden wiederhergestellt. Eine Solidaritätskampagne in Palästina und weltweit begleitete den Hungerstreik. Er wurde nicht nur der israelischen Regierung zum Verhängnis, sondern auch der palästinensischen Polit-Elite in Ramallah und Gaza.

Von Mohammad Aburou

Elementare Forderungen

Der Streik begann am „Tag der palästinensischen Gefangenen“, dem 17. April. Fünf der Gefangenen waren Wochen davor in Hungerstreik gegen ihre jahrelange „Verwaltungshaft“ (Gefängnisstrafe ohne Gerichtsurteil) getreten. Insgesamt dauerte der Streik von Bilal Dhyab und Thaer Halahleh 72 Tage (zum Vergleich: Der irische Freiheitskämpfer Bobby Sands starb nach sechzig Tagen Hungerstreik). Die Gefangenen bildeten erstmals ein Streikkomitee aus Vertretern aller palästinensischen Organisationen, das sowohl als Führung als auch als einziger

Ansprechpartner für Verhandlungen fungierte. Die Forderungen waren:

1. Beendigung der Einzelhaftstrafen.
 2. Wiederherstellung der Rechte der Gefangenen, die ihnen von der Gefängnisverwaltung entzogen worden waren.
 3. Einstellung der systematischen Demütigungen der Angehörigen an den Straßensperren des israelischen Militärs auf dem Weg zu Gefängnisbesuchen.
 4. Einstellung willkürlicher Besuchsverbote, insbesondere für die Angehörigen aus dem Gazastreifen.
- Die elementare Natur der Forderungen deutet auf

die menschenunwürdige Lage hin, der die PalästinenserInnen in den israelischen Gefängnissen ausgesetzt sind.

Das Schweigen der Medien brechen

Der Hungerstreik gilt als Fortsetzung des 21-tägigen Hungerstreiks im Herbst 2011, der im Kontext des damaligen Gefangenenaustauschs zwischen Hamas und Israel (Shalit-Deal) unterbrochen wurde. Damals hätten die Kollektivstrafen aufgehoben werden sollen, die Israel nach der Gefangennahme eines israelischen Soldaten über die palästinensischen Gefangenen verhängt hatte. Sechs Monate nach dem Gefangenenaustausch und der Freilassung des israelischen Soldaten hatte sich nichts an der Situation der Gefangenen geändert. Nun hieß es „Sieg oder Tod“ im Kommuniqué Nr. 1.

Ähnlich wie im vergangenen November dauerte es mehr als eine Woche, bevor der Streik Medienaufmerksamkeit erlangte. Es war die starke Solidaritätsbewegung in Palästina und weltweit, die den Streik zum Thema machte.

Nicht nur die traditionell pro-israelischen westlichen Medien ignorierten den Streikbeginn. Auch in arabischen Medien, in denen Syrien und die Kampagne für eine westliche Militärintervention höchste Priorität haben, blieb der Hungerstreik im Hintergrund.

In den palästinensischen Medien war die Situation nicht viel besser. Sowohl in Ramallah als auch in Gaza bestand kein großes Interesse, den Streik zum Hauptthema zu machen. Dies hing direkt mit den politischen Agenden der beiden Regimes zusammen, die vom Beschluss der Parteimitstreiter in den Gefängnissen offensichtlich überrumpelt worden waren.

Hungerstreik als Verhängnis für politische Elite

Derzeit mangelt es sowohl bei der Fatah als auch bei der Hamas an politischer Initiative. Beide Behörden in Gaza und Ramallah sind in einem Wartezustand, was die Auswirkungen der regionalen Umwälzungen auf die Situation in Palästina betrifft. Die Autonomiebehörde in Ramallah (PNA) setzt derzeit ihre Bemühungen um internationale Anerkennung palästinensischer Staatlichkeit fort und richtet einen Appell nach dem anderen an die internationale Gemeinschaft sowie an Netanjahu. Ihre politische Pleite ist mit der Verstärkung der Repression in den Städten des Westjordanlands offensichtlich

geworden, denn ihre Funktion als Kollaborationsbehörde ist nach wie vor das Einzige, was sie für Israel und die westlichen Geldgeber zum Ansprechpartner macht. Eine Eskalation der Massenproteste ist in diesem Sinne kontraproduktiv. Präsident Abbas selbst äußerte am 10. Mai bei einem Treffen mit jüdischen Friedensaktivisten seine Angst vor einer neuen Intifada und forderte die Zustimmung Israels für die Anschaffung von dreitausend neuen Gewehren für die PNA-Polizei (*New York Times*, 12. Mai 2012).

In Gaza steht die Hamas zwar nicht in politischer und finanzieller Abhängigkeit von Israel und dem Westen, jedoch hat sie eine andere Agenda, die in dieser Phase keine Eskalation vorsieht. Regional ist ihre Mutterpartei, die Muslimbruderschaft, im Vormarsch. Dies geschieht im Bündnis mit den pro-westlichen Golfstaaten, deren Prioritäten im Moment der Sturz des Assad-Regimes und die Bildung einer anti-schiitischen Koalition sind. In diesem Zusammenhang erzwang Qatar ein Fatah-Hamas-Verständigungsabkommen, sobald die Hamas-Führung Damaskus verließ. Das Abkommen stieß zwar auf Widerstand bei der Führung von Hamas in Gaza und scheiterte schließlich am Unwillen der Fatah, die Macht zu teilen, zeigte jedoch die Dominanz der pragmatischen Führung um Khaled Mishal.

Für Hamas bedeuten diese regionalen Verschiebungen eine politische und diplomatische Wende. In diesem Zusammenhang wird die Palästina-Frage störend, vor allem wenn es um Bündnisse mit dem Westen geht. Daher ist die Priorität von Hamas in diesem Moment, ihre Kontrolle über Gaza zu festigen.

Aus diesem Grund ist die PNA in Gaza genauso wenig an einer politischen oder gar militärischen Eskalation interessiert wie ihre Kollegen in Ramallah. Geschieht eine Eskalation aufgrund israelischer Übergriffe, so bemüht sich die Hamas um die Wiederherstellung des ungeschriebenen, jedoch permanenten Waffenstillstands. Finden Demonstrationen statt, so bemühen sich beide Behörden, sie von den israelischen Militärsperren fernzuhalten. Manche Demonstrationen werden im Namen von „Ruhe und Ordnung“ untersagt. Ein Besuch von prominenten Tahrir-Aktivist*innen, Bloggern und politischen Musikern aus Ägypten wurde von den Sicherheitskräften der Hamas unterbrochen, als die antiautoritären Töne der Besucher unter der Jugend in Gaza Euphorie auslösten.

Kundgebungen zur Solidarität mit den Gefangenen benötigten die Genehmigung des Innenministeriums, sowohl in Ramallah als auch in Gaza.

Neue politische Bewegung

Nicht nur die Eskalationstendenz beunruhigt die palästinensischen Parteien. In diesem politischen Stillstand und der Abwesenheit von politischen Programmen kam der Hungerstreik als ein Lebenszeichen der Bewegung und brachte die Logik des Widerstands erneut auf die Tagesordnung. Bisher hat die spezifische Situation in Palästina dazu geführt, dass es keine palästinensische Version der arabischen Aufstände gab. Die kurze Phase von Demonstrationen, die (von beiden Behörden willkommen) gegen die Spaltung der palästinensischen Bewegung auftraten, hatten genau so viel politische Perspektive wie die wiederholte Versöhnung von Fatah und Hamas. Der Hungerstreik hingegen beinhaltete politische Kritik an der palästinensischen Politik. Die Solidaritätsbewegung bestand vor allem aus den aktiven Basiselementen der Organisationen sowie aus parteilosen Jugendlichen. In allen Teilen Palästinas (Westjordanland, Gazastreifen und im israelischen Staatsgebiet) marschierten sie und zwangen die politischen Parteien, Positionen zu beziehen. Sowohl Israel als auch die beiden palästinensischen Behörden waren interessiert an einem Ende des Streiks vor dem Jahrestag der Nakba und bevor einer der Streikenden stirbt (einige Gefangene waren bereits seit siebzig Tagen gegen ihre langjährige Haft ohne Prozess im Hungerstreik). Die PNA in Ramallah kündigte mehrmals das Ende des Streiks an und behauptete, dass durch ihr Verhandlungsgeschick ein Kompromiss gefunden worden wäre. Die wiederholten Dementi der Gefangenen hielten das Regime von Gaza nicht davon ab, eine ähnliche Meldung abzugeben: Der Streik wäre bald beendet, nachdem durch ägyptische Vermittlung Israel seinen Anteil am Shalit-Abkommen erfüllen würde. Auch das wurde von den Gefangenen dementiert, und es wurde erneut betont, dass der Streik weitergehe und der einzige Ansprechpartner für Verhandlungen das Komitee der Gefangenen sei.

Siegesstimmung am Tag der Nakba

Der Hungerstreik endete am Abend des 14. Mai, einen Tag vor dem Gedenktage der Nakba. Die Meldung der Medien kam der offiziellen Benachrichti-

gung durch das Gefangenenkomitee zuvor, nachdem Sprecher der PNA in Ramallah und Gaza das Streikende als ihren Erfolg präsentieren wollten. Auch die israelische Regierung wollte dem Gefangenenkomitee keine offiziellen Zugeständnisse machen und bezog sich nur auf die ägyptische Vermittlung. Der Inhalt des Abkommens wurde vom Generalsekretär der PFLP, Ahmad Saadat, den Anwälten mitgeteilt: Ende der Isolationshaft, keine Verlängerung der „Verwaltungshaftstrafen“ und strengere Kriterien für den israelischen Sicherheitsapparat bei der Verhängung von „Verwaltungshaft“, Besuchsrecht und bessere Preise in den Kantinen. Die Nachricht des Sieges der Gefangenen übertönte die traurige Stimmung am Gedenktage der Nakba. Die Palästinenser feierten am 15. Mai 2012 einen kleinen Sieg des Widerstands.



Soziales Erdbeben

Der tunesische Aufstand dauert an – diesmal ohne westliches Medieninteresse

Fünfzehn Monate nach dem Sturz des Kopfs des alten Regimes, sechs Monate nach der ersten Wahl nach der „Revolution“ und drei Monate nach der Bildung der ersten gewählten Regierung in der Geschichte Tunesiens stellen wir abermals fest, dass der Aufstand, der eigentlich bereits vor Dezember 2010 begann, noch immer andauert.

Von Imad Garbaya

Im Winter 2008 nahm der Aufstand seinen Ausgang in den ärmsten Teilen Tunesiens, vor allem in Rdeyef (ar-Ruddayyif) in der Region Gafsa (Qafsa). Im Zentrum standen soziale Forderungen und das Ziel der Freiheit. Nun ist die Bewegung wieder aufgeflammt und wieder in der Region Gafsa (el-Guettar [al-Qatar] dieses Mal), aber auch in anderen Gegenden, wo die Menschen mehr als eine demokratische Wahl verlangen, mehr als nur moralische und religiöse Predigten und vor allem mehr als leere oder unrealistische Versprechungen.

Wieder protestieren die gleichen sozial schwachen Schichten, die Arbeitslosen und Armen, die auch in den letzten Wochen vor dem Sturz des Diktators Ben Ali an der Front waren. Heute sind sie wieder auf der Straße und fordern: „Arbeit ist ein Recht, ihr Diebesbande“, „Arbeit“, „Freiheit“. Sie verlangen die Einhaltung der Versprechungen, endlich konkrete Maßnahmen. Aber nicht nur sie gehen auf die Straße. Auch viele andere versuchen die Situation zu nutzen, um mit dem Wahlsieger abzurechnen: die Heuchler des alten Systems, ein Teil der alten Elite, die nun plötzlich ihre Liebe zur Freiheit entdecken. Oder andere, die sich mit der neuen Regierung arrangiert haben oder sogar bereit sind, in der En-

nahda aufzugehen, solange das keinen sozialen oder wirtschaftlichen Abstieg für sie bedeutet.

Zwischen den Fronten findet sich eine zerrissene Linke, die den Anschluss an die Menschen und einen Ausgleich zur Wahlniederlage sucht.

Die Härte, mit der die Regierung gegen diese letzte Welle des Aufstands insbesondere in Tunis vorgegangen ist, zeigt, wie angespannt die Lage auch für sie selbst ist. Sie legitimiert sich durch eine Wahl zu einer verfassunggebenden Versammlung. Dabei gab es zahllose unrealistische Versprechen, wie etwa, innerhalb eines Jahres 400 000 Arbeitsplätze zu schaffen. Wichtige Themen wurden noch nicht richtig angegangen, wie das öffentliche Verhältnis zu den Märtyrern und Verwehrten der Revolution. Es handelt sich um eine Regierung, die im Grunde genommen nur die Krise moderiert, eine Krise, die sie nicht verursacht hat, für die sie aber keine Lösungen parat hat – zumindest nicht in absehbarer Zeit (und das nicht nur in Tunesien).

Bis dahin bleiben nur der Widerstand und der Aufstand gegen das System, das diese Krise verursacht hat, die einzige logische (Re)Aktion der Menschen in Tunesien und anderswo – so wie wir das fast täglich auf der ganzen Welt erleben.

Der tunesische Aufstand flammt erneut auf

Sidi Bouzid meldet sich wieder

Die leeren Versprechungen der Regierung und die Verschlechterung der Lebensbedingungen machen die Menschen in Tunesien ungeduldig. Das gilt insbesondere für die Regionen, wo die Bewegung gegen Ben Ali begann.

Von Imad Garbaya

Seit Wochen werden in verschiedenen Regionen Tunesiens Wasser und Strom willkürlich und ohne Vorwarnung mehrere Stunden pro Tag abgedreht. Eine klare Begründung seitens der Regierung gibt es nicht. Es heißt, der Verbrauch sei gestiegen, ohne dass ersichtlich wäre, wodurch.

Die Ungeduld der Menschen entwickelt sich zu einem Protest, der sowohl von den Gewerkschaften als auch von den jungen RevolutionärInnen getragen wird. Sie glauben nicht mehr an Versprechungen von Demokratie und freien Wahlen, die an amerikanische Bedingungen gebunden sind und die sozialen Kernforderungen der Bewegung längst aufgegeben haben. Stattdessen richten sich die Menschen darauf ein, dass der revolutionäre Veränderungsprozess langfristigen Charakter haben wird.

Die Regierung hat bis jetzt nichts unternommen, um die sozialen Probleme zu lösen oder zu lindern bzw. um neue wirtschaftliche Optionen in Richtung einer größeren Unabhängigkeit von (ausländischen) Investoren und Kapitalmärkten zu eröffnen. Im Gegenteil, was die Regierung bisher unternommen hat, verstärkt die Abhängigkeit oder bereitet lediglich den direkten bzw. über die Golf-Staaten vermittel-

ten Übertritt aus der Einflussphäre des französischen in jene des amerikanischen Imperialismus vor. Ein Beispiel dafür ist der Verkauf von staatlichem Eigentum (etwa Jagdgebiete im Süden Tunesiens oder der Ölhafen in Skhira) an Qatar.

Die letzten Wasser- und Strom-Protestbewegungen und im Allgemeinen die sozialen Bewegungen in den ärmsten Regionen wurden mit aller Härte niedergeschlagen. Die Polizei nahm mehrere Demonstranten fest.

Am 9. August 2012 begann der Prozess gegen die Demonstranten in Sidi Bouzid. Gleichzeitig wurden die Heckenschützen, die für den Tod vieler Menschen während der Hochphase der Bewegung – von der Bevölkerung als Märtyrer der Revolution angesehen – verantwortlich sind, noch immer nicht identifiziert.

Vor diesem Hintergrund beginnt eine neue Welle des tunesischen Aufstandes gegen die Regierung und gegen die führende Partei Ennahda, die sich jeden Tag mehr zu einer neuen RCD (der Partei von Ben Ali) entwickelt. Hinter einer demokratischen Fassade tritt zunehmend die Treue zum traditionellen System zutage.



Foto: „Magharebia“ (Flickr)



Foto: Al Jazeera English (Flickr)

Ein Hindernis für die Demokratie

Fouad Ibrahim über die gesplante Gesellschaft Saudi-Arabiens

Fouad Ibrahim ist ein bekannter Oppositioneller und Schriftsteller aus dem schiitischen Osten Saudi-Arabiens. Er lebt im Londoner Exil und engagiert sich beim Aufbau einer nationalen demokratischen Opposition. Im März 2012 hielt Fouad Ibrahim in Wien einen Vortrag über die aktuellen politischen Entwicklungen in seinem Land, den Mohammed Aburous für die „Intifada“ zusammengefasst hat.

Zusammengefasst von Mohammad Aburous

Der arabische Frühling hat auch im wahhabitischen Königreich zu Protesten geführt. Sie waren im ganzen Land zu spüren, im Osten jedoch eskalierten sie als offene Straßenproteste. Dieser Widerstand hat eine lange Geschichte.

Der Kuwait-Krieg

Das Jahr 1991 stellte eine Wende in der saudischen Gesellschaft dar. Protestbewegungen unterschiedlichen Charakters brachen 1991 nach dem Ende des Kuwait-Krieges aus. Der von der erstmaligen Präsenz fremder Truppen (USA und Verbündete) in Saudi-Arabien hervorgerufene Kulturschock führte einer-

seits zu religiösen Protesten im traditionell loyalen wahhabitischen Lager, das die Einhaltung der islamischen Lehre seitens des Staates in Zweifel zog. Verlust von Autorität und die Wirtschaftskrise der 1990er Jahre brachten andererseits eine liberale Opposition hervor, die grundlegende Reformen und politische Freiheiten forderte. Es entstand eine Reihe von Kampagnen, die ihre Forderungen in Form von Petitionen an den damaligen König Fahd richteten. Das Regime verhaftete damals zwar die Initiatoren und zwang sie, Unterlassungserklärungen zu unterschreiben, kündigte jedoch allmähliche Reformen an, die bis heute nicht durchgeführt wurden.

Saudi-Arabien und die arabische Revolte

Wie in anderen arabischen Ländern nährten der tunesische Aufstand und der darauffolgende Sturz von Ben Ali im Januar 2011 auch in Saudi-Arabien die Hoffnungen der Massen auf politischen Wandel. Das saudische Regime, das die Diktatoren Ben Ali und Mubarak bis zum Ende offen unterstützt hatte, musste nach deren Sturz seine Politik revidieren und einer Bewegung im eigenen Land zuvor kommen. Heute führt Saudi-Arabien die Konterrevolution in der Region an, die je nach Situation unterschiedliche Formen annimmt. In Tunesien und Ägypten wird versucht, die Bewegung in die gewünschten Bahnen zu lenken, während in Bahrain und Jemen Militärinterventionen stattfanden.

In diesem Sinne stellt Saudi-Arabien heute das größte Hindernis für Demokratie in der Region dar. Die bahrainische Demokratiebewegung wurde durch eine direkte saudische Besetzung des Landes niedergeschlagen. In Syrien interveniert Saudi-Arabien, um die gewaltlose demokratische Bewegung zu beenden. Die Saudis streben eine Militarisierung des syrischen Konfliktes an, die einer Militärintervention den Weg ebnen soll. In dieser polarisierten Situation wird in Syrien der dritte Weg für die Revolte und gegen ausländische Intervention schwieriger, zum Nutzen konterrevolutionärer Kräfte.

Zersplitterte Gesellschaft und gescheiterter Staat

Bislang drückt sich die politische Opposition in Saudi-Arabien entweder konfessionell (Schiiten/Sunniten) oder regional (Osten, Westen, Süden) aus. Das ist auf die Zersplitterung der Gesellschaft im saudischen Reich zurückzuführen, das Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts durch die gewaltsame Expansion und Annexion von Gebieten durch die saudisch-wahhabitische Allianz entstand. Während das wahhabitische Sunnitentum im Zentrum der Halbinsel (Najd) entstanden ist und dort seinen Rückhalt findet, ist der Osten (al-Ahsaa) vorrangig schiitisch. Auch im westlichen Hedschas und im Süden dominieren andere theologische Schulen des sunnitischen Islam als die wahhabitische. Andere schiitische Gruppen gibt es in Medina sowie im Süden des Landes, wo die Konfession mit dem Stamm Yam zusammenfällt. Dass noch heute keine „nationale“ Identität die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen eint, ist schon ein Beweis für das

Scheitern des saudischen Staates. Indem dieser der gesamten Gesellschaft seine Auffassung vom Islam aufzwingt, marginalisiert er große Teile der Bevölkerung. Zudem spaltet er mit seinem autokratischen Charakter die Bevölkerung, anstatt sie zu vereinigen. Im Jahr 1983 lud das Regime die schiitische Opposition zu einem Dialog ein. Grund für dieses Zugeständnis war der Beginn eines Dialogs der Schiiten mit der sunnitischen Opposition. Vor einem derartigen Bündnis hat der Staat Angst.

Heute gibt es unter den Jugendlichen ähnliche Richtungen, welche die traditionellen Schranken überschreiten und auf landesweiter Ebene zusammenarbeiten. Es gibt mehrere oppositionelle Internetseiten, die von solchen „gemischten“ Gruppen initiiert wurden.

Arbeitslosigkeit und Fremdarbeiter

In Saudi-Arabien beträgt die Jugendarbeitslosigkeit 40%. Gleichzeitig arbeiten laut Regierung 8,5 Millionen, laut den jeweiligen Botschaften jedoch 12 Millionen ausländische Arbeitskräfte im Land. Sie stammen v.a. aus Südasien und den ärmeren arabischen Ländern. Der Staat als Verwalter der großen Erdölwirtschaft macht sich mithilfe der hohen Zahl ausländischer Arbeitskräfte von den unterschiedlichen einheimischen Bevölkerungsgruppen unabhängig und sorgt so für Gehorsam. Aus Angst vor Abschiebung mischen sich die Ausländer in die Politik nicht ein. Auch keine der Oppositionsgruppen hat derzeit eine Position zu den ausländischen Beschäftigten in ihrem Programm.

Kein Separatismus

Trotz regionaler Spannungen gibt es keine oppositionellen Gruppen, in denen separatistische Tendenzen eine Mehrheit bilden würden. Der gemeinsame islamische historische Hintergrund sowie der vom ehemaligen ägyptischen Präsidenten Nasser geprägte pan-arabische Geist schützen vor solchen Tendenzen. Vielmehr besteht die Gefahr, dass im Falle einer Revolution der Staat zusammenbrechen würde. Denn der Staat beruht auf einer Familienherrschaft. Stürzt diese Familie, fällt auch ihr Staat. Das Fehlen einer landesweit agierenden Opposition verschärft dieses Risiko und macht umgekehrt das Szenario eines Volksaufstandes unwahrscheinlich. Realpolitisch möglich ist jedoch, dass sich um die Reformforderungen, die von allen Seiten als Konsens

betrachtet werden, eine Bewegung bildet. Dieser reformorientierte Konsens könnte ebenso weitreichende Zugeständnisse erreichen wie eine radikalere Revolte, da das Regime in seiner Reformunwilligkeit fast jede reformistische Forderung zu einer revolutionären Position macht.

Ein positiver Ausgang wäre eine landesweite Bewegung, die gleich bei ihrem Entstehen einen neuen Sozialpakt schaffen würde, in dem Macht und Ressourcen gerecht verteilt werden. Nur so könnten sich die Menschen dem Staat zugehörig fühlen.

Neue Protestformen

Die unterschiedlichen Regionen in Saudi-Arabien haben verschiedene Formen des Protests entwickelt. Da Demonstrationen, Versammlungen, Streiks, Parteien und alle Organisationsformen verboten sind, ist die Bevölkerung gezwungen, auf andere Ausdrucksweisen auszuweichen. Das Internet bietet heutzutage eine neue Möglichkeit, Protestkampagnen über regionale und konfessionelle Grenzen hinweg zu initiieren.

Revolutionsherd Ostregion

In Saudi-Arabien entflammten die Proteste im März 2011. Sie begannen in der vorwiegend schiitischen Ostregion, gingen schließlich jedoch über das Konfessionelle hinaus und schlossen mehrere Regionen im Land ein. In der Ostregion ist historisch mehr Erfahrung mit politischem Protest und dessen Organisation vorhanden. Dies verdankt die Region der Erdölindustrie, die einerseits einen frühzeitigen Kontakt mit der Moderne und andererseits das Entstehen einer organisierten Arbeiterschaft mit sich brachte. Die religiöse Diskriminierung der Einwohner der Ostregion, deren Bekämpfung als Schiiten Teil der wahhabitischen Staatsraison ist, machte die Region seit ihrer Annexion 1912 zu einem Widerstandsherd.

Im Osten fordern die Menschen das Ende religiöser Diskriminierung, die Freilassung der politischen Gefangenen (13 000 landesweit) und die Entlassung des korrupten Gouverneurs Prinz Muhammad bin Naif. Das Regime antwortet, indem es die konfessionellen Forderungen aus der Region betont und die politischen verschweigt.

Die seit März 2011 anhaltenden Proteste in der Ostregion machen die längste Protestwelle im Königreich seit seiner offiziellen Gründung im Jahr 1932

aus. Allmählich gewinnt diese Protestbewegung in anderen Regionen an Sympathie. Auch im südlichen Abha und sogar in der Hauptstadt Riad protestieren heute die Studierenden. Manche behaupten, die anderen Regionen hielten sich zurück, weil der Staat jede Bewegung mit den Protesten der Schiiten in Verbindung bringt, um diese gewaltsam unterdrücken zu können.

Der Ausgang dieser vielfältigen Bewegungen in Saudi-Arabien ist offen. Eine grundlegende Veränderung des politischen Handelns und des Denkens der Menschen im gesamten Land ist jedoch spürbar.



Foto: Duncan Hill (Flickr)

Euro kaputt

Die Währungsunion in Auflösung

Die Situation in Griechenland gibt Anlass, über den Zustand des Euroblocks zu reflektieren. Es zeigt sich, dass auch kurzfristig ein Zerfallen der Währungsunion nicht mehr ausgeschlossen werden kann.

Von Stefan Hirsch

Anspruch und Realität des Euro

Erinnern wir uns. Was waren die Argumente für die Einführung der gemeinsamen Währung?
Erstens: Die Währungsunion würde eine weitere politische Einheit der EU nach sich ziehen – praktisch automatisch. Herausgekommen ist bisher das genaue Gegenteil, die Bevölkerung hat sich recht weitgehend vom Projekt der politischen Eliten abgewandt und die europäischen Institutionen spielen heute maximal die dritte Geige: die Kommission hinter den Nationalstaaten und diese hinter Deutschland. Merkel ist die Chefin des Orchesters, jeder Schein der demokratischen Legitimierung ist zerrissen – denn kein Mensch außerhalb Deutschlands kann Merkel wählen oder abwählen.

Zweitens: Die Währungsunion fördere die „Konvergenz“, das wirtschaftliche Zusammenwachsen der Staaten. Herausgekommen ist das genaue Gegenteil. Die Währungsunion hat Südeuropa der Möglichkeit beraubt, mittels einer eigenständigen Währungspolitik dem deutschen Lohndumping und den veränderten internationalen Wettbewerbsbedingungen standzuhalten. Spanien, Italien und zunehmend auch Frankreich können dem chinesischen und osteuropäischen Druck in Produktionen mit mittlerem oder niedrigem Technologieniveau ob einer überbewerteten Währung nichts entgegensetzen. In ein höheres Technologieniveau kann die europäische Peripherie dank der deutschen Niedriglöhne nicht vorstoßen. Das Resultat ist die Verschlechterung

der Wettbewerbsfähigkeit, die Erosion der Industriestruktur, ein kreditfinanziertes Wachstumsmodell in den Jahren vor der Krise – und gewisse Schattierungen von Katastrophe seither.

Drittens: Der Euro führe zu einer Vertiefung des Finanzmarktes, höherer Liquidität und niedrigeren Zinsen – vor allem für die bis dahin von wiederkehrenden Abwertungen betroffenen Staaten der südlichen Peripherie. Er stabilisiere Bankensysteme und Währungen und vereinfache die Finanzierung. Eine Zeitlang hat sich das als korrekt erwiesen. Zinsraten haben sich tatsächlich im gesamten Euroraum nach unten angeglichen, für Südeuropa gab es Währungsstabilität. Das hat auf der einen Seite den kreditgestützten Konsum- und Immobilienboom verstärkt, aber es war auch ein zentraler Vorteil der Eurozone. Die Sorge um die Stabilität der Währung ist es auch, die etwa die griechische Bevölkerung trotz der gigantischen Katastrophe weiter zu einem Fan der Währungsunion (oder wenigstens ihrer Währung) macht.

Tatsächlich sind diese Vorteile aber vorbei: Der Markt für Staatsanleihen ist vollständig fragmentiert und für die Staaten der Peripherie wenig liquid. Die Zinsen bewegen sich auseinander. Die grenzüberschreitende Aufstellung der großen Bankkonzerne erhöht das systemische Risiko in der jetzigen Finanzkrise. Dem italienischen, spanischen wie griechischen Bankensystem droht – wie alle Zeit

seit dem Zweiten Weltkrieg – wieder ein plötzlicher Abfluss der Einlagen über die Grenzen, nach Deutschland. Nur dass der Euro solch eine Kapitalflucht noch erleichtert. Tatsächlich zeigt diese Entwicklung, dass eine Auflösung der Eurozone mittlerweile für möglich gehalten wird. Allein diese Möglichkeit ist eigentlich genug: Der Euro ist keine echte Währungsunion mehr, die zunehmende Wahrscheinlichkeit eines Austritts einzelner Mitgliedsstaaten macht ihn stattdessen zu einem Sonderfall fixer Wechselkurse. Eine Währungsunion mit Ablaufdatum macht es wenig attraktiv Bankguthaben in den Ländern der Peripherie zu halten.

Damit hat Südeuropa die Nachteile einer Währungsunion, vor allem die Probleme bei der An-

passung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Gleichzeitig gibt es keine Vorteile mehr. Unter dem Strich: Wenn es keine fundamentale Änderung gibt, wird die Währungsunion früher oder später das tun, was die Finanzmärkte beginnen vorwegzunehmen: Zerfallen.

Tatsächlich gibt es unterschiedliche Entwicklungsrichtungen, welche die Eurozone einschlagen kann. Diese sind von den Kräfteverhältnissen auf dem Kontinent abhängig und im Großen und Ganzen unterschiedlichen politischen Kräften zuzuordnen.

Triumph des liberalen Populismus – Zerfall durch Inkompetenz

Wer glaubte (und das schließt den Autor dieser Zeilen ein), dass Europa vom Finanzkapital beherrscht wird, sieht sich heute eines Besseren belehrt. Immer wenn Angela Merkel ihren Standpunkt wieder einmal durchgesetzt hat, verliert der deutsche Aktienindex drei bis zehn Prozent, wirkt sie einmal nachgiebiger, geht es im selben Ausmaß nach oben.

Die offizielle Krisenantwort der Eurozone wird heute von einer Gruppe ultraliberaler Populisten geführt. Statt Schulden- und Kreditbonanza werden die alten Werte des Liberal-Konservatismus wieder entdeckt: Sparsamkeit, Fleiß, Eigenverantwortung. Natürlich gibt es keine chinesische Mauer zwischen der deutschen Bundesregierung und der Finanzmarkt-oligarchie. Gespart wird in erster Linie auf Kosten der

Allgemeinheit und der Ärmsten, die wirklich Reichen werden im Endeffekt immer gerettet. Dennoch ist die europäische Krisenpolitik nicht einfach ein Ausfluss des Willens des Deutschen Bankenverbands. Viel eher scheint sie auf einen gesetzten Mittelstand zugeschnitten.

Der Vorteil der Merkel'schen Krisenantwort ist ihre leichte Verständlichkeit. Das Problem wiederum liegt in der völligen Inkompetenz: Konsequenz zu Ende geführt, bringt der liberale Populismus den Zerfall der Euro-Zone.

Tatsächlich gibt es keine – oder keine funktionierende – Antwort auf die zentralen Problemfelder: Zuerst ist Merkel völlig unfähig die Finanzmarktpanik zu kontrollieren, die Südeuropa in die Insol-

venz reißt. Dort, wo es doch Erfolge gibt, müssen diese gegen deutschen Widerstand durchgesetzt werden. Auf das zweite große Problem, die fehlende internationale Konkurrenzfähigkeit der südeuropäischen Volkswirtschaften, gibt es ebenfalls keine funktionierende Antwort. Einzig ein Programm der inneren Abwertung soll es

richten: Sparmaßnahmen, fallende Preise und Löhne müssen die Wettbewerbsfähigkeit wieder herstellen. Ganz abgesehen davon, dass griechische Schulkin-

der mittlerweile vor Hunger umfallen und die gesamte Eurozone durch den Nachfrageschock in eine schwere Rezession gedreht wird, macht die sinkende Wirtschaftsleistung auch die Schulden von Staat, Unternehmen und Haushalten untragbar. Tatsächlich wird jede neue Krisenrunde der spanischen Staatsfinanzen durch ein neu verkündetes Sparpaket eingeleitet, weil auch „den Märkten“ klar ist, dass Haushalte ohne Geld ihre Bankkredite nicht mehr bedienen können und die umfallenden Banken erst recht dem Staatsbudget umgehängt werden.

Kurz: Der „Fiskalpakt“, die Blut-und-Tränen-Rhetorik, das Bekenntnis zum Schuldenabbau – das soll deutsche Kleinunternehmer überzeugen. Aber es funktioniert nicht.

Der oligarchische Keynesianismus und die Spardiktatur als Kompromiss

Wir kommen zur originären Antwort des Finanzkapitals, die mit dem Problem kämpft; von der deutschen Bundesregierung nicht akzeptiert zu werden. Sonst sind alle dafür: Barak Obama, Frankreich, der Internationale Währungsfonds, alles, was der angelsächsische Mainstream der Volkswirtschaftslehre zu bieten hat, die *Financial Times*, sogar die Führung der Europäischen Zentralbank – wenn nur die unbequeme deutsche Bundesbank nicht wäre.

Während Merkel eher den Gott des Alten Testaments abgibt, die Welt in Fleißige und Sünder einteilend und die Sünder strafend, sehen wir jetzt eine Variante des Neuen Testaments. Herbeigerufen wird ein gütiger Gott, zumindest zur Hälfte: „Vergib uns unsere Schuld, auch wenn wir niemandem seine Schulden erlassen.“ Die Krise möge im Geld ertränkt werden, möglichst im Geld anderer Leute,

die privaten Risiken des Finanzsystems sollen verstaatlicht werden.

Vorschläge gibt es viele: Eurobonds – damit übernimmt Deutschland die Schulden des Finanzsektors in der krisengeschüttelten Peripherie. Die EZB möge zur Stabilisierung des Marktes ohne Limit

Banken mit gratis Zentralbankgeld versorgen oder gleich selbst spanische und italienische Staatsanleihen aufkaufen. Oder die EZB möge alle Bankeinlagen der gesamten Eurozone ohne Limit garantieren. Damit

übernimmt die Zentralbank die privaten Risiken – langfristig müsste diese dann wieder gerettet werden (Deutschland zahlt), oder die überschüssige Liquidität befördert neue Vermögenspreisblasen.

Im Gegensatz zu den liberalen Populisten sitzen die Keynesianer auf wirtschaftspolitischen Rezepten, die tatsächlich funktionieren. Die wiederholte Rettung des Finanzsystems und seiner Oligarchen ist wahn-sinnig teuer, aber sicher billiger als der Zusammenbruch, den die liberale Orthodoxie erzeugt.

Tatsächlich sieht man: Immer wenn die Eurozone am Abgrund steht, muss Deutschland nachgeben, die EZB packt den Vorschlaghammer aus und rettet den Tag. Bis die nächsten Probleme auftauchen. So sind die weiteren Schritte des Tanzes schon vorprogrammiert: Die Griechenland-Krise wird den schleichenden *bank run* in Südeuropa immer weiter beschleunigen, Deutschland wird sich einer Vergemeinschaftung von Bankschulden verweigern, das Ganze auf die lange Bank schieben und unerfüllbare Vorbedingungen einfordern. Aber kurz bevor das europäische Bankensystem tatsächlich zusammenbricht, wird die EZB mit frischem Notenbankgeld und noch weiter reichenden Garantien das Vertrauen wieder herstellen. Wenigstens für ein paar Monate.

Tatsächlich liegt im Kompromiss zwischen Merkel, Frankreich und der Europäischen Zentralbank eine mittelfristige Lösung begraben – allerdings eine Lösung die man nach besten Kräften bekämpfen sollte. Die Europäische Zentralbank wird die Erlaubnis bekommen die Finanzoligarchie mit unbegrenztem Zentralbankgeld zu retten, möglicherweise kommt auch die *banking union*; die gemeinsame Haftung für Bankeinlagen. Frankreich bekommt irgendeine

Form von staatlicher Konjunkturlilfe für Südeuropa zugesagt, wahrscheinlich in der Form europäischer Finanzierung einzelner Projekte. Dadurch entstehen natürlich auch Staatsschulden, aber es sind Schulden, für die Deutschland haftet und die nicht zu den nationalen Defiziten dazugerechnet werden (ähnlich den verschiedenen Rettungsschirmen). Damit kann der Anschein der Sparsamkeit gewahrt bleiben. Und Deutschland bekommt Schritte Richtung Fiskalunion. Unter „Fiskalunion“ kann man einfach Spardiktatur verstehen. Ähnlich dem bereits aufgelegten Fiskalpakt bedeutet das eine Zwangsjacke für die nationalen Budgets, eine Koordinierung der Budgetpolitik, aber nicht für eine gemeinsame Nachfragestärkung, sondern zur weiteren Zerschlagung des Sozialstaats.

Damit wird die Oligarchie und der Finanzmarkt gerettet, es zahlen die Allgemeinheit und die Ärmsten. Wenn die Bankenhilfen ausreichend hoch sind, ist ein solches Paket in der Lage die Eurozone wieder zu stabilisieren. Für wie lange, das lässt sich schwer sagen. Die grundlegenden Probleme Südeuropas werden damit nicht beseitigt, denn die italienische und spanische Konkurrenzfähigkeit lässt sich nicht ausschließlich durch Sparmaßnahmen wiedergewinnen. Die Krise der Eurozone wird also wieder hochkochen – vielleicht mit noch mehr politischer Sprengkraft, weil in der nächsten Runde Deutschland tatsächlich für alle möglichen Dinge haftet. Und es ist auch zu hoffen, dass solch ein Kurs am Widerstand der Bevölkerungen zusammenbricht.

Das soziale Europa

Ohne durch die ideologischen Scheuklappen der Ultraliberalen am Denken gehindert zu werden, kann das, was wir „oligarchischen Keynesianismus“ genannt haben, relativ weit nach links geöffnet werden. Hin zu Programmen, die durchaus auch Gewerkschaften unterschreiben können: Die Sparpolitik in Südeuropa muss gelockert werden, zur Bekämpfung der Ungleichgewichte des Außenhandels soll Deutschland höhere Löhne und höhere Inflationsraten zulassen. Südeuropa soll mit einem „Marshallplan“ unter die Arme gegriffen werden. Die *Financial Times*, das Sprachrohr der Großbourgeoisie,

ist heute tatsächlich eher an nachfrageorientierter Wirtschaftspolitik interessiert, als die österreichische Sozialdemokratie.

Das ist tatsächlich für sich bedeutsam und grundsätzlich positiv: Es zersetzt die neoliberalen Mythen der letzten dreißig Jahre, vor allem jenen besonders mächtigen, dass Wachstum nur durch Standortkonkurrenz und Lohnverzicht zu haben sei. Dagegen taucht eine etwas banale Wahrheit wieder auf: Wer Wachstum möchte, der muss auch für Nachfrage und steigende Löhne sorgen.

Die europäische Linke ist durch den oligarchischen Keynesianismus versucht. Gibt es nicht die Möglichkeit einen anderen Kompromiss zustande zu bringen? Gibt es nicht die Möglichkeit die Fiskalunion weg von der Spardiktatur, hin zur gemeinsamen Nachfragesteuerung zu interpretieren? Gerade die poststalinistische Linke und große Teile der Gewerkschaftsbewegung tendieren schon lange in diese Richtung. Auf einmal sagen auch amerikanische Wirtschaftsnobelpreisträger ähnliche Dinge. Kann man sich ein „soziales Europa“ vorstellen?

Vorstellen kann man sich alles. Deutschland lässt das Lohndumping bleiben und sorgt für ausreichende Binnennachfrage. Südeuropa wird durch großzügige Transfers stabilisiert – die auch noch so treffsicher sind, etwa im Bereich Bildung und Infrastruktur, dass sie steigen-

de Wettbewerbsfähigkeit ohne Lohnneinbußen ermöglichen. Hier wären wir ein bisschen skeptisch, Transfers haben noch nie funktioniert, aber führen wir den Gedanken des sozialen Europas einmal zu Ende. Die Finanzmarktpanik wird durch staatliche Regulierung und haufenweise Zentralbankgeld beendet, die Staatsschulden durch Vermögenssteuern reduziert. Oder man lässt die Staatsschulden noch ein bisschen steigen. Wenn der institutionelle Rahmen stabil ist, etwa durch eine gemeinsame Haftung der Eurozone, stellen auch etwas höhere Schulden kein Problem dar. Das viele Zentralbankgeld erzeugt möglicherweise irgendwann Inflation, vielleicht auch nicht, in jedem Fall ist das in einem Umfeld steigender Löhne nicht besonders tragisch und hilft außerdem beim Schuldenabbau.

Das Ganze ist nicht unattraktiv: Damit hätte man die Sicherheit der Sparbücher hergestellt, auch noch

Im Kompromiss zwischen Merkel, Frankreich und der Europäischen Zentralbank liegt eine mittelfristige Lösung begraben – allerdings eine Lösung die man nach besten Kräften bekämpfen sollte.

höhere Löhne, wenigstens in den Zentrumsländern. Man erspart sich große politische und institutionelle Brüche. Auf solche Brüche haben im wohlhabenden Europa wenige Lust, und das erklärt die Popularität eines Programms des sozialen Ausgleichs innerhalb der EU und Eurozone, etwa in Griechenland, wo die Mehrheit unbedingt innerhalb der Eurozone bleiben will.

Unter anderen Bedingungen, etwa nach dem zweiten Weltkrieg, war der Kapitalismus einmal zu solchen Kompromissen bereit. Aber heute? Welche echten intellektuellen Erkenntnisse der ökonomische Mainstream in den letzten Jahren seit der Finanzkrise auch gewonnen hat, ein Programm der Umverteilung läuft letztlich gegen die Interessen der Oligarchie, die auf so etwas keine Lust hat.

Man blicke nur auf den Geifer, mit dem das griechische Wahlergebnis kommentiert wird. Die Situation ist praktisch absurd: Jeder weiß, dass die Härte der griechischen Sparprogramme sinnlos und nicht durchzuhalten ist. Jeder weiß, dass Griechenland seine Schulden nicht mehr bezahlen kann. Die nächste Tranche „Finanzhilfe“ bezahlen sich die internationalen Gläubiger de facto selbst. Das allermeiste Geld geht in den Zinsen- und Schuldendienst und kommt dort zur EZB und anderen öffentlichen Kreditgebern.

Aber dennoch: Wenn eine Schuldenstreichung von Unten gefordert wird, aus den Spielregeln der Oligarchie ausgebrochen wird, dann ist Feuer am Dach. In deutschen Wirtschaftsinstituten wird ein EU-Protektorat gefordert (klingt besser

als Kolonialregime). Letztendlich kann man sich ein sehr soziales Europa zusammenträumen, bekommen wird man es wohl nicht.

Das soziale Europa ist nichts, was man frontal bekämpfen müsste, aber es wird sich als Illusion erweisen. Eine Währungs- und Fiskalunion lässt sich grundsätzlich als Ort des sozialen Ausgleichs und der koordinierten Nachfragesteuerung konzipieren, aber Standortkonkurrenz und Lohndumping sind Teil der DNA der real existierenden Eurozone. Schon bei seiner Einführung wurde der Euro als Druckmittel für „vernünftige“ Wirtschaftspolitik verstanden. Weil Auf- und Abwertungen eben

nicht mehr möglich sind, verschafft das Lohndumping bleibende Wettbewerbsvorteile. Die verschärfte Standortkonkurrenz ist eine der Grundlagen der Währungsunion. Man könnte sagen, dieses Ziel hat zu gut funktioniert, gegenüber Deutschland sind einige Standorte nicht mehr konkurrenzfähig. Die Eurozone zerbricht an ihrem eigenen Erfolg.

Europa neu

Wenn sich das soziale Europa als Illusion erweist, gilt es Alternativen aufzuzeigen. Alternativen zu den Stabilisierungsprogrammen der Oligarchie, die auf die Enteignung der Allgemeinheit hinauslaufen, aber auch Alternativen zum totalen Chaos, das ein Zerfall des Euro liefern kann: Opposition von unten und bewusste Desintegration. Es geht darum, das Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen.

Erstens: Das Schicksal in die eigene Hand nehmen: Südeuropa kann und muss sich selber helfen. Die finanziellen Vermögen italienischer Haushalte betragen 170 Prozent des BIP, weit mehr als die Schulden des Staates, und ein Wert, der höher als in Deutschland ist. Auf solche Dinge kann und muss zugegriffen werden. Die Schulden Südeuropas sind nach nationalem Gesetz ausgegeben, solch ein Gesetz kann geändert werden. Schulden, die zu hoch sind, muss

man reduzieren. Beides ist nicht besonders radikal, es entspricht einer jahrhundertelangen Tradition der „Staatsraison“ und dem Insolvenzrecht.

Eine kaputte Bank muss nicht gerettet werden. Wenn Spanien die hundert Milliarden Euro, die

sein Finanzsystem zur Konkursabwendung angeblich noch benötigt, in die Kapitalisierung von neuen Banken stecken würde (statt sie den internationalen Gläubigern des spanischen Bankensystems in den Rachen zu stopfen), könnten damit 1000 Milliarden neue Kredite vergeben werden. Mehr als genug. Kurz: Eine Verschuldungsfalle ist kein Sachzwang, sondern eine Frage des politischen Willens, des Willens, die Vermögenden und das internationale Bankensystem bezahlen zu lassen. Es stellt sich dabei die Frage, ob eine solche Politik mit dem Verbleib in der Eurozone zu vereinbaren ist. Man muss sich bewusst sein, dass die EZB über ein sehr einfaches

Es gilt, Alternativen zu den Stabilisierungsprogrammen der Oligarchie aufzuzeigen, die auf die Enteignung der Allgemeinheit hinauslaufen, aber auch Alternativen zum totalen Chaos, das ein Zerfall des Euro liefern kann: Opposition von Unten und bewusste Desintegration.

Druckmittel verfügt: Sollte sie die Refinanzierung des Bankensystems einstellen (bei einem einseitigen Schuldenschnitt ist davon mit Sicherheit auszugehen), kann selbiges nicht mehr richtig funktionieren. Dann braucht man eine eigene Zentralbank.

Zweitens: Die internationale Wettbewerbsfähigkeit muss wieder hergestellt werden. Das ist ein Widerspruch zu dem zuvor Gesagten, wo wir uns gegen den Kult der Wettbewerbsfähigkeit, den Kernmythos des Neoliberalismus, gestellt haben. Die Gesamtsumme von „Wettbewerbsfähigkeit“ ist immer null. Wettbewerbsfähigkeit ist ein relativer Wert. Was einer gewinnt, verliert ein anderer.

Dennoch führt ein dauerhafter Verlust von Wettbewerbsfähigkeit in die Katastrophe und die völlige Peripherisierung. Sollten die europäischen Kernländer ihre Politik des Lohndumping nicht aufgeben, dann muss die Wettbewerbsfähigkeit Südeuropas über Einkommensverluste der Haushalte hergestellt werden.

Daran führt kein Weg vorbei und grundsätzlich passiert dieser Vorgang durch die „Strukturanpassungsprogramme“ und „Sparmaßnahmen“ in Griechenland, Spanien und Italien augenblicklich auch. Aber bisher werden vor allem Lohn- und Arbeitseinkommen gedrückt. Während die Löhne sinken, bleiben Zinszahlungen für Schulden gleich, die Mieten sinken auf Grund schrumpfender Nachfrage, aber keinesfalls automatisch. Die Bevölkerung zahlt, Vermögen und Kapitaleinkommen werden geschützt. Dagegen gibt es zwei Möglichkeiten: robuste staatliche Eingriffe in die Preisbildung oder die Abwertung einer neu geschaffenen nationalen Währung. Damit fallen alle Einkommen einheitlich. Abwertung ist naturgemäß mit dem Euro-Austritt verbunden, robuste staatliche Eingriffe in Mietpreise und Kreditraten widersprechen dem EU-Recht. Und bei einem Austritt aus dem Euro werden die Inflationsraten wenigstens kurzfristig nach oben schnellen. Es gilt sicher zu stellen, dass nicht wieder die Ärmsten die Opfer steigender Lebenshaltungskosten werden. Heißt: entweder soziales Massaker oder Konfrontation mit den Eliten und der EU.

Was wir mit Sicherheit ausschließen würden, ist die Möglichkeit einer Politik, die einfach den Status quo vor den großen Sparpaketen herstellt. Es gibt ein-

fach keine Möglichkeit die dann anfallenden Außenhandelsdefizite zu finanzieren.

Drittens: Keine „Hilfe“, keine Transfers. Was ist der Inhalt der aktuellen „Hilfspakete“? Aus Schulden des Bankensystems werden Staatsschulden, dann brechen die Staaten ebenfalls zusammen (bisher Irland, Portugal, Griechenland, und Spanien ist nur mehr eine Frage der Zeit) und werden von den Staaten des europäischen Zentrums und dem IWF aufgefangen. Erst eine Verstaatlichung, dann eine Vereurozierung privater Risiken. Die Schulden werden dabei aber nicht gestrichen, nur die Gläubiger wechseln, von privaten zu öffentlichen Institutionen. Und diese beginnen rabiate Sozialabbauprogramme durchzusetzen. Aber wenn Schulden zu hoch sind, muss man

sie streichen, nicht neu verteilen. Man muss den Mut haben zu sagen: „Behaltet euer Geld.“

Ähnliches gilt für einen europäischen Marshallplan oder andere öffentliche Transfers in die Peripherie.

Jeder ohne entsprechende Gegenleistung einsetzende Geldzufluss, sei es der Zustrom von privaten Finanzanlagen, Hyperrenditen aus dem Erdöl- oder anderem Rohstoffexport, öffentliche Transfers, all das schafft Strukturen der Abhängigkeit. Die aktuelle Krise Südeuropas hängt am einstmaligen überreichlichen Zufluss von Kapital in das Bankensystem. Sie lässt sich nicht lösen, wenn die privaten durch öffentliche Transfers ersetzt werden. Südeuropa braucht Unabhängigkeit und eigenständige Entwicklung sowie ein europäisches Zentrum, das für ausreichende Nachfrage sorgt, statt über große Außenhandelsüberschüsse die Nachfrage anderer Staaten zu parasitieren. Almosen sind nicht notwendig. Viertens: Selbstorganisation. Ob durch einen bewussten Bruch mit der Oligarchie und der EU oder durch ein katastrophales Auseinanderfallen des Euro, ganz Europa steht vor einem gewaltigen Einschnitt. Die Bevölkerung aller Staaten muss sich vor seinen Auswirkungen schützen, sich selbst organisieren. Im von der Krise gebeutelten Griechenland entstehen bereits Strukturen der Nachbarschaftshilfe, in denen sich Menschen mit dem Notwendigsten gegenseitig versorgen, darauf achten, dass kein Kind Hunger leidet und der Müll nicht liegen bleibt. Natürlich sind das aus großer Not geborene Strukturen, aber

Wir sind uns sicher, dass sich die EU nicht in ein demokratisches und soziales Europa transformieren kann. Aber die Katastrophe der Eurozone wird eine Neuorganisation des Kontinents auf die Tagesordnung setzen.

sie sind auch emanzipatorisch, weil sie den Menschen Kontrolle über ihr Schicksal zurückgeben. Das muss mit einem Staat, der die Neustrukturierung der Wirtschaft einleitet, kombiniert werden. Weg von der Finanzdienstleistung, zurück zur Produktion. Weg von der Alimentierung der Superreichen, hin zur Demokratisierung der Gesellschaft.

Fünftens: Ein neues Europa. Ein Kontinent, der wirtschaftlich und gesellschaftlich so tief verflochten ist wie Europa, benötigt einen gemeinsamen Ordnungsrahmen. Statt dem Europa der Standortkonkurrenz, der Eliten und der Herrschaft der westeuropäischen Zentrumsstaaten brauchen wir ein Bündnis der Demokratie, der Nachfragesteuerung und der sozialen Entwicklung. Wir sind uns sicher, dass sich die EU in ein solches nicht transformieren kann. Aber die Katastrophe der Eurozone wird eine Neuorganisation des Kontinents auf die Tagesordnung setzen.



Foto: „Kokoron“ (Flickr)

Grexit: Merkels Falle

Der Austritt aus der Eurozone bleibt letztlich das Ziel

Erríkos Finális, führendes Mitglied der Kommunistischen Organisation Griechenlands (KOE), die Teil von Sýriza ist, über Griechenland und die Eurozone.

Von Wilhelm Langthaler

Die Sýriza-Koalition wird in eine Partei umgewandelt. Besteht hierbei nicht die Gefahr, dass der linke Flügel von Sýriza marginalisiert und unterdrückt werden könnte?¹

Die Wahlbestimmungen führen dazu, dass dieser Schritt praktisch obligatorisch ist. Der Wahlsieger bekommt einen Bonus von fünfzig Sitzen, unter der Bedingung, dass es sich um eine Partei handelt. Es ist also auch eine Botschaft an das Volk, dass wir wirklich gewinnen und eine Volksregierung bilden wollen, sofern wir dem enormen Druck, der auf uns lastet, standhalten.

Wir halten die Transformation in eine Partei für ein technisches Detail ohne weitergehende politi-

1. Das Gespräch wurde am 2. Juni 2012, also vor den griechischen Neuwahlen geführt.

sche Implikation. Synaspismós (eurokommunistische rechte Abspaltung der Kommunistischen Partei, die Red.) hält ohnehin die Mehrheit und es bleibt eine Art proportionale Vertretung in der Führung erhalten, auch mit der Transformation in eine Partei. In jedem Fall müssen wir kämpfen.

Sýriza ist gegen das Sparprogramm der Troika aber will gleichzeitig in der EU und der Eurozone bleiben. Ist das nicht ein Widerspruch sowohl zur Realität als auch zu eurer langjährigen Position?

Der Austritt aus der Eurozone ist unter den derzeitigen Umständen keine unmittelbare Forderung der KOE. Als die Regierung, die damals bereits jede demokratische Legitimität verloren hatte, im Mai 2012 das erste Abkommen mit der IWF-EU-EZB-Troika unterzeichnete, wurde ein spezielles Regime

über Griechenland verhängt. Es ist eine Art Kolonialregime der politischen und wirtschaftlichen Besetzung innerhalb der EU und es tilgt die letzten Spuren bürgerlicher Demokratie und nationaler Unabhängigkeit. Es betreibt eine Politik der sozialen Auslöschung. Das Diktat aus Brüssel und besonders Deutschland führt Griechenland in die Richtung des Ausstiegs aus der Eurozone um das griechische Volk zu bedrohen und es politisch unter Kontrolle zu halten. Unter deutscher Kontrolle bereiten sie sich auf einen griechischen Ausstieg zu ihren Bedingungen vor. Wir müssen gegen den alternativen deutschen Plan sein, eine extrem entwertete nationale Währung einzuführen.

Aber die Troika wird ein Abgehen von den Sparmaßnahmen nicht dulden.

Sie hat ein riesiges Problem. Es ist nicht sicher, dass sie diese harte Linie beibehalten kann, wenn sie sich massivem Widerstand aus dem Volk gegenüber sieht. Vielleicht benötigt sie die Inszenierung eines Staatsstreiches.

Glauben Sie wirklich, dass eine Lösung innerhalb der Eurozone möglich ist?

Es ist klar, dass es nicht möglich ist, ein Land wie Griechenland innerhalb der Eurozone wiederaufzubauen. Um das Ziel sozialer und nationaler Emanzipation zu erreichen, müssen wir die EU und die Eurozone verlassen. Das bleibt unser historisches Ziel. Aber wir sollten nicht in die Falle tappen, die von Merkel vorbereitet wurde, nämlich ein sofortiger Ausstieg unter ihrer Führung und zu ihren Konditionen. Das unmittelbare Ziel ist es, dieses spezielle extrem neoliberale Regime, das von der Troika eingeführt wurde, zu stürzen, weil es unser Volk in die Armut stürzt. Die Leute müssen von der Notwendigkeit eines Ausstieges überzeugt und darauf vorbereitet sein.

Unterstützt ein Teil der Volksbewegung diese Position?

Eine große Mehrheit würde das Ende der extremen Sparmaßnahmen und des diktatorischen Regimes, das von der Troika eingesetzt wurde, unterstützen. Aber die Ideen, was das genau bedeutet und wie es erreicht werden kann, bleiben unscharf. Wenn man plump den Austritt aus der Eurozone fordert, wird man keine Mehrheit um sich sammeln können. Aber gleichzeitig sagen die Leute klar, dass sie nicht um jeden Preis drinnen bleiben wollen.

Man muss auch bedenken, dass die soziale Basis von

Sýriza sich verändert hat. Zuvor war es eine Koalition aus der Mittelklasse und Intellektuellen, aber jetzt sind die Volksmassen die Hauptbasis.



„Human-Kapital“

Von Albert F. Reiterer

I. Globale Einkommensdifferenzen und ihre Schatten in Österreich

In den Jahren 1761–1766 unternahm der Friese Carsten Niebuhr eine groß angelegte Orient-Reise, die ihn bis nach Indien führte. Sein Hauptinteresse galt dem Nahen Osten. Er brachte u. a. eine sorgfältige Dokumentation aus Persepolis mit, die einige Jahrzehnte später die Entzifferung der Keilschrift ermöglichte. Niebuhr kam durch den Libanon und lernte dort die unterschiedlichen Bevölkerungen kennen. „Kein reicher Maronit lässt seinen Sohn in Europa erziehen, dies würde einem jungen Mann, so nimmt man an, nur schaden. ... Auch würde ein Maronit mit dem, was er in Europa gelernt hat, in seinem Vaterland verhungern müssen.“ Wie das? Das wertvolle Humankapital des damals zwar noch nicht ganz so hoch entwickelten Europa wäre im Libanon ein Schaden?

Unlängst flammte in Österreich eine kurze Debatte

auf, die aber auch gleich wieder verstummte. Immigranten kommen nicht nur als Hilfsarbeiter nach Österreich. Tatsächlich haben nicht wenige auch in ihrem Heimatland eine beachtliche formale Ausbildung erhalten. Aber in Österreich bzw. im Westen überhaupt nutzt ihnen dies meist nicht viel. Die formale Ausbildung der Tschechen, Ungarn und erst recht der Asiaten und Afrikaner hat nicht denselben Wert wie jene der Einheimischen. Diese Abkoppelung der Ausbildung vom Einkommen und auch das plötzliche Interesse daran sind theoretisch wie politisch von höchstem Interesse, und es ist eine hochkomplexe Diskussion.

Tatsächlich sind die Zahlen interessant. Wir müssen noch auf die Daten der Volkszählung von 2001 zurückgreifen, weil wir (noch) keine späteren in derselben Detailliertheit und Fülle haben. Akademiker, die in Österreich geboren sind, sind zu 81,8% in den beiden obersten ISCO-„Berufshauptgruppen“ aktiv

(15,0% Führungskräfte und 66,8% Berufe wissenschaftlicher Art), und nur zu 1,8% in den untersten vier (Landwirtschaft, ausgebildete manuelle Arbeiter, Handwerker, Hilfsarbeiter). Kommen Akademiker dagegen aus dem Geburtsland Serbien oder Montenegro, dann gehören sie beruflich zu 51,7% (Führungskräfte 14,8%; „Wissenschaftler“ 36,9%) zu den obersten Gruppen, aber zu beachtlichen 23,7% – also dreizehn Mal häufiger als gebürtige Österreicher – in die untersten. Bei Menschen aus dem Geburtsland Türkei ist es ähnlich; bei solchen aus Polen und Rumänien deutlich abgemildert.

Man zog daraus kurz und bündig den Schluss, dass hier „Humankapital“ in großem Ausmaß vergeudet würde.

Aber der Begriff „Human-Kapital“ ist ein hochideologisches Konzept. Das könnte man übrigens bei jenem Soziologen nachlesen, der – leicht variiert – das „kulturelle Kapital“ zum Schlagwort gemacht hat: bei Pierre Bourdieu. „Wert“ ist nicht nur – wie im marxistischen Denken – eine technische, sondern nicht zuletzt eine politische Größenbestimmung. Es kommt darauf an, woher man kommt, ob aus Österreich oder Afrika – und damit erhält das geflügelte Wort vom „kulturellen Kapital“ plötzlich einen multikulturellen Beiklang, der nicht beabsichtigt war und tatsächlich multikulturell ist, im Gegensatz zum häufigen Missbrauch des Worts.

Es geht vor allem um Akademiker aus den neuen, östlichen EU-Staaten. Es geht also darum, diesen Raum politisch so zu homogenisieren, dass die in der Ausbildung weitergegebenen pseudo-meritokratischen Klassenstrukturen an die Stelle bisheriger nationaler oder auch kultureller Zugehörigkeiten treten. Denn – und jetzt müssen wir nochmals etwas theoretischer werden – die riesigen Einkommensunterschiede pro Kopf sind jenen ein Rätsel, die sich auf die Mainstream-Ökonomie stützen.

Diese behauptet ja, die Arbeitenden würden nach ihrem „Grenzprodukt“ bezahlt, also danach, was der zuletzt hinzukommende Arbeiter in einem Betrieb mit gegebener Kapitalausstattung und in einer Volkswirtschaft mit einer Cobb-Douglas-Produktionsfunktion erzeugt: Man nimmt an, dass Arbeit und Kapital nicht komplementär sind, also in technisch und wertmäßig festen Verhältnissen zueinander stehen, sondern durch einander ersetzbar sind: Zwei Einheiten Kapital ersetzen also z.B. einen Arbeiter. Dabei gibt es abnehmende Erträge: Jede

neu hinzu kommende Arbeitskraft erzeugt technisch weniger. Diese Grenzproduktivitätstheorie des Lohns ist in der Regel empirisch ganz unzutreffend – aber nicht immer. Man denke an Branchen mit starken Renten-Elementen, etwa die Energie-Erzeugung. Die Preise sind hoch, die Gewinne dementsprechend auch. Daher leistet es sich die Elite, die Arbeitenden gut zu bezahlen, damit sie privilegiert und zufrieden sind. Das kommt auch in anderen Branchen vor. Der Chef bei Volkswagen erhält 17 Millionen Euro, doch fällt für die Arbeiter immerhin auch ein wenig ab. Es ist eine ausgeprägte sektorale Arbeiter-Aristokratie.

Das Argument ist zirkulär: Die Verkaufspreise (der „Output“) hängen im Wesentlichen vom Faktoreinsatz ab, d.h. von den Faktorkosten, und diese werden wiederum durch das „Grenzprodukt“ erklärt, d.h. die Preise. Der physische Output, also z.B. Stahl, kommt gar nicht vor. Nur am physischen Output ließe sich aber technische Produktivitätsveränderung unzweifelhaft erkennen. Alles Andere muss erst einmal belegt werden. Insbesondere stellen „Erziehung“ und „Bildung“ im Wesentlichen den Klassenaspekt der Produktionsverhältnisse dar. Die wenigsten Bildungselemente sind in der Produktion von Nutzen (daher „pseudo-meritokratisch“). Akademische Bildung wird von der geschichteten Gesellschaft der Gegenwart höher bewertet. Dass sie physisch produktiver ist, müsste erst einmal bewiesen werden. Das ist in einer hoch vernetzten und total komplementären Gesellschaft bzw. Wirtschaft praktisch und theoretisch unmöglich. Humankapital ist also die sprachlich-technokratische Verkleidung eines Klassen-Verhältnisses. Es ist der Ausdruck eines herrschaftlichen Verhältnisses in einer global hierarchisch geordneten Welt. Herkunft zählt, nicht weil sie technisch bedeutsam ist, sondern weil sie den kleinen Unterschied ermöglicht. Und Herkunft muss man sehr „intersektional“ denken, um in den postmodernen Jargon zu verfallen: Verweiblicht ein Beruf, dann sinkt das Einkommen daraus, auch wenn sich technisch nichts ändert. Das ist strukturell dasselbe wie die Abwanderung vieler Produktionen in die Dritte Welt.

„Humankapital“ ist ein kulturabhängiger Komplex von schichtspezifischen Verhaltens- und Denkweisen. Kulturspezifisch waren denn auch bis vor historisch kurzer Zeit die unterschiedlichen Produktionsweisen. „Spuren“ davon, nämlich wesentliche

Produktivitätsunterschiede zwischen verschiedenen Regionen, haben sich bis in die Gegenwart erhalten. Das Humankapital der Tradition war wesentlich auf die sozialen Beziehungen ausgerichtet. Das gilt natürlich auch für die westlich-europäische Welt heute. Eine quasi asoziale Technik ist ein Konzept, welches nur aus der absoluten sozial-politischen Dominanz der okzidental Kultur entstehen konnte. Das heißt nicht, dass unsere Technik keine Rolle spielt. Wohl aber heißt es, dass die Bewertung sowohl der Produktion als auch der zu ihr hinführenden Technik nicht zuletzt auch eine Frage der Bewertung ist, der westlichen Hegemonie. Das aber gilt es bei jeder Analyse mit zu bedenken.

Die plötzliche Sorge um die Integration von Zuwanderern aus einigen Ländern und die Vergeudung deren „Human-Kapitals“ ist im Wesentlichen ein Versuch, die pseudo-meritokratische Struktur unserer Klassengesellschaft zu stärken und die irgendwie altmodische erkennbare Diskriminierung auf Grund von Herkunft einzugrenzen auf Fälle, die man leichter rechtfertigen kann.

II. Globale Einkommensdifferenzen:

Dort, wo sie zählen

Der Unterschied zwischen dem Output pro Arbeitskraft – man kann auch mit vertrauenerem Klang sagen: des BIP pro Kopf – zwischen den USA und den schlecht entwickelten Ländern ist riesig. Er macht z.B. zu Äthiopien das 132fache aus, wenn man in Wechselkursen (Äthiopien 2010: \$ 361), und immer noch das 48fache, wenn man zu Kaufkraftparität rechnet (Äthiopien: 1.003; USA: \$ 47 700 sowohl für Wechselkurse als auch für Kaufkraftparität, da sie das „switch-Land“ sind). Aber weder die Kapitalausstattung noch der Unterschied in der Bildung – die für die USA notorisch überschätzt wird – „erklärt“ rechnerisch mehr als einen kleinen Teil dieses Unterschieds. Rund 80% bleiben „unerklärt“.

Nun könnte man die einzelnen Komponenten näher ansehen. Die Kapitalausstattung zeigt riesige Unterschiede. Der Kapitalkoeffizient K/Y wurde z.B. für Äthiopien auf 0,5 geschätzt, für Ägypten auf 0,4, für Österreich dagegen auf 3,0¹ (die österreichische Statistik hat dagegen wenige Jahre später den Kapitalkoeffizienten mit 3,7 berechnet). Diese Schätzung

1. McGrattan, Ellen R. / Schmitz, James R. (2008), *Explaining Cross-Country Income Differences*. Federal Reserve Bank Research Staff Report.

beruht auf globalen Preisen bzw. Werten. Würde man sie (z.B. mit einem I-O-Modell) in nationalen Arbeitswerten schätzen, dann würden für die Dritte Welt mit Sicherheit wesentlich höhere Werte, etwa dasselbe wie für uns, heraus kommen. Das ist theoretisch absolut fundamental, doch können wir die Thematik hier nicht weiter verfolgen.

US-amerikanische Untersuchungen² kamen zum Schluss, dass die Unterschiede zwischen den Ländern im Output pro Kopf weder durch Technikausstattung noch durch Humankapital noch durch TFP (*Total Factor Productivity*, Gesamtfaktor-Produktivität) erklärt werden können. Das ist ein überaus wichtiges Ergebnis. Aber diese Untersuchungen erklären den Unterschied durch den Unterschied. TFP ist eine Residualgröße, der nicht erklärbare Rest der Produktivitätsunterschiede, das „Solow-Residuum“. Man muss es also *interpretieren*. Das Konzept wurde vor mehr als einem halben Jahrhundert erfunden. Rein quantitative Kapitalakkumulation (Modell Harrod-Domar) kann den stetigen Produktivitätszuwachs nicht erklären. Man hat damals technischen Fortschritt als *deus ex machina* herangezogen. Heute packt man Alles hinein, von der Infrastruktur bis zu staatlichen Institutionen.

Diese Faktoren dürften alle eine ziemlich hohe Bedeutung haben – aber anders, als in der *mainstream*-Ökonomie behauptet. Bislang wurde dies aber nur *angenommen, nicht bewiesen*. Sehen wir uns nun die Argumentation an.

Trotz all dem ist das entscheidende Ergebnis: „Die Einkommen sind bestimmt vom Land, wo die Personen arbeiten, nicht von dem, aus welchen sie [z.B. als Immigranten] kommen. ... Physisches und Humankapital können die Unterschiede in den Einkommen zwischen den Ländern zum größten Teil nicht erklären“.³

Das Unvermögen, die Wohlstandsunterschiede zu erklären, hängt von den Grundannahmen der *mainstream*-Ökonomie ab. Wechselt man von der neoklassischen Ideologie in eine Kostenwert-Auffassung (z.B. in eine Arbeitswerttheorie), dann wird das Bild klarer. Wir dürfen allerdings diese Kosten- oder Arbeitswert-Auffassung nicht zu orthodox marxianisch

2. Hendricks, Lutz (2002), How Important is Human Capital for Development? Evidence from Immigrant Earnings. In: *AER* 92, 198 – 219.

3. Hendricks, Lutz (2002), How Important is Human Capital for Development? Evidence from Immigrant Earnings. In: *AER* 92, 198 – 219.

sehen. Es kommt auf die *Lohnbestimmung* an. Und die ist keineswegs technisch vorgegeben. Es ist eine essenziell *politische Angelegenheit*, und zwar in doppelter Weise: einmal hängt sie von der Zugehörigkeit zum politischen System eines Kern- bzw. eines Peripherie-Lands ab; und einmal von der Frage nach den politischen Möglichkeiten der Arbeitenden innerhalb des betreffenden Lands und seines globalen bzw. regionalen Kontexts.

Beginnen wir mit Letzterem. Sind die Arbeitenden in der Lage, ihren Wert, ihren Lohn in einem bestimmten Umfang durchzusetzen, dann wirkt dies auf die Bewertung des Produkts zurück. Das kann ein materielle Produkt sein, oder ein Dienst. „Gehobene Dienste“ sind solche, die in der Regel von gut bezahlten Akademikern geleistet werden und daher teuer sind. Das ist ein *Klassenaspekt*. Die meisten dieser Dienste könnten auch von formal weniger gebildeten Menschen angeboten werden. Aber das ist oft nicht erlaubt. Die VerkäuferInnen in Apotheken müssen nun einmal akademisch gebildet sein. Und vergessen wir nicht: Die VGR nimmt die *öffentlichen Dienste*, und diese Dienste machen mittlerweile ein Drittel des BIP aus, mit den Faktorkosten in die Entstehungsrechnung.

Gehen wir zu einem beliebigen materiellen Produkt der Ersten Welt. Dies wird nach einer Kostenrechnung nicht zuletzt nach den Marktaussichten im Inland verkauft; aber es geht auch in den Export. Und hier sind wir schon beim zweiten *politischen* Faktor. Hier wiederum ist es *auch* eine Frage der Hegemonie, welchen Preis man auf dem Weltmarkt durchsetzen kann. „Inca Cola“ in Peru schmeckt wie „Red Bull“. Aber es ist seit Jahrzehnten eine belächelte lokale Marke. *Red Bull* dagegen, in irgend einer obskuren Quetsche in Österreich erzeugt, jedoch aus einem Land des hoch entwickelten Kerns, wurde mit viel Geschick und Aufwand auf dem Weltmarkt gepusht und dort angenommen. Nun ist es plötzlich ein Hochwert-Produkt und hat dem Herrn Mateschitz ein riesiges Vermögen verschafft. Ähnlich hatte die „Praktika“ aus der seinerzeitigen DDR trotz ihrer hervorragenden Optik gegen die modische „Canon“ oder sogar die „Yashika“ im Westen keine Chance; und editorisch und drucktechnisch (leider nicht im Papier) mustergültigen DDR-Ausgaben literarischer Klassiker wurden in Österreich um ein Bruchteil des Preises der hiesigen Ausgaben verkauft. Die Beispiele sind aufschlussreich: Es geht

häufig keineswegs um irgendwelche Hightech-Produkte. Es geht vielmehr darum, dass die Herkunft aus einem Land des Kerns, welches an der Definition von Hegemonie mitwirkt, dem Produkt Prestige und Erfolg verschafft, wie es einem Produkt der Dritten Welt kaum einmal gelingt. Der „Wert“ der Produkte aus der Dritten Welt und damit das Einkommen in diesen Ländern hängen in quantitativ hohem Maß von der politischen Stellung des Lands und von der kulturellen Hegemonie des Westens ab. Um Missverständnisse zu vermeiden: Die weitere Analyse ist theoretisch und empirisch hochkomplex, und alle Zusammenhänge sind damit keineswegs schon klar. Wohl aber heißt es: *Die technokratische Rechtfertigung westlicher Dominanz ist eine Ideologie*. Die globale Klassenstruktur ist nur in bescheidenem Ausmaß in dem Sinn (pseudo-)meritokratisch, wie es unser eigenes westliches System zu sein vorgibt. Sie baut auf ganz anderen, weitaus diffuseren Kriterien auf und ist im Wesentlichen *kulturalistisch*. Hier fand die Globalisierung des westlichen Modells bis jetzt eine ziemlich scharfe Grenze, wenn man sie als Replik des westlichen Modells auf Weltebene verstehen will. Die globale Klassenstruktur ist wesentlich von regionalen Zugehörigkeiten abhängig. Die wiederum spiegeln kulturelle Dimensionen wieder. Der „Entwicklungsstand“ ist u.a. *auch* eine solche kulturelle Dimension. Man sie wieder in mehrere Faktoren zerlegen: das Sozialsystem; die politische Struktur; die Erwerbsmentalität, usf. Inwieweit die materielle Infrastruktur (Kommunikation; Verkehr; Bildungseinrichtungen; usf.) auch dazu zählt, ist von der Fragestellung abhängig.



Foto: show will I lever (Flickr)

Die Erpressung zurückweisen

Gedanken zu den zugrunde liegenden Ursachen der gegenwärtigen Krise, der Verfangenheit der kapitalistischen Oligarchie und Ansätzen einer Lösung

Von **Wilhelm Langthaler**

Die Systemmedien und die von ihnen geprägte öffentliche Meinung verlieren sich meist in Einzelfakten. Wenn sie zu einem Gesamtbild kommen, dann schwankt das zwischen zyklischem Abschwung und Zweckoptimismus. Die Idee einer systemischen, also grundlegenden Krise wird durchwegs abgewehrt.

Insbesondere im deutschsprachigen Raum wagt man kaum, an der Notwendigkeit des „Sparens“, d.h. an der Kürzung der staatlichen Ausgaben auf Kosten der Mittel- und Unterschichten, zu zweifeln. Die Schulden werden durchwegs als Ursache der Krise, nicht aber als einer ihrer zahlreichen Ausdrücke verstanden. Die Intuition der schwäbischen Hausfrau konvergiert mit der neoliberalen Orthodoxie. Gemeinsam zeigen sie auf die europäische Peripherie und wiederbeleben das alte, chauvinisti-

sche Stereotyp des arbeitsscheuen und dafür umso verschwendungssüchtigeren Südländers.

In der dominanten angelsächsischen Welt hat der Mainstream indes kein Problem damit, die Vergangenheit der Hetze gegen die staatliche Intervention scheinbar über Bord zu werfen. Die Finanzoligarchie ist sich einig, dass die Staaten sie retten müssen und zwar mit Risikoübernahme und unbegrenztem billigen Geld. Sie zeigen ihrerseits auf die Überschussländer wie Deutschland und China, die zu wenig konsumierten und damit für die weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte verantwortlich seien. Sie vergessen dabei dazuzusagen, dass sie die extreme Kreditexpansion zu verantworten haben, welche die Exportüberschüsse auf der anderen Seite erst ermöglichte.

In beiden Positionen kommt eine spezifische In-

teressenslage zum Ausdruck, wobei sich jene des amerikanischen Zentrums letztlich durchzusetzen scheint. Eine umfassende Erklärung, geschweige denn eine Lösung bieten die Herrschenden jedoch nicht an. Hatten sie noch vor kurzem in Casinomanie das Ende jeglicher Krisen proklamiert, so meinen sie nun einen Zyklus aussitzen zu können. Die Hoffnung reduziert sich auf den festen Glauben an die Regenerationsfähigkeit und Überlegenheit des kapitalistischen Systems.

Wir glauben indes, dass es sich um mehr handelt, nämlich um eine strukturelle Krise, die auf Widersprüchen gründet, die in mehr als drei Jahrzehnten Neoliberalismus und schon davor angehäuft wurden und nun zum Ausbruch kommen. Die gesetzten Maßnahmen schieben die Krise nur auf, bekämpfen Symptome, vertiefen jedoch die Ursachen weiter, so dass wir weitere Einbrüche für unvermeidlich halten. Die Zeiträume sind jedoch schwer zu prognostizieren.

Die Periode des Neoliberalismus

Der Neoliberalismus setzte in den 1980er Jahren ein und erhielt insbesondere mit der Wende 1989/91 einen weiteren, kräftigen Anstoß. Er war die Antwort der Eliten auf die Krise des Wachstumsmodells der Nachkriegsjahrzehnte. Die 1950er und 60er Jahre waren die kräftigste, längste und nachhaltigste Expansionsperiode des globalen Kapitalismus gewesen. Sie waren dadurch charakterisiert, dass die subalternen Klassen mitgezogen wurden und ihren Lebensstandard in einem unerhörten und bisher unbekanntem Ausmaß steigern konnten. Das drückte sich in für heutige Verhältnisse hohen Lohnquoten, als einer der Messindikatoren, aus.

In den 1970er Jahren kam dieses Erfolgsmodell in eine heftige Krise, wobei sozioökonomische mit politischen Ursachen verwoben sind, aber nicht Gegenstand der Betrachtung sein können. Die Antwort der Eliten bestand im Neoliberalismus, in der Aufkündigung der umfassenden Beteiligung und Integration der Subalternen. Die Galionsfiguren des Kurswechsels waren Margaret Thatcher und Ronald Reagan, die die Gewerkschaften als Interessensvertretung der eingebundenen Unter- und Mittelklassen zerschlugen und den historischen Kompromiss, auf dem das gesamte System aufbaute, aufkündigten. Die zunehmende soziale Ungleichheit wurde damit gerechtfertigt, dass sie die Wirtschaft als ganze be-

flügelte und letztlich den Wohlstand für alle anheben würde. Global hat sich diese Behauptung nie verifizieren lassen, doch in Teilbereichen, insbesondere im Zentrum des Weltsystems (wie beispielsweise an der europäischen Peripherie), konnte sie zumindest eine Generation lang als stichhaltig wahrgenommen werden.

Kreditexpansion und Renditeerwartung

Es kam zu einer gewaltigen, bisher noch nie dagewesenen Kreditaufblähung, die sowohl Investitionen als auch Massenkonsum antrieb. Das Sinken der Lohnquote, die zunehmende Ungleichheit auch im Zentrum, wirkte sich daher nicht entsprechend dämpfend auf die Nachfrage aus. Man konsumierte vor allem in den USA auf Pump.

Das ging durch die immer weiter gesteigerten Renditeerwartungen als eine Art *self-fulfilling prophecy* lang, sehr lange, zu lange gut. Der Zusammenbruch des RGW gab dieser Tendenz sowohl wirtschaftlich als auch politisch kräftig Nahrung. Ohne das Ende des realen Sozialismus wäre der Neoliberalismus wohl viel früher in eine Sackgasse geraten. Verbindlichkeiten und Ansprüche, die zwei Seiten derselben Sache, steigerten sich auf ein Vielfaches des Sozialprodukts, ohne dass dies als gefährliche Blase wahrgenommen worden wäre.

Finanziarisierung

Die umfassenden Deregulierungsmaßnahmen kamen bekanntermaßen vor allem dem Finanzsektor zu gute. Es entstand ein regelrechter Casinokapitalismus, der derartige Ausmaße annahm, dass nicht nur die Oligarchie glaubte ohne Industrie reich werden zu können, sondern auch weite Teile des Mittelstands ohne Arbeit. Produktive Arbeit wurde indes ein Rezept zum sozialen Abstieg.

Immer mehr Kapital strömte in den Finanzsektor und weg aus der Industrie. Die Aufblähung der Kapitalmärkte wurde durch die Privatisierungen und vor allem den Zug zu Pensionsfonds massiv gefördert. Doch die Diskrepanz zwischen den in der Realwirtschaft tatsächlich erzielten Renditen und den im Finanzsektor erwarteten, die letztendlich auf nichts anderes beruhen als auf der Umverteilung der Profite in der Realökonomie, wurde an einem gewissen Punkt zu groß. Die Neigung zu immer größerem Risiko schlug plötzlich in Panik um. Die Spekulanten wurden sich gewahr, dass sie sich mitten in

einem gigantischen Pyramidenspiel befanden. Der Fall Bernard Madoff ist symptomatisch. Er selbst tat dies in betrügerischer Absicht, doch die Stimmung war derart manisch, dass selbst renommierte Institute ihm zu glauben geneigt waren. Letztlich war der gesamte Finanzkapitalismus ein großes Casino, ein gigantisches Pyramidenspiel.

Platzen der Blase

Das im Neoliberalismus erzielte Wachstum war nicht vergleichbar mit jenem der Wirtschaftswunderzeit. Die Einkommenszuwächse auch der breiten Masse waren massiv und trieben einen Zyklus von steigender Nachfrage und Investitionen an. Das Wachstum lag über den Zinsen, die Kredite blieben im Allgemeinen bedienbar. In den Jahrzehnten des Neoliberalismus stellte sich das grundsätzlich anders dar. Die Zinsen lagen über den Wachstumsraten, die Einkommen der breiten Masse hinkten immer mehr hinter her, die Nachfrage wurde durch Kreditexpansion aufrecht erhalten, die durch immer neue Ausdehnung bedient wurde. Doch die realen Profitraten gaben diese Aufwärtsentwicklung nicht ewig her. Die immer höher aufgetürmten Ansprüche erwiesen sich als nicht mehr haltbar.

Fehlverteilung

Was ist nun die grundlegende Ursache des Kollapses? Es ist die falsche Verteilung des Konsumptions- in Wechselwirkung mit dem Investitionsfonds der Gesellschaft. Wichtigen Teilen der Weltgesellschaft wird der Konsum auf dem Niveau der produktiven Möglichkeiten versagt, was wiederum die Investitionen in eine ungünstige Richtung lenkt. Markt und Profit sind schlechte Steuerungsinstrumente (selbst geronnen in politisch-staatliche Artikulation durch die kapitalistische Elite, denn Markt ohne Staat gibt es nicht). Das gilt besonders in einer bereits eingetretenen Krisensituation. In der Panik kann es dann zum totalen Marktversagen und Zusammenbruch kommen, bis weit unter die produktiven Möglichkeiten hinunter. Bisher haben das die energischen wirtschaftspolitischen Rettungsmaßnahmen der Oligarchie verhindert. Es handelt sich jedoch nur um Symptombekämpfung, zu mehr ist die Oligarchie durch ihre ureigenen Interessen nicht in der Lage.

Akut-Rettung

Dreißig Jahre lang hatten die Eliten über ihren eigenen Staat gewettert. Gemeint war seine nach dem Krieg angenommene Funktion der Dämpfung der Ungleichheit und des Ausgleichs. In der Situation des akut bevorstehenden Zusammenbruchs verlangt die Oligarchie jedoch wie selbstverständlich die Rettung, das heißt die staatliche Garantie für ihre angehäuften, sich nun als überzogen erweisende Ansprüche – Risikoübernahme durch den Staat. Der Volksmund hat das Prinzip dahinter richtig erfasst: „Privatisierung der Gewinne, Verstaatlichung der Verluste“.

Dabei hat die Oligarchie noch die Chuzpe die Rettungspakete als im Dienste des Gemeinwohls zu verkaufen, so wie sie das mit der Verschärfung der sozialen Ungleichheit schon vorexerziert hatte. „Wenn wir nicht gerettet werden, dann bricht alles zusammen.“

Mit dieser Erpressung wurden grob geschätzt 10 % des Sozialprodukts an die Eliten geschenkt, die in der Folge durch die Austeritätsprogramme bei der breiten Masse der Bevölkerung hereingeholt werden. Doch es handelt sich dabei keineswegs um eine einmalige Aktion. Trotz sehr großer Unterschiede in den verschiedenen Ländern (gerade auch diese Ungleichgewichte sind wiederum Zeichen der Krise), hat sich die Weltwirtschaft vor allem in den Zentren nicht wieder erholt. Die Rettungspakete wurden mittels der Politik des billigen Geldes, der extrem niedrigen Zinssätze zur permanenten Einrichtung. Gleichzeitig wird in vielen Bereichen die Austeritätspolitik fortgesetzt und sogar radikalisiert, was die globale Nachfrage weiter dämpft und die Krise noch verschärft.

Trotzdem bleiben die Schulden und damit die Ansprüche zu hoch. Der Bankrott einiger Sektoren wird so lediglich aufgeschoben. Ein neuer Zyklus kann nicht in Gang gesetzt werden. Spekulation und Fehlallokation verschärfen die Ungleichgewichte und während auf der einen Seite Teile der Weltgesellschaft in eine tiefe Rezession gestoßen werden, befeuert man anderswo den Aufbau neuer Teilblasen – zu einer Gesamtblase wie vor 2007 wird es wohl nicht mehr kommen.

Unbekannte China & Co.

Nicht dass China eine Alternative zum Neoliberalismus bieten würde. Es hat diesen Tiger erfolg-

reich geritten und von der Globalisierung mit einer umfassenden Industrialisierung profitiert und ist selbst Teil seiner geworden. Das war nur möglich, indem man sich dem Diktat der westlichen Oligarchie und seiner Rezepte nicht vollständig unterwarf, sondern staatlich zugunsten der eigenen Volkswirtschaft eingriff.

Doch die Nachfrageschwäche in den Zentren spürt man auch in China, genauso wie die Auswirkungen der außergewöhnlichen Geldpolitik. Bisher war das chinesische Akkumulationsmodell auf den Export ausgerichtet. Die Frage ist, ob es China gelingen kann seine Abhängigkeit vom Weltmarkt zu reduzieren und den Binnenmarkt zu forcieren. Ist es möglich, dass sich das Reich der Mitte von der Weltwirtschaftskrise zumindest teilweise abkoppelt und damit letztlich auch aufgrund der schier großen Größe einen Impuls zur Überwindung der globalen Krise gibt? Oder wird es von der Krise mitgerissen? Diese Fragen sollen hier nicht weiter aufgerollt werden, doch die potentielle Bedeutung Chinas für die Weltwirtschaft als „externer Faktor“ ist klar.

Erpressung zurückweisen

Es muss möglich sein, die dargestellte Erpressung der neoliberalen Oligarchie zurückzuweisen. Nein, wir akzeptieren eure maßlosen Ansprüche nicht. Streichen wir die Schulden, lassen wir die Banken untergehen! Die im Neoliberalismus angehäuften Ansprüche lassen wir verfallen. Was in der Spekulation ergaunert wurde, soll nun mit einem Schlag vernichtet werden. Es ist die berühmte Expropriation der Expropriateure.

Aber halt, was ist mit dem Zusammenbruch, reißt dieser nicht das Volk mit sich? Das ist schließlich der Kern der gegenwärtigen Erpressung durch die Eliten.

Natürlich muss man den Zusammenbruch abwenden, aber dazu müssen der Elite die wirtschaftlichen und politischen Zügel aus der Hand genommen werden, ihr muss das Handwerk gelegt werden. Die Macht muss von Repräsentanten des Volks übernommen werden, die es gegenwärtig (noch) nicht gibt. Diese zu bilden ist die eigentliche Aufgabe und hat sich in der Geschichte als besonders schwierig erwiesen. (Auch das soll anderswo erörtert werden.) Es gibt aber ein paar unmittelbar notwendige Maßnahmen, die einsichtig sind:

Sofortprogramm des Übergangs

Die Zentral- und Notenbanken müssen ihre Unabhängigkeit verlieren, die de facto nichts anderes als die direkte Kontrolle durch die Oligarchie bedeutet. Die nach Rettung verlangenden Banken sollen zwar rekapitalisiert werden, doch die Kontrolle soll entsprechend in die Hände des Staates und des Volkes (die Kongruenz ist noch herzustellen) gelangen. Wer zahlt, schafft an.

Das ob solcher tiefen Einschnitte in die Substanz seiner Herrschaft in Panik geratene Finanzkapital muss an der Flucht gehindert werden. Es bedarf der Kapitalverkehrskontrollen. Jene Kapitaleigner, welche die Herrschaft des Volkes behindern oder sabotieren, sind zu enteignen. Die nationale Souveränität über die Wirtschaft muss wieder hergestellt werden. Die neue Volksherrschaft muss ein öffentliches Investitionsprogramm vorlegen, das auch das verbliebene private Großkapital lenkt. Damit können die Fehlallokationen durch Markt und Oligarchie entsprechend den politisch artikulierten Bedürfnissen der Mehrheit korrigiert werden. Das schließt natürlich auch kulturelle, ökologische und emanzipatorische Möglichkeiten ein. Zudem muss an den globalen sozialen Ausgleich gedacht werden.

Der Masse der Bevölkerung muss tendenziell ein Konsumanteil entsprechend der produktiven Kapazität der Gesellschaft zuerkannt werden. Anders gesagt, die extreme soziale Differenzierung muss schrittweise zurückgeführt werden.

Das sind unmittelbare, erste Schritte aus der Krise. Dabei bleiben natürlich zahlreiche Fragen offen, vor allem nach einer ausformulierten gesellschaftlichen Alternative. Diese ist jedoch nicht am Reißbrett zu entwerfen, sondern muss Produkt eines revolutionären Prozesses sein, der noch kaum begonnen hat. Entscheidend wird dabei jedoch auch die Verarbeitung der Lehren der gescheiterten postkapitalistischen Versuche der Vergangenheit sein.



Antizionistisches Netzwerk im Aufbau

Konflikte über arabische Volksbewegungen und Geopolitik als Herausforderung

Das Antiimperialistische Lager (mit seiner österreichischen Gruppe „Antiimperialistische Koordination“, AIK) gehörte zu den ersten Organisationen in Europa, die sich dem „Globalen Marsch nach Jerusalem“ (GMJ) anschlossen und für ihn Kampagne führten. Nun, nach Abschluss der Aktivitäten ist es Zeit, öffentlich Rechenschaft abzulegen und die nächsten Schritte zu überlegen.

Von Wilhelm Langthaler

Als ganzes betrachtet ziehen wir eine positive Bilanz. Die GMJ-Initiative erfüllte ihre Aufgabe, nämlich die andauernde Vertreibung der Palästinenser von ihrem Land und die fortgesetzte koloniale Expansion ins Licht der Öffentlichkeit zu rücken. Das wurde durch die internationale Mobilisierung am Tag des Bodens, dem 30. März, erreicht. Schwerpunkt dabei war das besetzte Palästina selbst: Jerusalem, Gaza, das Westjordanland und auch die 1948 besetzten Gebiete, die heute Israel bilden – nicht zu vergessen die palästinensischen Flüchtlinge in Jordanien und dem Libanon.

Sehr wichtig war auch die Asiatische Karawane von

rund 150 Menschen, die durch mehr als ein halbes Dutzend westasiatischer Länder zog. In zahllosen öffentlichen Auftritten erzielten sie eine enorme politische Wirkung.

In dutzenden Städten in der arabisch-islamischen Welt, Asien, Europa, Amerika und selbst in Australien fanden Mobilisierungen statt – insgesamt ein beeindruckendes Ergebnis.

Erste Schritte eines antizionistischen Bündnisses

Auf der politischen Ebene erachten wir die Konsolidierung einer globalen antizionistischen Allianz

als den wichtigsten Ausdruck des Erfolgs des GMJ. Es ist einfach, die extremistische und offen rassistische Politik Netanjahus zu verurteilen. Selbst Israels westliche Verbündete äußern ab und an Kritik. Für den öffentlichen Konsum bestehen sie auf die Zwei-Staaten-Lösung, während sie realpolitisch Israels systematische Bemühungen, die Palästinenser aus ihrem Land zu vertreiben und ganz Palästina unter Kontrolle zu nehmen, tolerieren und sogar unterstützen.

Weite Teile der westlichen Solidaritätsbewegung halten indes an der Zwei-Staaten-Lösung fest. Dabei handelt es sich nicht nur um eine indirekte Rechtfertigung Israels. Die bittere Realität von zwei Jahrzehnten „Friedensverhandlungen“ belegt, dass Israel jedes Zugeständnis verweigert und keinerlei Interesse an einem Kompromiss hat. Die Zwei-Staaten-Formel ist nichts mehr als eine Deckung für die Weigerung, die demokratischen Rechte des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung anzuerkennen.

Im Gegensatz dazu hat das GMJ-Bündnis zum Zionismus eine klare und eindeutige Position – auch Dank der starken arabischen und asiatischen Beteiligung. Es lehnt einen exklusiven jüdischen Kolonialstaat ab und tritt für das Recht auf Selbstbestimmung ein, was das Rückkehrrecht für alle Vertriebenen einschließt.

Das ist keine Kleinigkeit, sondern ein politischer Schritt von großer Bedeutung. Eigentlich ist es das erste Mal seit 1989/91, dass im Westen eine breitere Koalition auf der Basis der Charta der palästinensischen Befreiungsbewegung möglich war. Daher ist es sekundär wie viele Organisationen, Initiativen und Einzelpersonen tatsächlich teilgenommen haben. Wichtig ist vielmehr, dass sich die Allianz bildete und dass ihre Aktion stattfand. Auf dieser Basis kann nun die Koalition fortgesetzt, weitergetrieben und verbreitert werden.

In diesem Zusammenhang ist es von besonderer Bedeutung, dass die Initiative mehrere Kontinente umfasst und ihren Fokus in der arabischen Welt selbst hat. Das bringt auch die Fähigkeit der Kooperation zwischen säkularen und islamischen Kräften mit sich. Diese setzt gleichzeitig ein starkes Zeichen gegen die westliche Islamophobie, die zum wichtigsten ideologischen Schild der globalen Herrschaft gegen den antiimperialistischen Widerstand von unten avanciert ist.

Fallstricke der Geopolitik

Keine politische Initiative in der arabischen Welt oder eine sich auf diese beziehende kommt am wichtigsten politischen Ereignis seit der palästinensischen Intifada vorbei, namentlich der arabischen Intifada für demokratische und soziale Rechte gegen die vom Imperialismus beherrschte regionale Ordnung. In einem gewissen Sinn ist die arabische Volksrevolte von heute die späte Fortsetzung und Verbreiterung des palästinensischen Aufstands.

Auf der einen Seite war es der revolutionären Bewegung immer klar, dass die Befreiung Palästinas nur über die Befreiung der arabischen Kernländer von der imperialistischen Beherrschung möglich sein wird. Auf der anderen Seite waren die palästinensischen Organisationen angesichts eines überlegenen Feindes immer versucht, als Überlebensstrategie die Kooperation mit den verschiedenen arabischen Regimes zu suchen, die Teil der imperialen Ordnung bilden.

Die US-Ordnung in der Region ist heute geschwächt, erschüttert von den Schlägen der Volksmassen, aber sie ist noch nicht am Ende. Insbesondere durch die Petrodollars vom Golf, der geführt durch das Königshaus Saud das zentrale Glied der imperialen Herrschaft darstellt, kommt es zu einer großen Ungleichzeitigkeit des revolutionären Prozesses. Doch selbst dort, wo es gelang, die Diktatoren zu vertreiben, versuchen sich die alten Eliten mit Washingtons Unterstützung zu reorganisieren, während der große Bruder nach neuen Verbündeten unter den tief in den Massen verankerten islamischen Kräften Ausschau hält – was deren Unterstützung für die palästinensische Sache dämpfen wird. Dann kommt da noch der besondere Fall der syrischen Volksrevolte. Die Gründe und Motive der Volksmassen sind über die gesamte arabische Welt mehr oder weniger dieselben. Tatsächlich ist das Assad-Regime hinsichtlich seiner sozioökonomischen Struktur den offen prowestlichen Regimen recht ähnlich. Sie werden jedenfalls von derselben neoliberalen Elite geführt. Den Unterschied macht die Unterstützung, die das Baath-Regime den verschiedenen Widerstandsorganisationen wie Hisbollah und Hamas zukommen ließ und lässt. Doch trotz dieser Unterstützung und trotz des Bündnisses mit dem Iran, dem wichtigsten staatlichen Gegner der US-Herrschaft, hat das syrische Regime nie das imperiale Gleichgewicht in der Region herausgefordert

und angegriffen. Die palästinensische Sache ist ihren eignen Überlebensinteressen untergeordnet. Bisher gelang es Assad, sich gegen die Volksbewegung an der Macht zu halten, dank der Allianz mit dem Iran, seiner Geschichte der Unterstützung der Widerstandskräfte und auch wegen des konfessionellen Schildes des Regimes. Dieser wird wechselseitig durch die anti-schiitische Einmischung der Golfstaaten sowie durch die konfessionellen Untertöne des Milieus der Muslimbrüder gestärkt. Obwohl der GMJ anstrebte, sich aus diesen Konflikten herauszuhalten, wurde er unweigerlich in diese hineingezogen, denn die palästinensische Frage ist organisch mit der arabischen Revolte verwoben. In Ägypten gab es überhaupt keine bedeutende Mobilisierung, weil die Muslimbrüder derzeit die Palästinafrage im Hintergrund halten wollen, denn sie könnte den Ausgleich mit den USA behindern. Im Libanon zeigte keine der beteiligten politischen Fraktionen Interesse daran, das instabile Gleichgewicht im Land, das auch mit den syrischen Ereignissen verzahnt ist, zu erschüttern. Sie zogen es daher vor, unauffällig und zeremoniell zu bleiben. Die Flüchtlingslager wurden außen vor gelassen. Der GMJ hätte diese politischen Rahmenbedingungen stärker in Rechnung stellen müssen. Eine massive Mobilisierung einschließlich der palästinensischen Flüchtlinge setzt jedoch eine größere Unabhängigkeit von den genannten Faktoren voraus. Daher kam es gerade im besetzten Palästina zu den größten Mobilisierungen, denn dort war man am wenigsten im Netz der Interessen der lokalen Kräfte und Bündnispartner gefangen. Die Palästinenser machten ihre Stimme also selbst hörbar.

Schlussfolgerungen

Wie bereits genannt, streben wir nach der Konsolidierung der weltweiten antizionistischen Allianz. Aber nicht nur die Erfahrungen des GMJ veranlassen uns, die palästinensische Sache nicht von ihrem regionalen und historischen Umfeld herauszulösen. Nur die arabischen Volksmassen können den Zionismus und den Imperialismus besiegen. Die arabischen Regime sind die Wächter und Wärter der imperialen Ordnung und letztlich auch Israels. Auch jene Regime, die den Imperialismus verurteilen aber gleichzeitig ihr eigenes Volk despotisch unterdrücken und jeden Dialog mit der Volksrevolte ausschließen, haben keine Zukunft.

Die antizionistische Bewegung muss verstehen, dass sie nur erfolgreich sein kann, wenn sie anti-imperialistisch in einem breiteren Sinn wird. Das bedeutet, dass sie auf die Volksbewegungen und Revolutionen setzen muss, selbst wenn diese Jahre dauern und immer wieder Rückschläge werden hinnehmen müssen. Wir müssen die Volksbewegungen unterstützen und gleichzeitig imperialistische Intervention, Einmischung und Missbrauch auch über regionale Stellvertreter bekämpfen. Unsere Unterstützung ist also nicht blind. Insbesondere gilt unsere Unterstützung den demokratischen und antiimperialistischen Komponenten der Bewegung. Wir verurteilen die antidemokratischen und konfessionellen Kräfte, die einen Bürgerkrieg provozieren, der dem Imperialismus in die Hände spielt.

Die Befreiung Jerusalems geht über Kairo, Damaskus und Algier und letztlich auch über den Golf – was den Kampf gegen den Imperialismus weltweit nötig macht. Was wir brauchen ist also ein revolutionäres antiimperialistisches Bündnis von unten.

Tahrir



Tahrir – Volksaufstände vor den Toren

Antiimperialistisches Lager Assisi, Italien, 23.-26. August 2012

Der Sturz der Diktatoren wie Ben Ali und Mubarak markiert einen historischen Wendepunkt. Nach einer langen Phase der politischen Lähmung haben die Völker des Nahen Ostens wieder den Kopf erhoben.

Die imperialen Mächte haben sich diese Passivität zu nutze gemacht und jedes Hindernis, das sich ihrer totalen Herrschaft in den Weg stellt, hinweggefegt. Doch: vom Irak bis Afghanistan, vom Libanon bis Palästina war die amerikanische Kriegsmaschine mit heftigem Widerstand konfrontiert. Einige mussten Niederlagen einstecken, andere sind nach wie vor in der Lage, der Anmaßung der Herren der Welt die Stirn zu bieten.

Die Macht des Imperiums stützte und stützt sich nicht nur auf Israel, sondern gerade auch auf Statthalter wie Mubarak. Deren Funktion war es, die Völker niederzuhalten und sie daran zu hindern, sich mit den Widerstandsbewegungen zu vereinigen.

Da ihre Herrschaft nun abbröckelt, versuchen die Imperialisten mit allen Mitteln, neue Marionettenregime einzusetzen. Während die Volksmassen ihren Sturm auf die alten Regime fortsetzen, versuchen Washington & Co die Bewegungen zu umarmen und in samtene Revolutionen umzuwandeln. Oder sie greifen militärisch ein, so wie gegen Libyen. Auch Syrien, dem

Libanon und dem Iran drohen Kriege.

Diese Pläne müssen wir verhindern. Wir dürfen die Völker, die sich erhoben haben, nicht allein lassen. Gleichzeitig verurteilen wir jene Kräfte, die sich an den Imperialismus und an den Zionismus verkauft haben oder dies in Erwägung ziehen.

Auch die arbeitenden Massen und die Jugend Europas stehen vor ähnlichen Aufgaben wie die der arabischen Welt. Die tiefe Wirtschaftskrise zwingt sie, die Apathie hinter sich zu lassen, Widerstand zu leisten, zu kämpfen.

Die Krise des Westens besteht nicht mehr nur im globalen Verlust an Hegemonie, sondern auch in schwindender interner Stabilität. Nur wenige Länder werden von der sozialen und wirtschaftlichen Katastrophe verschont bleiben. Es eröffnet sich also auch für Europa und den Westen eine neue historische Periode. Die Völker Europas sind aufgerufen, den Impuls der arabischen Völker aufzunehmen. Entweder wir schaffen es, die Geschicke der Gesellschaft selbst in die Hand zu nehmen, oder wir fallen in die Sklaverei zurück.

Wir treffen uns beim Antiimperialistischen Lager in Assisi, wo der erwachende europäische Widerstand auf den arabischen Aufstand trifft.

Ohne Aufstand keine Befreiung!

Widerstand und Demokratie vereinen

Ergebnisse des Antiimperialistischen Sommerlagers, Assisi 2012

In Assisi, einer malerischen, mittelalterlichen Stadt, die symbolisch für die Suche nach Frieden und Freundschaft zwischen dem Islam und dem Christentum steht, trafen die Tahrir-Bewegungen, gegen die US-amerikanische Ordnung in der arabischen Welt, mit dem Volksprotest in Südeuropa, gegen die Aushungerungsprogramme der EU-Oligarchie, zusammen. Es war ein einzigartiges Zusammentreffen, das die überwältigenden Herausforderungen für die revolutionäre Bewegung ins Bewusstsein der Aktivist*innen rückte.

Ausweg für Syrien

Die Hauptdebatte in Assisi, ebenso wie in der antiimperialistischen Bewegung als Ganzes, war zu Syrien. Wir fanden eine überwältigende Übereinstimmung darin, dass ein Weg gefunden werden muss, die legitimen demokratischen Rechte der Volksmassen zu verwirklichen, während die Unterstützung für den Widerstand gegen den Imperialismus und Zionismus fortgesetzt wird. Der einzige mögliche Weg die Repression gegen die demokratische Volksbewegung zu beenden, einen religiösen Bürgerkrieg abzuwenden, die ausländische Einmischung zu beenden und eine ausländische, militärische Intervention zu verhindern, ist eine politische Lösung durch Verhandlungen. Diese Tendenz fand ihren Ausdruck in der Anwesenheit von zwei herausragenden Persönlichkeiten, nämlich Haitham Manna, vom *National Co-ordination Body for Democratic Change* (NCB), die wichtigste antiimperialistische Oppositionskoalition innerhalb Syriens, und Ali Fayyad, Parlamentsabgeordneter der Hisbollah aus dem Libanon.

Das Antiimperialistische Lager und seine Partner und Freunde fühlen sich verpflichtet, international aktiv zu sein, um für eine politische Lösung, in der Volksdemokratie und Widerstand vereint werden – die Quintessenz des revolutionären Antiimperialismus – einzutreten, und – wo immer möglich – diesen Weg zu bereiten.

Damit soll bezweckt werden, die gegenwärtige Lähmung der weltweiten Bewegung zu überwinden, die durch die Pattsituation, in der sich beide Seiten befinden, geschaffen wird, und die den Boden

für einen religiösen Bürgerkrieg bereitet. Wir sind davon überzeugt, dass es massive Unterstützung in der Friedens- und antiimperialistischen Bewegung für eine Verhandlungslösung gibt, die den demokratischen Prozess eröffnet und den Widerstand weiterführt. Es kommt nicht von ungefähr, dass selbst der Bischof von Assisi eine Grußbotschaft gesendet hat, in der er Demokratie und Frieden ohne ausländische Intervention unterstützt.

Tahrir und Islam

Eine andere brennende Frage – auch die Debatte in der breiteren Bewegung reflektierend – behandelte die Rolle der islamischen und islamistischen Bewegung, deren Repräsentanten von Tunesien, über Palästina, Libanon bis zum Iran anwesend waren.

Es gibt laute Stimmen in der arabischen Welt, genauso wie in der europäischen Linken, dass die islamischen Strömungen, geführt von der Muslimbruderschaft, dabei seien, die alten Regime in der Region zu ersetzen und dabei im Grunde dieselbe Marionettenrolle für den Imperialismus spielen würden wie ihre Vorgänger. Sie würden den vom offenen Markt abhängigen Kapitalismus aufrechterhalten, den repressiven Staat jetzt unter dem Deckmantel des Islam weiterführen, die sektiererische Mobilisierung gegen die Schiiten und den iranischen geopolitischen Block anfeuern und Israel ungeschoren lassen. Die Tahrir-Bewegung würde in einen Kampf auf Leben und Tod gezwungen werden, um nicht in den Status quo ante zurückzufallen.

Die alternative Interpretation verneint nicht die Existenz dieser Tendenzen. Aber sie setzt die Gewichtung anders und ist gegen den frontalen Angriff der sich logisch aus solch einer Einschätzung ergibt. Nach dieser Sicht der Dinge drücken die arabischen Volksrebellionen ein tiefe historische Veränderung aus: Die US-amerikanische Ordnung ist ernsthaft geschwächt worden, auch dank des entschiedenen Volkswiderstands in der ganzen Region. Um einen weiteren Kontrollverlust und im Raum stehende, umfassende Revolutionen zu verhindern, müssen bedeutende Zugeständnisse gegenüber den Volksmassen gemacht werden.

Das Streben des Volkes nach Demokratie, sozialer Gerechtigkeit und nationaler Selbstbestimmung ist nicht notwendigerweise in Widerspruch zum Bekenntnis zum Islam, als einem Symbol des fortgesetzten Widerstands gegen die imperialistische und zionistische Herrschaft. Aber die gegenwärtige historische Wende auf ein „islamisches Wiedererwachen“ zu reduzieren, wie es der iranische Gast nannte, ist ebenso unpassend wie darin nur die liberale Demokratie sprießen zu sehen. Dieses Muster lässt sich leicht in den „islamischen Winter“ umkehren, eine Einschätzung, die wir bereits von westlichen Ideologen und deren Medienablegern gehört haben. Die Veränderungen haben gerade erst begonnen und die Forderungen der Volksbewegung sind weit davon entfernt, erfüllt zu sein. Die Überreste des alten Regimes müssen abgebaut, demokratische und soziale Rechte müssen realisiert, der erhoffte Bruch mit dem Imperialismus vertieft werden. Die neuen Regime mit starken islamischen Komponenten zögern, springen zwischen Volksmassen und den Eliten hin und her und balancieren die Beziehungen zum Imperialismus aus. Sie wünschen, dem türkischen Modell zu folgen, einer schrittweisen Veränderung ohne Brüche. Aber sie können definitiv nicht zum alten Regime zurückkehren, ohne eine Explosion im Volk zu riskieren.

Wir müssen die Volksbewegung, die Tahrir-Bewegung, mit ganzer Kraft darin unterstützen, weiter vorwärts zu kommen und den Druck aufrechtzuerhalten, damit die Forderungen des Volkes, vor allem bezüglich der demokratischen Rechte, umgesetzt werden. Gleichzeitig müssen wir in Rechnung stellen, dass die islamischen Kräfte starke, tiefe und historische Wurzeln in den Volksmassen, Sektoren der Bewegung selbst mit eingeschlossen, haben. Diese brauchen Zeit, um ihre Erfahrungen mit den islamischen Kräften an der Macht zu machen. Aber Konflikte und Kämpfe mit den neuen Regimes sind unvermeidlich, auch innerhalb des islamischen Spektrums selbst.

Nicht mit zweierlei Maß messen

Bahrain ist ein kleines Land, aber seine politische Wichtigkeit ist riesig. Bahrain zeigt, dass die Tahrir-Bewegung tatsächlich über den Konfessionen steht und die politisch fortschrittlichen Kräfte lehnen doppelte Maßstäbe und Sektierertum ab. Wenn demokratische Rechte und Rebellion legitim in Ägypten

und Tunesien sind, warum nicht auch in Bahrain? Diejenigen, die zu Bahrain schweigen zeigen, dass sie einer versteckten Agenda folgen. Das gilt im Übrigen auch für Syrien.

Raus aus dem Euro

Nicht zuletzt gab es Foren zu Griechenland und Italien, über den Kampf gegen die Aushungerungsprogramme, die vom EU-Zentrum auferlegt werden. Die starke griechische Teilnahme mit mehreren politischen Tendenzen zeigte Interesse und das Bedürfnis nach Debatte und Austausch.

Der Schwerpunkt der Debatte ging darum, ob es notwendig ist, im Kampf gegen die Sparprogramme den Euro im Ganzen anzugreifen. In Griechenland lehnt eine überwältigende Mehrheit das brutale Schema der Troika ab, das den Lebensstandard der Volksmassen zu Grunde richtet, aber dennoch gibt es Angst davor, die Eurozone zu verlassen und vor dem darauffolgenden Staatsbankrott (eine Position vertreten durch Syriza). Aber im Euro zu bleiben bedeutet, die Herrschaft der EU-Oligarchie und die ihrem Programm innewohnende Logik zu akzeptieren. Stattdessen ist ein tiefer Bruch mit den Eliten nötig, was notwendigerweise einen Ausstieg aus der Eurozone und der EU bedeutet, was schlussendlich in Richtung eines Bruches mit dem US-amerikanischen imperialistischen Kapitalismus als Ganzes geht. Das impliziert riesige Opfer (die aber auch zu erbringen sind, wenn man in der Eurozone verbleiben will). In jedem Fall ist der Bruch mit der EU die einzige Möglichkeit für wirkliche Unabhängigkeit, Demokratie für das Volk, soziale Gerechtigkeit und ein alternatives Sozialmodell basierend auf Solidarität. Es ist das erste Mal seit Jahrzehnten, dass solche Fragen, wie das globale kapitalistische Regime zu überwinden ist, auf der Ebene der Volksmassen gestellt werden.

Es gab die allgemeine Übereinstimmung, dass eine sehr starke politische Führung notwendig ist, um entscheidende Schritte in solch eine Richtung zu gehen. Alle waren davon überzeugt, dass eine revolutionäre Volksfront aufgebaut werden muss um das politische Vakuum zu füllen, was genauso auf Italien zutrifft, auch wenn hier die Massenkämpfe noch vor ihrem Ausbruch stehen.

Das Antiimperialistische Lager wird versuchen, die Kräfte des südlichen Europa, die dem frontalen Kampf gegen die EU und den Euro verschrieben

sind und die mit dem Projekt einer revolutionären Volksfront übereinstimmen, zusammenzubringen.

Ein Schritt nach vorne

Während von einem politischen Standpunkt aus gesehen das Lager in Assisi ein Erfolg war, hofften wir auf eine größere Teilnahme. Trotz der strukturellen Krise des globalen kapitalistischen Systems, der arabischen Volksrevolten und des fortgesetzten Widerstands, müssen wir anerkennen, dass Europa eine politische Wüste bleibt. Wir machten ein Angebot, das nicht auf die Art angenommen wurde, wie wir es uns erhofft hatten, zumindest diesmal. Vielleicht ist ein tieferer Schock notwendig, um die jahrzehntelange Lähmung der Volksmassen und antagonistischen Kräfte zu beenden. Wir waren einen Schritt zu weit vorne und wir halten unser Angebot aufrecht, hoffend, dass es in naher Zukunft angenommen wird. Der Prophet muss zum Berg kommen und nicht umgekehrt: Wir müssen uns an den kommenden Kämpfen gegen die Eliten beteiligen, auch wenn es ihnen an politischem Gedächtnis und Bewusstsein mangelt und sie nicht in die Kriterien der historischen Linken passen. Wenn wir nicht lernen, die Sprache der heraufdämmernden Volksrebellion zu verstehen, wenn wir nicht versuchen, diese gegen die herrschenden Eliten zu richten, wird unsere Botschaft niemals empfangen werden.

Antiimperialistische Front

Unser strategischer Vorschlag an alle antiimperialistischen Kräfte des Volkes ist, sich in einer breiten Front zu vereinigen, um koordinierte globale Aktionen setzen zu können, die eine Brücke zwischen den verschiedenen Revolutionären, Linken, islamischen Tendenzen etc. schlagen können. Bereits ein Jahrzehnt zuvor, mit der zweiten Intifada und dem aufstrebenden Widerstand gegen den US-amerikanischen globalen Krieg haben wir diesen Vorschlag propagiert. Heute sind die Bedingungen wesentlich besser, angesichts der Konsolidierung des Widerstands, der Schwächung der US-amerikanischen globalen Herrschaft und der Krise des kapitalistischen Systems und – als eine Konsequenz – der Rückkehr der volksrevolutionären Bewegungen. Auch die antiimperialistischen Kräfte in aller Welt sind reifer. Ein entscheidender Schritt nach vorne muss gemacht werden.

Antiimperialist_innen aller Länder, vereinigt euch!

„Antisemitismusjäger“ und Moslemhasser

Zu Susanne Winters Anschuldigung gegen die Zeitschrift „Intifada“

Am 19. März 2012 stellte Dr. Susanne Winter, Abgeordnete der FPÖ, eine parlamentarische Anfrage an Bundeskanzler Faymann, in der sie die Publikation „Intifada – Zeitschrift für den antiimperialistischen Widerstand“ als „antisemitische Publikation“ bezeichnete und anfragte, ob diese öffentliche Fördergelder erhalte.*

Von der Redaktion der „Intifada“

Wir stellen dazu fest: Frau Winter wurde wegen antiislamischer Verhetzung rechtskräftig verurteilt. Sie hatte den Prophet Muhammad als „Kinderschänder“ bezeichnet. Wie viel Glaubwürdigkeit können ihre Versuche, sich als Vorkämpferin gegen rassistische Diskriminierung darzustellen, haben?

Frau Winter ist Abgeordnete der FPÖ, einer Partei, die in Kontinuität zu Deutschnationalismus und Antisemitismus steht. Frau Winter verwies in einem Interview, als sie gefragt wurde, warum sie in der Publikation „Phönix“, herausgegeben vom gemäß dem Verbotsgesetz wegen Holocaustleugnung verurteilten Walter Ochsenberger, publiziere, darauf, dass ihr Geschichtsbild Privatsache sei. Wie viel Glaubwürdigkeit können ihre Versuche, sich als Vorkämpferin gegen Antisemitismus darzustellen, haben?

Es ist heutzutage in der Rechten Europas modern, Israel zu unterstützen, den vermeintlichen Vorposten gegen die „islamische Bedrohung Europas“. Dazu ist es auch nicht nötig, der antisemitischen Vergangenheit (die ja schließlich Privatsache ist) abzuschwören. Das Redaktionskollektiv der Zeitschrift *Intifada* steht hingegen tatsächlich in Kontinuität des antifaschistischen Widerstandskampfes gegen den Nationalsozialismus und somit gegen die Diskriminierung, Verfolgung und Vernichtung von Jüdinnen und Juden. Es hat sich immer von jeglicher Form antisemitischer Diskriminierung distanziert.

Die Zeitschrift *Intifada* vertritt eine Linie der scharfen Kritik an der israelischen Politik und solidarisiert sich mit dem Aufstand (arab.: *Intifada*) der PalästinenserInnen gegen die militärische Besatzung durch die israelische Armee und für politische Selbstbestimmung.

Der Versuch, Kritik an Israel mit Antisemitismus gleichzusetzen, ist zwar nicht neu, doch Glaubwürdigkeit in der Mainstream-Öffentlichkeit hat er erst seit wenigen Jahren erlangt. Zeitlich fällt eine rege publizistische Verbreitung des Konzepts vom so ge-

nannten „neuen Antisemitismus“ (der Kritik an Israel mit einschließt) mit dem Ausbruch der Zweiten Intifada im Jahr 2000 zusammen. Das ist verdächtig. Offensichtlich geht es darum, Kritik an der israelischen Besatzungspolitik und an systematischen israelischen Menschenrechtsverletzungen durch die Antisemitismuskeule mundtot zu machen.

Nichtsdestotrotz vertreten wir die Auffassung, dass jede/r, die/der gegen Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum Judentum eintritt, ebenso selbstverständlich gegen Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu anderen Religionen und/oder Nationalitäten eintreten muss. Andernfalls ist er/sie nicht glaubwürdig.

Anders als Frau Winter setzt sich die Zeitschrift *Intifada* per definitionem gegen die Diskriminierung von Menschen, Völkern, Nationen und Religionsgemeinschaften durch die herrschende globale Ordnung ein.

Und was die Zweifel Frau Winters bezüglich einer öffentlichen Subventionierung der Zeitschrift *Intifada* betrifft: Wir haben nie staatliche Gelder bezogen, sondern finanzieren uns ausschließlich aus eigenen Mitteln und Spenden unserer solidarischen LeserInnen – anders als Winters FPÖ, die auf Staatskosten Hass predigt.

* www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/JJ_11076/index.shtml

Eine Kämpferin für die Gerechtigkeit

Wir trauern um unsere Genossin Margarete

Margarete Gal hat ihr langes Leben dem Widerstand gegen Ungerechtigkeit und Unterdrückung gewidmet. Sie kämpfte in unterschiedlichsten Zusammenhängen, doch konstant war ihr Engagement für Gerechtigkeit, Solidarität und die Würde des Menschen.

Von der AIK

Geboren in eine sozialdemokratische, später kommunistische Familie, die im Widerstand gegen den Nationalsozialismus aktiv ist, wächst Margarete im politischen Kollektiv auf. Nach dem Krieg wird sie selbst Mitglied der Kommunistischen Partei, distanziert sich jedoch nach 1968 wieder. Ihr politischer Kampf geht weiter, in der Gewerkschaft, bei verschiedenen sozialen und politischen Bewegungen, bei den Grünen.

Im Frühling 1999, als die NATO Jugoslawien angreift, schließt sich Margarete, für die Jugoslawien persönlich und politisch immer einen hohen Stellenwert hatte, der Protestbewegung an. Nach dem Ausbruch der Zweiten Intifada im September 2000 wird sie in der Solidaritätsbewegung für Palästina aktiv, später in der Protestbewegung gegen den Angriffskrieg und die Besatzung des Irak.

Die Versuche, die Palästina-Solidaritätsbewegung durch Antisemitismus-Vorwürfe zum Schweigen zu

bringen, machen selbst vor Margarete mit ihrer Vergangenheit nicht Halt. Margarete ist persönlich tief betroffen, doch sie lässt sich nicht mundtot machen. Auch auf die Gefahr hin, viele langjährige Freunde zu verlieren, hält sie an ihrem Engagement für die Sache der Unterdrückten fest – damals wie heute.

Ihr hohes Alter und zunehmende gesundheitliche Probleme hindern sie lange Jahre nicht daran, politisch aktiv zu sein. In ihrer Mobilität eingeschränkt und von Schmerzen geplagt, lässt sie es sich nicht nehmen, an Demonstrationen teilzunehmen und dort ihre Stimme zu erheben. Margarete wird für viele von uns, die wir eine, zwei, manchmal drei Generationen jünger sind, zum historischen Gedächtnis unserer Sache, zu einem Symbol für persönliche Integrität und politische Standhaftigkeit.

Mit Margarete geht eine bescheidene, doch eine ganz große Kämpferin von uns. Sie hinterlässt eine schmerzhaft Lücke.





Foto: Deutsche Welle (Flickr)

„Der Aufstand hat viele Verbote aufgehoben, doch der Kampf gegen das Regime geht weiter“

Interview mit der Regisseurin Amal Ramsis

Auf Initiative des Österreichisch-Arabischen Kulturzentrums (OKAZ) in Wien – in Zusammenarbeit mit dem Afro-Asiatischen Institut Graz und dem Karl Renner-Institut Innsbruck – fanden im Zeitraum 5. bis 7. Oktober 2011 die Uraufführungen des ägyptischen Dokumentarfilms „Verboten“ in Anwesenheit der Regisseurin Amal Ramsis statt.

Von Ali Nasser

Verboten ist der vierte Film der ägyptischen Regisseurin und politischen Aktivistin, nach *In Beirut gibt es doch Meer* (1999), *Nur Träume* (2005) und *Ein Leben* (2008).

Der Film ist ein historisches Dokument über die Monate unmittelbar vor dem Aufstand des 25. Jänner in Ägypten. Er zeigt die Verbote auf, die der ägyptische Bürger unter dem Regime von Mubarak erlebte, sowie die aufgestaute Wut, die zum Ausbruch des Aufstands führte. Die Protagonisten

des Films sind politische Aktivisten, wie etwa die Regisseurin Arab Lotfi, die politische Aktivistin Salma Shokralla, sowie Mohammad Waked, der am 18. und 19. November 2011 im Rahmen der Vortragsreihe „Arabischer Frühling“ ebenfalls in Wien und Graz zu Gast sein und seine Version der Geschichte erzählen wird.

In Wien, im überfüllten Saal des Top-Kinos, stellte sich Amal Ramsis nach der Vorführung dem Publikum zur Diskussion über den Film und die aktuelle

Lage in Ägypten. Sie sprach von den schwierigen Bedingungen, unter welchen der Film gedreht wurde. Sie erzählte, dass der Ausbruch des Aufstandes am selben Abend, an dem sie mit dem Filmschnitt fertig wurde, den Ausgang sowohl für sie als auch für den Film in ein Happy End umwandelte.

Im Rahmen des Abends trafen wir Amal Ramsis zu folgendem Gespräch:

Der Film zeigt eine Reihe von Verboten in der Zeit vor dem Januaraufstand. Welche Verbote wurden nach dem Aufstand aufgehoben?

Zuerst möchte ich darauf hinweisen, dass ich vor dem Ausbruch des Aufstands mit der Filmmontage fertig wurde. Ich habe am Film nichts verändert außer das Ende. Auch die Aufnahmen, welche die Verbrennung von Mubarak-Bildern zeigen, stammen aus der Zeit davor. Würde ich theoretisch etwas am Film verändern, würde ich auch nur den Satz am Ende „Das ägyptische Volk hat das Regime gestürzt“ anders schreiben. Das Regime ist nämlich nicht gestürzt worden. Gestürzt ist nur der Kopf des Monsters. Sein Körper ist immer noch aktiv in allen Bereichen des Staates.

Alles, was nach dem Aufstand erlaubt wurde, ist nur de facto erlaubt, jedoch nicht durch Gesetzesänderungen abgesichert. Letzteres würde ein neues Parlament nötig machen. Das wichtigste ist auf jeden Fall die Freiheit des politischen Ausdrucks. Für uns als Filmemacher ist es die Freiheit, auf den Straßen zu filmen. Das war früher strengstens verboten und benötigte komplizierte Genehmigungen seitens der Sicherheitskräfte. Das ist heute de facto erlaubt. Außerdem haben Filmemacher wie alle anderen Ägypter das Recht auf unabhängige Gewerkschaften. Diese sind heute noch nicht offiziell anerkannt, vertreten jedoch die arbeitenden Menschen bei allen Verhandlungen. Auch das Streikrecht wurde von den arbeitenden Menschen in die Hand genommen. Heute streiken 70% der ägyptischen Arbeitskräfte trotz des Streikverbots, das vom regierenden Militärrat verordnet wurde. Fassbar ist auch die Veränderung zwischen Bürgern und Sicherheitsapparaten. Die Ära der Willkür der Sicherheitsapparate ist vorbei. Dem Aufstand ist es gelungen, die gefürchtete und repressive Polizei zu zerlegen. Diese tauchte erst Monate nach dem Aufstand wieder auf und nur um den Verkehr zu regeln. Das entstandene Bewusstsein der Menschen wird diesen Apparaten nie wieder erlauben, die alte Rolle zu übernehmen. In

diesem Zusammenhang möchte ich über einen Vorfall erzählen, der vor meinen Augen stattfand: Ein Polizist befiehlt einem Mann auf der Straße: „Du, komm her!“. Der Mann antwortet: „Komm du doch her! Ich bin das Volk!“

War das Drehen von so einem Film unter Mubaraks Regime keine Gefahr für die beteiligten Personen?

Tatsächlich riskierten Menschen, die sich politisch so deutlich artikulierten ihre Freiheit, wenn nicht ihr Leben. Daher wurden die Personen aus einem bekannten Kreis politischer Aktivisten, die täglich solche Risiken eingingen, ausgewählt. Für sie war die Teilnahme an diesem Film ein Teil ihres alltäglichen Kampfes gegen das Regime.

Haben Sie während der Dreharbeiten davon geträumt, den Film *Verboten* in Ägypten vorzuführen? Wie war die erste Reaktion nach der Uraufführung in Kairo?

Verboten in Kairo vorzuführen, davon habe ich vor dem Aufstand nicht geträumt. Die ägyptische Zensur, die nach dem Aufstand ebenfalls eine „revolutionäre“ Phase erlebte, erlaubte im Mai eine einzige Vorführung in einem großen Kino. Alle Protagonisten des Films waren dabei und beteiligten sich an der Diskussion. Ich kann mich erinnern, wie alle Anwesenden von Tränen überwältigt waren, obwohl der Film nicht traurig ist. Sie erinnerten sich an die Zeiten vor dem Aufstand. Heute kommt es uns vor, als ob es Jahrzehnte her wäre.

Der Film behandelt neben den politischen Verboten auch soziale Verbote, welche vor allem die Frauen treffen. Beim Aufstand war die wichtige Rolle der Frauen offensichtlich. Nach dem Aufstand wurde jedoch die Frauenkundgebung am 8. März angegriffen und heute werden konservative frauenfeindliche Stimmen lauter. Die Muslimischen Brüder verbinden Frauenrechte mit Maßnahmen, die vom Regime auf Wunsch von Suzanne Mubarak, der Ehefrau des Diktators, angeordnet wurden. Wie sehen Sie die Zukunft der Frauenfrage in Ägypten?

Was am 8. März geschah, war ein Angriff von regime-nahen Schlägern und kann im Kontext des allgemeinen Angriffes des Militärrats auf Demonstranten am Tahrir-Platz interpretiert werden. In Ägypten spielen die Frauen eine wichtige Rolle in der politischen Szene, sei es bei der Teilnahme an Demonstrationen oder bei der Besetzung führender

Positionen in vielen politischen Gruppen. Diese Präsenz ist so selbstverständlich, dass sie uns selbst nicht auffällt. Was jedoch die Frauenfrage betrifft, so ist diese ein Teil der allgemeinen sozialen und nationalen Frage. Die Situation der Frauen kann sich nicht bessern, während alle anderen politischen und sozialen Fragen hängen. Die Muslimbrüder haben nie eine fortschrittliche Position zur Frauenfrage gehabt und tun ihr Bestes, um noch die wenigen erkämpften Rechte der Frauen abzuschaffen. Was jedoch nach dem Aufstand auffällt, ist der Rückgang der sexuellen Belästigung der Frauen auf den Straßen. Das war dieses Jahr zu den Feiertagen im Ramadan auffällig, weil zu diesem Anlass sonst die Belästigungen am häufigsten waren.

Ist die Opposition nach dem Fall von Mubarak darin einig, was „verboten“ bleiben und was „erlaubt“ werden soll? Kann von einer geeinten Opposition gesprochen werden?

Die Opposition war im Jänner darin einig, dass Mubarak gestürzt werden musste. Nach seinem Abgang und der Machtübernahme des Militärrates spaltete sich die Opposition in der Haltung zu den Militärs. Während die Linke den Militärrat als einen Teil des Regimes sieht und seinen Abgang fordert, sind die Muslimbrüder in einem Bündnis mit dem Militärrat gegen den Rest. Der Aufstand änderte nichts an den Ideologien der bestehenden Parteien. Das heißt jede Gruppe sieht Reform und Veränderung je nach ihrem Weltbild. Das gilt auch für die konservativen Kräfte, die sich weigerten, am Aufstand teilzunehmen und danach aktiv wurden, um die jetzige Ordnung beizubehalten und Veränderungen zu verhindern. Wie gesagt: Mit Mubarak verlor das Monster nur den Kopf. Der Weg zu wahren Reformen ist noch lang.

Die vom Film angesprochenen Verbote hat Ägypten mit anderen Ländern der Region gemeinsam. Gibt es solche Verbote nicht auch teilweise in den sogenannten westlichen Demokratien?

Natürlich gibt es auch im Westen Verbote und die Auseinandersetzung mit diesen ist auch die Aufgabe der Aktivisten und Künstler der jeweiligen Länder. In Ägypten und im arabischen Raum sind die Verbote direkter und offensichtlicher. In westlichen Staaten gibt es hingegen eine Art Zensur und Selbstzensur. Das macht sich in der medialen Bebelung zur Lage in Ägypten nach dem Aufstand, sowie zur Lage in Jemen und Bahrain bemerkbar.

Was ist dein nächstes Projekt?

Neben der Begleitung der Vorführung von *Verboten* in mehreren Ländern und der Betreuung des Filmfestivals der arabischen und lateinamerikanischen Frauen „Unter Filmemacherinnen“, hoffe ich, dieses Jahr mein Traumprojekt wiederaufnehmen zu können. Das ist ein Film über die arabischen Kämpfer an der Seite der Republikaner im spanischen Bürgerkrieg. Es handelt sich hier um hunderte Freiwillige, die von der offiziellen Geschichtsschreibung kaum erwähnt werden.

Kairo heute

Zwischen Demos und Pharaonen

Der jüngste Reiseführer von Elisabeth Gschaider führt uns in die Stadt am Nil, die, so die Autorin, durch die Revolution vor einem Jahr nur noch besuchenswerter geworden ist.

Von Margarethe Berger

Schon Gschaiders Band über Bosnien¹ hat interessierte, aber unkundige LeserInnen durch eine sorgfältig ausgewählte und, wie es scheint, liebevoll angeordnete Detailfülle bestochen und dazu angeregt hat, dorthin reisen zu wollen, wo garantiert kein Massentourismus zu finden ist. Eine ähnliche Wirkung erzielt sie mit ihrem neuen Werk über Kairo, das nur schwerlich als Reiseführer bezeichnet werden

kann, sondern eher an einen geschliffenen Essay-Band erinnert. Viel zu packend ist der Spannungsbogen, den Gschaider von der Ankunft am Flughafen bis zur Auswahl des richtigen Jazzclubs für das gebührende Begießen des letzten Abends spannt. Dazwischen liegen viele, viele

Spaziergänge, auf die Gschaider die LeserInnen mitnimmt und die sie mit der bereits erwähnten Liebe zum Detail ausschmückt. Die verschachtelten Geschichten, die ihr an jeder Ecke Kairos einfallen und von denen eine in die andere übergeht, erinnern fast ein bisschen an die Erzählweise von Tausend und eine Nacht. Ob es um den Besuch eines amerikanischen Schriftstellers in eben jenem Gebäude, an dem sie gerade vorbeisclendert, das Schicksal eines einst staatlichen Textilkaufhauses auf der gegenüberliegenden Straßenseite oder einen kurzen Ausflug in die Geschichte Ägyptens anlässlich eines Straßennamens geht, Gschaider weiß es, die LeserInnen mit Verweisen und Erzählklammern zu fesseln, und verliert doch nie den roten Faden.

Dieser rote Faden ist eine höchst politische Lesart des heutigen Kairo, das vollkommen im Zeichen des Volksaufstandes vom Januar 2011 steht. Gschaider macht kein Hehl daraus, wie sie den Aufstand interpretiert, sondern gibt ihrer Sympathie für die Bestrebungen der Bevölkerung nach Demokratie und

sozialen Verbesserungen unverhohlenen Ausdruck. Viele der Schachtel-Geschichten erzählen Details des Aufstandes oder der sozialen Bewegungen davor und danach und Gschaider erweist ihnen damit keinen geringen Dienst: Es gelingt ihr durch ihren essayistischen Stil bei den LeserInnen Verständnis und Sympathie mit den Aufständischen hervorzurufen, ohne aufdringlich zu sein.

Der rote Faden ist eine höchst politische Lesart des heutigen Kairo, das vollkommen im Zeichen des Volksaufstandes vom Januar 2011 steht. Gschaider gibt ihrer Sympathie für die Bestrebungen der Bevölkerung nach Demokratie und sozialen Verbesserungen Ausdruck.

Damit hat Gschaider im Grunde ihr Ziel erreicht. Wollte sie doch, wie sie anlässlich einer Buchpräsentation erzählte, mit ihrem Reiseführer das neue demokratische und revolutionäre Ägypten unterstützen. Auslöser dafür war eine Polemik

der alten Machthaber, dass die aufständische Bewegung dem Land enormen Schaden zufügen würde, da aufgrund der politischen Turbulenzen die Touristen ausblieben. Um dem etwas entgegen zu setzen, besuchte Gschaider das Land nicht nur mehrmals während der turbulenten Zeit. Sie entschloss sich auch dazu, einen kleinen Beitrag zum Wiederaufstärken des Tourismus in Ägypten zu leisten. Ihr Reiseführer macht es klar: Kairo ist in Zeiten der Revolution noch sehenswerter als zuvor.

Elisabeth Gschaider: *Kairo heute. Zwischen Demos und Pharaonen*. Schweinfurt: Wiesenburg Verlag 2012, ISBN 978-3-942063-94-4.

1. Elisabeth Gschaider: *Bosniens Vielfalt erleben. Auf den Spuren der großen Reiche*. Schweinfurt: Wiesenburg Verlag 2007, ISBN 978-3-939518-00-6

Systemkritik und Persiflage

Mit „Ali Hassans Intrige“ ist erstmals ein Werk des syrischen Autors Nihad Siris ins Deutsche übersetzt. Gemäß seinem Originaltitel erweist sich der Roman als Gratwanderung zwischen Lärm und Stille.

Von Anna Maria Steiner

Reden und Reden ist zweierlei... Worte können dem Führer lobhudeln, aber Worte können auch die Wahrheit preisen.

Nihad Siris

Irgendwo in einem arabischen Land: Weil er sich weigert, medienwirksam dem „Großen Führer“ zu huldigen, wird Fathi Schin vom Regime seines totalitär geführten Heimatlandes mit Schreibverbot belegt. Für den Schriftsteller bedeutet das nicht nur den Verlust der Anstellung als Autor bei einem staatlichen Fernsehsender. Literarisch in die Versenkung verbannt, fristet er fortan ein unbefriedigendes Dasein, das nur punktuell erhellt wird in Form von Schäferstündchen mit Lama. Die schöne und selbstbewusste Frau unterstützt den Mittellosen in seiner stillen Systemkritik und bietet mit ihrer Wohnung Rückzug vor dem Getöse der diktatorisch geführten Welt draußen.

Eine dramatische Wende erfährt das auf Regimebeobachtung und Liebesflucht basierende Leben Fathis mit der neuen Beziehung seiner verwitweten Mutter. Der von ihr finanziell ausgehaltene Sohn muss nicht nur mit ansehen, wie ein hochrangiger Militär an die Stelle des verstorbenen Vaters tritt – er gerät auch zusehends in die Fänge des Systems. Als Fathi im Zuge der 20-Jahr-Feierlichkeiten der Machtergreifung des Großen Führers einen protestierenden Studenten in Schutz zu nehmen versucht, wird sein Personalausweis eingezogen. Der Aufforderung, diesen „am Revier“ abholen zu kommen, geht eine seitens der Diktatur geplante Intrige voraus. Fathi erfährt bald am eigenen Leib, was es bedeutet, vom System als Regimekritiker behandelt zu werden.

Innere Emigration

Angesichts von Nihad Siris' realem Lebensweg scheint die Frage berechtigt, in wieweit das bereits 2004 erschienene Buch, das im Original den Titel *As-šamt wa-š-šahab* (arab. „Die Stille und der Lärm“) trägt, autobiographisch gelesen wer-

den kann. Denn um innere Emigration weiß Siris, der während seines Studiums der Ingenieurwissenschaften im bulgarischen Sofia lebte, nur zu gut. Zudem teilte er als syrischer Autor mit vielen seiner heimischen Kolleginnen und Kollegen das Schicksal eines so genannten *working poor*. Obwohl der heute 62-jährige bereits seit den späten 1980ern zahlreiche Hörspiele, Theaterstücke und Drehbücher verfasste, brachte ihm seine schriftstellerische Tätigkeit so gut wie keinen finanziellen Mehrwert. Schreiben war für den heute in Kairo lebenden Autor über Jahrzehnte hindurch mehr Liebhaberei denn lebenserhaltend. „Auch ich habe einen Brotberuf erlernt. In Syrien kann so gut wie kein Autor vom Schreiben leben“, verrät Siris anschließend an die Vorstellung seines Buches in Graz und weist damit unverkennbar Parallelen zum Protagonisten in *Ali Hassans Intrige* auf.

Detail und Persiflage

Mehr jedoch als autobiographisch sein zu wollen, stellt das Buch den Anspruch, totalitär geführte Staaten mittels Persiflage als Diktaturen zu entlarven. „Es ist merkwürdig. In meinem Land müssen die Losungen gereimt sein ... Jeder Phase ihre Lösung – aber gedichtet muss sie sein“, hält Fathi im Roman auf der Kundgebung zu Ehren des Despoten fest. Mehr noch als die detailgetreuen Alltags-Beschreibungen eines Lebens innerhalb einer Diktatur ist es die Persiflage, die den von Regina Karachouli ins Deutsche übersetzten Roman ausmacht. Der dort vorzufindende Sarkasmus erweist sich klar als Systemkritik. Und um dieser gewahr zu werden, muss *Ali Hassans Intrige* nicht einmal zwischen den Zeilen gelesen werden.

Infos zu Autor und Werk unter:

www.nihadsirees.com

Nihad Siris: *Ali Hassans Intrige*. Basel: Lenos Verlag, 2012. ISBN 978-3-85787-758-2. Kartoniert, 174 Seiten, € 12,90.

AUTOR/INNEN

- Mohammad Aburous geboren 1976 in Palästina. Lebt derzeit in Österreich. Studierte technische Chemie an der TU Wien und dissertierte an der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck. Mitgestalter des Österreichisch-Arabischen Kulturzentrums in Wien.
- Margarethe Berger geboren 1968 in Wien, studierte Slawistik an der Universität Wien, wiederholte Reisen in den arabischen Raum und Lateinamerika.
- Imad Garbaya ist seit Jahrzehnten tunesischer Aktivist des sozialistisch-panarabischen Milieus und lebt im Exil in Österreich.
- Stefan Hirsch geboren 1976 in Wien, studierte Geschichte und Geografie an der Universität Wien, arbeitet im Bildungsbereich.
- Rola Khayyat Rola Khayyat ist eine libanesische Künstlerin und Kuratorin. Nach dem Studium der Geschichte an der Amerikanischen Universität von Beirut absolvierte sie eine Ausbildung an der Kunstakademie von Florenz. Ihre Werke erforschen durch Malerei und Photographie neue Darstellungen und Dimensionen von Krieg, Gewalt, Erinnerung und Identität. Sie verschaffen Einblick in Aspekte des Alltagslebens in Kriegszeiten, die häufig vergessen werden. Rola Khayyat lebt derzeit in Kairo, wo sie als Assistentin an der American University arbeitet.
- Wilhelm Langthaler geboren 1969. Arbeitet als technischer Angestellter in Wien. Aktivist der Antiimperialistischen Koordination. Zahlreiche Reisen zu den Zentren des Widerstands, insbesondere am Balkan, im Nahen Osten und auf dem indischen Subkontinent. Autor der Bücher *Ami go home* und *Befreiung weltweit*, erschienen im Promedia Verlag.
- Ali Nasser geboren 1973 in Damaskus. Studierte Informatik an der TU Wien. Aktivist der Antiimperialistischen Koordination.
- Albert F. Reiterer geboren 1948 in Schiefeling-Schönberg in Kärnten, arbeitet als freiberuflicher Sozialwissenschaftler. Habilitation für Politikwissenschaft an der Universität Innsbruck. Verschiedene Lehraufträge an den Universitäten Wien und Innsbruck.
- Anna Maria Steiner geboren 1976 in Lienz, studierte Theologie, Deutsche Philologie und Philosophie (Schwerpunkt Jüdische Philosophie). Sie lebt in Graz, wo sie u. a. Chefredakteurin einer Zeitschrift ist und Violoncello spielt.
- Mohammed Waked Mohamad Waked ist Journalist, Anthropologe und langjähriger politischer Aktivist aus Ägypten. Er nahm im Jänner 2011 als Mitglied der linken Organisation „Revolutionäre Sozialisten“ und der demokratischen Initiative „Kifaya“ am Volksaufstand teil. Heute ist er politisch als Mitbegründer der Plattform „Nationale Front für Gerechtigkeit und Freiheit“ tätig, eines Bündnisses von politischen Aktivist:innen aus unterschiedlichen Spektren auf der Basis sozialer Gerechtigkeit, Demokratie und nationaler Souveränität. Er ist Mitherausgeber des Internetportals „Jadaliyya“ (arab. „Dialektik“).

Zeitung gegen Krieg



FOCKE STRANGMANN/DAPD

Dein Abo fehlt!

Jetzt *junge Welt* bestellen: www.jungewelt.de/abo

Abotelefon: 00 49 30/53 63 55-80

Die Tageszeitung

junge Welt

Kampf, Trauer, Hoffnung

Der Komponist Hanns Eisler nach Erreichung der faschistischen Diktatur in Deutschland: Verlust des großen Publikums in der Arbeiterbewegung und musikalische Neuorientierung. Von Kai Köhler **Seiten 10/11**



Gegründet 1947 · Freitag, 7. September 2012 · Nr. 209 · 1,30 Euro · PVS: A11002 · Entgelt bezahlt

Kriegsreste

Studie: Strebomben bedrohen noch in vielen Ländern die Bevölkerung. Interview mit Eva Maria Fischer **2**

Lobbyfrust

Gedrückte Stimmung bei Jahrestagung von Gentechnikbefürwortern in Gatersleben (Sachsen-Anhalt) **3**

Neonazimärchen

Ex-NPD-Chef Udo Voigt bestreitet vor dem Landgericht Berlin Volksverhetzung. Von Claudia Vangerin **5**

Rachebeauftragter

USA: Ein mit der CIA eng verbundener General bestimmt Bradley Mannings Haftbedingungen **7**

www.jungewelt.de

Geheimsache Kriegshilfe

Bundesregierung verheimlicht Erkenntnisse über bewaffnete syrische Opposition in Deutschland. Antworten auf Linke-Anfrage nicht für Öffentlichkeit bestimmt. Von Ulla Jelpke

Offenbar ist die Bundesregierung tiefer in den syrischen Bürgerkrieg verwickelt, als bislang bekannt. Darauf lassen ihre Antworten – oder besser gesagt: Nichtantworten – schließen.

EZB plant Ankauf von Staatschulden

